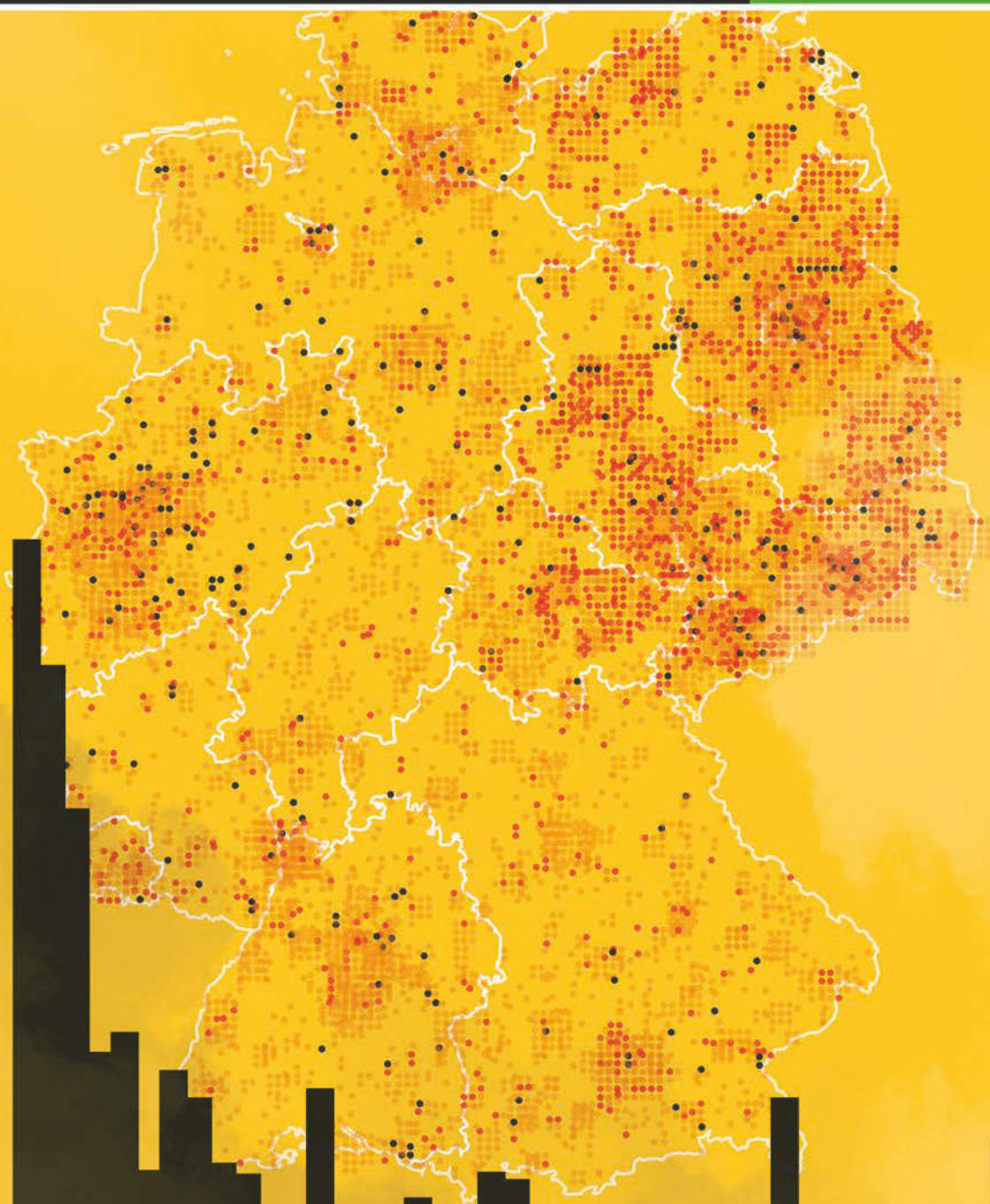


Leben in Gefahr

Gewalt gegen Geflüchtete in Deutschland

AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG



Herausgeber:
Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin
info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion: Tahera Ameer, Till Frieling
Lektorat: Britta Kollberg
Texte: Dennis Pesch
Fotos: Lorenza Kaib
Infografiken und Titelbild: Erik Tuckow
Gestaltung: Wigwam eG,  Design
Druck: Druckzone, Cottbus
Gedruckt auf Envirotop Recycling 100 % Papier

© Amadeu Antonio Stiftung, 2020
ISBN 978-3-940878-57-1

Zitationshinweis:

Amadeu Antonio Stiftung (2020): Leben in Gefahr. Gewalt gegen Geflüchtete in Deutschland. Berlin.

Diese Publikation wurde ermöglicht dank der großzügigen Förderung durch die Marin Community Foundation und die GLS Treuhand. Unser Dank gilt ebenso der Freudenberg Stiftung und Pro Asyl für ihre Unterstützung des Projekts *Aktion Schutzschild*.

Besonders möchten wir all unseren Spender*innen danken, die die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung überhaupt erst möglich machen und mit tragen.

Support for this publication was provided by a grant from the Marin Community Foundation and the GLS Treuhand.



Inhalt

02	Vorwort
04	Geleitwort
06	Den Unterschied machen
08	Grafik: Gewalt gegen Geflüchtete 2015 – 2019, geographisch
10	Grafik: Übergriffe auf Geflüchtete 2015 – 2019, chronologisch
12	Naya Fahd: Das Feuer unserer Mägen
16	Grafik: Sachsen
18	„Ich mag mich, wie ich bin.“
23	GRL PWR
28	Grafik: Brandenburg
30	„Alle müssen die gleiche Chance haben!“
34	Mofida Ankir: Verdammt sei der Tag, an dem ich hierher kam
36	Grafik: Nordrhein-Westfalen
38	„Es soll immer in eine positive Richtung gehen.“
41	Vom Ehrenamt in den Aktivismus
46	Grafik: Mecklenburg-Vorpommern
48	Aus der Zivilgesellschaft in die Politik
52	Mofida Ankir: Wir stehlen keine Heimatländer
54	Grafik: Jenseits der Wahrnehmung. Baden-Württemberg
56	Grafik: Angsträume
58	„Die tun doch nichts“ – vom alltäglichen Rassismus und seinen Folgen
66	Grafik: Liste mit Lücken
68	Die chronische Untererfassung von rassistischen Straftaten
72	Grafik: Wie wir Übergriffe dokumentieren
73	Tödliches Schweigen
76	Grafik: Die ganze Milde des Gesetzes
77	„Wir brauchen mehr politische Übersetzerinnen.“
80	Naya Fahd: Bushaltestelle
81	„Migration ist ein Kraftakt.“
86	Mofida Ankir: Brief aus dem Lager
88	Hassgewalt begegnen – Betroffene stärken!
	10 Forderungen der Amadeu Antonio Stiftung
91	Adressen und weiterführende Informationen

Vorwort

Manches entziehen sich der Logik, wie der Glaube, dass die Erde eine Scheibe ist. Meist aber sind die Dinge logisch. Auch in der gesellschaftlichen Entwicklung. Niemand wird ernsthaft bestreiten, dass der Nationalsozialismus, dem eine überwiegende Mehrheit der Deutschen zugejubelt hatte, mitsamt seinen Verbrechen, rassistisch und antisemitisch war. Und man dürfte auch nicht davon ausgehen, dass nach der deutschen Niederlage auf einmal alle geläutert waren und Rassismus und Antisemitismus plötzlich verschwunden sind.



Nun, im Nachkriegsdeutschland Ost wie West wurde über beides kaum debattiert. Es gab durchaus Bemühungen klarzumachen, dass man sich besser nicht mehr öffentlich rassistisch äußert; aber wenn es doch geschah, und das tat es andauernd, wurde dies wenig thematisiert oder gar geahndet. Es ist logisch, dass das Problem dadurch nicht verschwindet. Wie kommt es also, dass Menschen heute verwundert darüber sind, wie groß das Problem mit Rassismus und Antisemitismus ist?

Wenn darin eine Logik steckt, dann heißt sie Verdrängung. Davon gibt es verschiedene Formen, manche sind kalt und hart, andere ein aus der Not geborener Selbstschutz. Viele Betroffene kennen das. Sie könnten sonst kaum ihren Alltag absolvieren. Betroffene wollen das Thema Rassismus vermeiden, denn sonst lärmt es im Kopf und im Herzen. Rassismus in Deutschland ist bei ihnen kein Nebengeräusch, kein Rauschen, sondern ein Dröhnen von der Ohnmacht. Es macht einem schrillen Ton von Unrecht, es hört sich an wie ein Sirenenlärm der Gewalt. Der Selbstschutz mag das ein wenig blockieren, aber auf die Dauer geht das nicht.

In der letzten Zeit hatte sich die Tür einen wenig Spalt geöffnet, hinter der die Realität des Rassismus liegt. Ein größerer Teil der Bevölkerung nimmt das Problem heute wahr, denn ob man nun will oder nicht, Deutschland ist schon lange nicht mehr nur weiß. Der Anteil der nicht-weißen Menschen ist größer geworden. Und – und das ist viel entscheidender – sie halten nicht mehr still, sondern verlangen Sichtbarkeit und die gesellschaftliche Anerkennung ihrer Diskriminierung. Bewegungen wie Black Live Matters organisieren sich auch in Deutschland, viele Selbstorganisationen und Empowerment-Projekte sind entstanden und verlangen nach Gerechtigkeit. Noch ist die Tür nicht auf, doch die Wahrnehmung von Rassismus und Antisemitismus kann nicht mehr zurückgedrängt werden.

Genau das ist entscheidend. Wahrnehmen kommt zuerst, dann das Deuten – das bedeutet das Verstehen, wie und wo es geschieht, – und als nächster Schritt das Handeln. Ohne Wahrnehmung und ohne Deutung verfliegt das Handeln zu schnell.

Die Wahrnehmung muss bei den Betroffenen beginnen. Deutschland ist generell viel zu täterfixiert. Das liegt vielleicht daran, dass der Mehrheitsbevölkerung am Ende die Täter noch immer näher sind als die Opfer von Rassismus. Das muss aber nicht so bleiben. Die Wahrnehmung kann umso stärker und klarer werden, je mehr Betroffene gehört, gesehen und ernst genommen werden.

Das Deuten der Probleme ist genauso schwierig, denn die Abwehr in der Gesellschaft ist groß. Da heißt es schnell: Nein, wir hier haben keinen Rassismus. Das gilt für Polizeistrukturen wie in der Schule oder in Behörden. Auch das Deuten braucht die Expertise derer, die von den Wirkungen von Rassismus, entgegen oder trotz anderer Absichten und Absichtserklärungen, real betroffen sind.

Das Handeln dann kann vergleichsweise leicht sein, wenn Wahrnehmen und Deuten gelungen sind. Die Instrumente dafür sind überall zu finden. Wahrnehmen und Deuten jedoch müssen direkt dort geschehen, wo das Problem auftaucht.

Dass alles drei gelingen kann, ist kein Geheimnis. Es ist auch kein Wunder. Es ist einzig und allein mühsam.

Die meisten Menschen in Deutschland können und wollen helfen! Dazu gehört an erster Stelle, dafür zu sorgen, dass niemand Opfer von rassistischer Gewalt wird. Denn das geschieht jeden einzelnen Tag. Rassismus und Antisemitismus, verstärkt durch rechtsextreme Hetze im Netz, können Leben kosten. Mindestens 213 Personen sind bereits aus diesem Grund ermordet worden, hinzu kommen mindestens 13 weitere Verdachtsfälle. Das zu verhindern, sollte selbstverständlich sein. Darüber hinaus wächst die Bereitschaft, sich zu engagieren.

Anstatt weiter an dem Schock über das Erstarken von Nazis und AfD nach 2015 festzuhalten, wäre es viel besser, auf die Hilfsbereitschaft, Großzügigkeit und Solidarität zu vertrauen, die in diesem Land auch vorhanden ist. Anstatt sich kleinmütig von AfD und Nazis erpressen zu lassen, die sich böse am Elend der Flüchtlinge ergötzen, und deshalb vorsichtig oder gar eingeschüchtert zu handeln, wäre es angemessen, human, selbstbewusst und souverän eine Kultur zu entwickeln, in der alle gleichwertig sind.

Rassismus und Verachtung sind schlimm, doch sie werden nicht besser davon, nur darüber zu klagen. Das wäre nicht logisch. Nur Menschlichkeit und Verantwortung helfen da. Wir sehen es immer wieder. Es tut sich was in Deutschland heute. So sieht Entwicklung aus. Stehen wir dazu. Und machen wir weiter.

Anetta Kahane

Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung

Geleitwort

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG)

Die rechte Gewalt der „Baseballschlägerjahre“, als nach der deutschen Wiedervereinigung vor allem, aber nicht nur in Ostdeutschland Migrant*innen, Linke, Punks, Obdachlose und Homosexuelle von Neonazis gejagt, angegriffen, verletzt und immer wieder auch ermordet wurden, war Ende der 1990er Jahre Anlass zur Gründung der ersten Beratungsstellen für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt in Deutschland. Zwanzig Jahre später sind die mittlerweile in fast allen Bundesländern existierenden Beratungsstellen mit einer anhaltenden Welle vornehmlich rassistisch motivierter Gewalt konfrontiert. Angriffe gegen Geflüchtete, Fälle, wie sie diese Broschüre schildert, bilden dabei einen Schwerpunkt.

Die von uns begleiteten und unterstützten angegriffenen Frauen, Kinder und Männer unterschiedlichster Herkunft schildern uns regelmäßig ein Kontinuum der Ausgrenzung und Gewalt, mit dem sie sich auseinandersetzen müssen. Dieses reicht von institutionell-rassistischen Schikanen bei Behörden und Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt über unfreundliche Gesten und Beleidigungen im öffentlichen Raum bis hin zu physischer Gewalt. Erfahrungen, wie sie nicht nur Geflüchtete, sondern viele als vermeintlich nicht-deutsch ausgegrenzte Menschen alltäglich machen, die aber bei Geflüchteten durch ihren prekären rechtlichen und ökonomischen Status, die Unterbringung in Sammelunterkünften, fehlende Sprachkenntnisse u.ä. verschärft werden.

Seit den rassistisch und antisemitisch motivierten Morden und rechtsterroristischen Attentaten von Kassel, Halle und Hanau und der Aufdeckung rechtsterroristischer Netzwerke und ihrer „Feindeslisten“ berichten sowohl Geflüchtete als auch Migrant*innen, People of Color, muslimische und jüdische Menschen sowie politisch Engagierte erneut öffentlich von ihrer Angst, in diesem Land nicht mehr sicher zu sein. Einer Angst, die berechtigt ist – das zeigen die verübten und geplanten rechten Terrorakte, das zeigt die rassistische Gewalt auf der Straße: Täglich zwei bis drei rechte Gewalttaten ereigneten sich 2019 in Deutschland. Wie ein roter Faden ziehen sich Rassismus und Antisemitismus dabei durch als Motive sowohl in der rassistischen Straßengewalt ab 2014 als auch im Rechtsterrorismus von Kassel, Halle und Hanau. Die Täter*innen inszenieren sich als Verteidiger eines

vermeintlich durch Einwanderung existenziell bedrohten Deutschlands. Diese Idee der Bedrohung Deutschlands bzw. Europas durch Immigration ist ein zentrales Thema in der Ideologie der Neuen Rechten. Der Versuch vieler Menschen, sich ab 2014/15 vor Kriegen, politischer Unterdrückung und existenzgefährdender Not vor allem aus dem Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika nach Europa zu retten, wird als Angriff auf die weiße Vorherrschaft dargestellt. Es waren und sind dabei nicht nur Rechtsradikale, sondern auch Politiker demokratischer Parteien, die behaupteten und behaupten, die Aufnahme asylsuchender Menschen wäre Ausdruck einer „Herrschaft des Unrechts“ und gefährde die Grundlagen von Staat und Gesellschaft. Die mangelhafte Aufklärung der Taten des NSU, der laxer Umgang staatlicher Stellen mit dem Versuch des Aufbaus bzw. der Existenz rechtsterroristischer Netzwerke in den Sicherheitsbehörden und der ungenügende Schutz von durch rechten Terror bedrohten Menschen begünstigen dabei offensichtlich das Entstehen solcher terroristischer Strukturen. Es handelt sich hierbei um Auslassungen/Leerstellen, die die deutsche Mehrheitsgesellschaft und die demokratischen Parteien zu verantworten haben. Wir hoffen, dass diese Broschüre dazu beiträgt, die Notwendigkeit zu erkennen, wie es Serpil Temiz, Mutter des in Hanau ermordeten Ferhat Unvar, forderte, „endlich zu reagieren“. Zu diesem „Reagieren“ gehört nicht zuletzt, den Betroffenen zuzuhören und sie als gesellschaftliche Akteur*innen ernst zu nehmen.

In diesem Sinne sind die Erfahrungen, die in dieser Broschüre versammelt sind, eine Aufforderung an uns alle: zum solidarischen Handeln und Eingreifen – an der Seite der Angegriffenen und Betroffenen von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt.

Den Unterschied machen

Was tun, wenn die Ohnmacht sich heranpirscht, wenn man plötzlich denkt: Geschichte wiederholt sich doch? Es sind diese Momente, in denen wir wissen: Es ist an uns, diese Gedanken zu vertreiben und zu handeln. Geschichte wiederholt sich nicht, und 2014 ist nicht 1992. Wir können jeden Tag den Unterschied machen. Dies ist die Geschichte der Entstehung von Aktion Schutzschild.

In 2014 zeichnete sich früh ab, dass Menschen, auf der Suche nach Sicherheit in Deutschland, auf viel Abwehr, Anfeindungen und Gewalt stoßen würden. Das politische Klima war angespannt, viele redeten davon, dass man endlich mal wieder sagen sollen „dürfe“, was niemand sonst sagte. Schon vor Pegida und vor dem Sommer der Migration 2015 hatten Neonazis mit vielen lokalen Nein-zum-Heim-Kampagnen Geflüchtete zum Ziel gemacht und an geplanten Unterbringungsorten erfolgreich Anwohner*innen mobilisiert, die nicht Teil der rechtsextremen Szene waren. Die Amadeu Antonio Stiftung startete vor diesem Hintergrund das Projekt *„Aktion Schutzschild – Empowerment- und Powersharing-Prozesse kommunal begleiten“*, das ländliche Kommunen, Einwohner*innen und lokale Verantwortungsträger*innen im Prozess der Aufnahme von Asylsuchenden gemeinsam mit Engagierten unterstützte.

Unsere Befürchtungen bestätigten sich. Die Hetze gegen Geflüchtete schlug in massenhafte Angriffe auf vermeintliche Geflüchtete und geplante Unterkünfte um.

Die Gewalt stieg 2015 sprunghaft an, Übergriffe auf Menschen ereigneten sich überall in der Bundesrepublik mehrmals täglich. Die Tatsache, dass Übergriffe auf Geflüchtete stattfinden, war und ist in erster Linie eine Gefahr für die Menschen, die angegriffen werden. Sie ist aber auch eine Gefahr für die Gesellschaft und den demokratischen Konsens, der behauptet, dass alle Menschen das gleiche Recht auf Unversehrtheit und Schutz haben. Ein professionelles Monitoring der Häufigkeit und Ausmaße der Gewalt gab es jedoch nicht. Immer öfter erreichte uns die Frage von Journalist*innen nach verlässlichen Zahlen. Daher bauten wir ab 2015 die *Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle* zu einer professionellen Datenbank aus. Der Bedarf war enorm, jeden Tag erhielten wir Anfragen, und bis heute wird die Chronik

auch international von Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft genutzt, um das Ausmaß, die Qualität und die Bedeutung der Gewalt gegen Geflüchtete analysieren und darstellen zu können.

Hinter jedem einzelnen Eintrag, bis Ende 2019 sind es 11.257¹, steht eine schmerzhafteste Geschichte, die uns alle als Teil dieser Gesellschaft betrifft. Die Perspektiven der angegriffenen Personen, die oft nur knapp mit ihrem Leben davonkommen, sind in einer solchen Statistik nicht erfasst. Das Erleben dieser täglichen Gewalt, der lebensverändernde Einschnitt, die existentielle Bedrohung und auch die sich oftmals daraus ergebenden Folgen bleiben der großen Mehrheit verschlossen.

Sechs Jahre lang hat das Projekt *Aktion Schutzschild* neben den täglichen Recherchen zur Chronik die Perspektiven der Menschen eingeholt, die hinter diesen Einträgen stehen. Ausgangspunkt dieses Vorhabens war eine parteiliche Vermittlung, die eingewanderte und nach Deutschland geflohene Personen darin unterstützt, sich in ihren (ländlichen) Kommunen zu organisieren, Gehör zu verschaffen und politisch zu intervenieren. Wir sehen es als unsere Verantwortung, neben den Zahlen, die wir seit 2015 tagtäglich erheben, akribisch recherchieren und verifizieren, die Perspektiven der davon betroffenen Menschen sichtbar und für die Mehrheitsgesellschaft zugänglich zu machen. Denn die Gewalt reißt nicht ab – auch für 2020 sind gewalttätige Übergriffe dokumentiert, mit zum Teil schwersten Verletzungen.

Am Umgang mit der alltäglichen Gewalt gegen Geflüchtete zeigt sich immer wieder, wie hartnäckig sich die Muster des Wegguckens und Leugnens in unserer Gesellschaft halten. Sowohl in der praktischen Arbeit vor Ort als auch in der breiteren gesellschaftlichen Debatte fehlt es an der Bereitschaft, sich mit den Zuständen auseinanderzusetzen, mit denen Menschen tagtäglich in der Nachbarschaft konfrontiert sind. Dies ist umso schmerzhafter – und das ist keine neue Erkenntnis –, als schon kleine Gesten für die von rechter und rassistischer Gewalt Betroffenen den Unterschied ums Ganze

1 Dabei handelt es sich um 10.908 Übergriffe und 349 Verdachtsfälle.

machen: Hingucken, Nachfragen, Einschreiten, Skandalisieren, aber auch ein Lächeln, ein aktives Wahrnehmen des Gegenübers.

Die fehlende Bereitschaft der Mehrheitsgesellschaft, sich dieser Erfahrungen anzunehmen und sie als Teil ihrer Verantwortung zu begreifen, ist das eine. Für die allermeisten Menschen – das ist das andere – liegt die Dimension der Gewalt jenseits der eigenen Vorstellungskraft.

Diese Broschüre zeigt beides: die Zahlen, die sich ergeben, wenn man die öffentlich bekannt gewordenen Angriffe zusammenträgt, wie auch Einblicke, was ein Leben in Gefahr bedeutet.

Für die Eskalation der Gewalt tragen wir alle Verantwortung: Dass wir im Jahr 2016 allein 3.767 Übergriffe an 365 Tagen verzeichnen und das Ausmaß der Gewalt 2020 weiterhin über dem von 2014 liegen wird, ist vor allem ein Beweis dafür, dass unsere Gesellschaft im Schutz für schutzsuchende Menschen vollumfänglich versagt hat.

Damit muss Schluss sein.

Es gibt keine Entschuldigung dafür, dass hier nicht konsequent und effektiv eingeschritten wurde von den Strafverfolgungsbehörden, von der Politik, von den Bürger*innen. Dass Gewalt letztlich hingenommen wird und deutlich sichtbar ist: Das Recht auf Unversehrtheit, auf Schutz gilt nicht für alle gleichermaßen – wir sind alle gleich, aber manche sind eben gleicher.

Wird ein Problem immer größer, werden die Möglichkeiten, sich ihm zu entziehen, immer kleiner: Ein Weggucken ist nicht mehr möglich. So die Theorie, die schon oftmals in der Praxis nicht funktioniert hat: Weggucken hat Tradition in diesem Land.

Die vielen Privatpersonen und Initiativen, Politiker*innen, Opferberatungsstellen und ehrenamtlich Engagierten, die Stellung bezogen, die Journalist*innen, die nicht müde wurden, über das Ausmaß der Gewalt und seine Bedeutung zu berichten – sie haben in ihrer Zahl nicht die kritische Masse erreicht. Denn in der Praxis dominiert immer noch die Brutalität der Untätigkeit: Ignoranz,

Resignation, Überforderung und Ohnmacht waren die Stellschrauben der Reaktion auf rechte und rassistische Gewalt. Und wir fragten uns, während wir mit den Zahlen hantierten, jeden Tag Journalist*innen anriefen und über die nächtlichen Brandanschläge auf schlafende Kinder, Schüsse auf Menschen aus dem Fenster am helllichten Tag und Hammerschläge auf den Kopf berichteten: Warum hat diese brutale alltägliche Gewalt trotz öffentlicher Debatte keinen Aufforderungscharakter?

Das hat auch das Projekt selbst schmerzlich zur Kenntnis nehmen müssen: Auf dem Höhepunkt der Anfragen von Presse und Politik und bei großer allgemeiner Aufmerksamkeit für Fragen der Integration und ihrer Herausforderungen gelang es sechs Jahre lang nicht, für Aktion Schutzschild öffentliche Gelder zu bekommen. Allein privaten Geldgebern wie der Freudenberg Stiftung, Pro Asyl, dem Stiftungsfonds der GLS Treuhand, der Marin Community Foundation und der Amadeu Antonio Stiftung, die ihre eigenen Mittel zur Verfügung stellte, ist es zu verdanken, dass wir diese Arbeit machen konnten.

Die wichtigste Erkenntnis: Wenn man erstmal ins Handeln kommt, tun sich viele weitere Handlungsmöglichkeiten auf. Ins Handeln zu kommen ist der Schlüssel, um Menschenrechte zu schützen, demokratische Kultur zu verteidigen und die verschiedenen Expertisen und Perspektiven sichtbar zu machen. Denn es gibt sie: jede Menge Handlungsmöglichkeiten und Konzepte, wie auf die jeweiligen Eskalationsmomente und ihre tief wirkenden Folgen zu antworten wäre, ja wie ihnen sogar vorzubeugen wäre. Das macht uns Mut, und wir freuen uns über das Vertrauen, das uns entgegengebracht wurde, über die Erfahrungen und Perspektiven, die uns anvertraut und mit uns geteilt wurden, und darüber, diese Erkenntnisse gewonnen zu haben. Diese wollen wir teilen und zugänglich machen.

Tahera Ameer
Projektleitung Schutzschild

RECHTE MOBILISIERUNG, RASSISTISCHE ÜBERGRIFFE: GEWALT GEGEN GEFLÜCHTETE

2015 – 2019

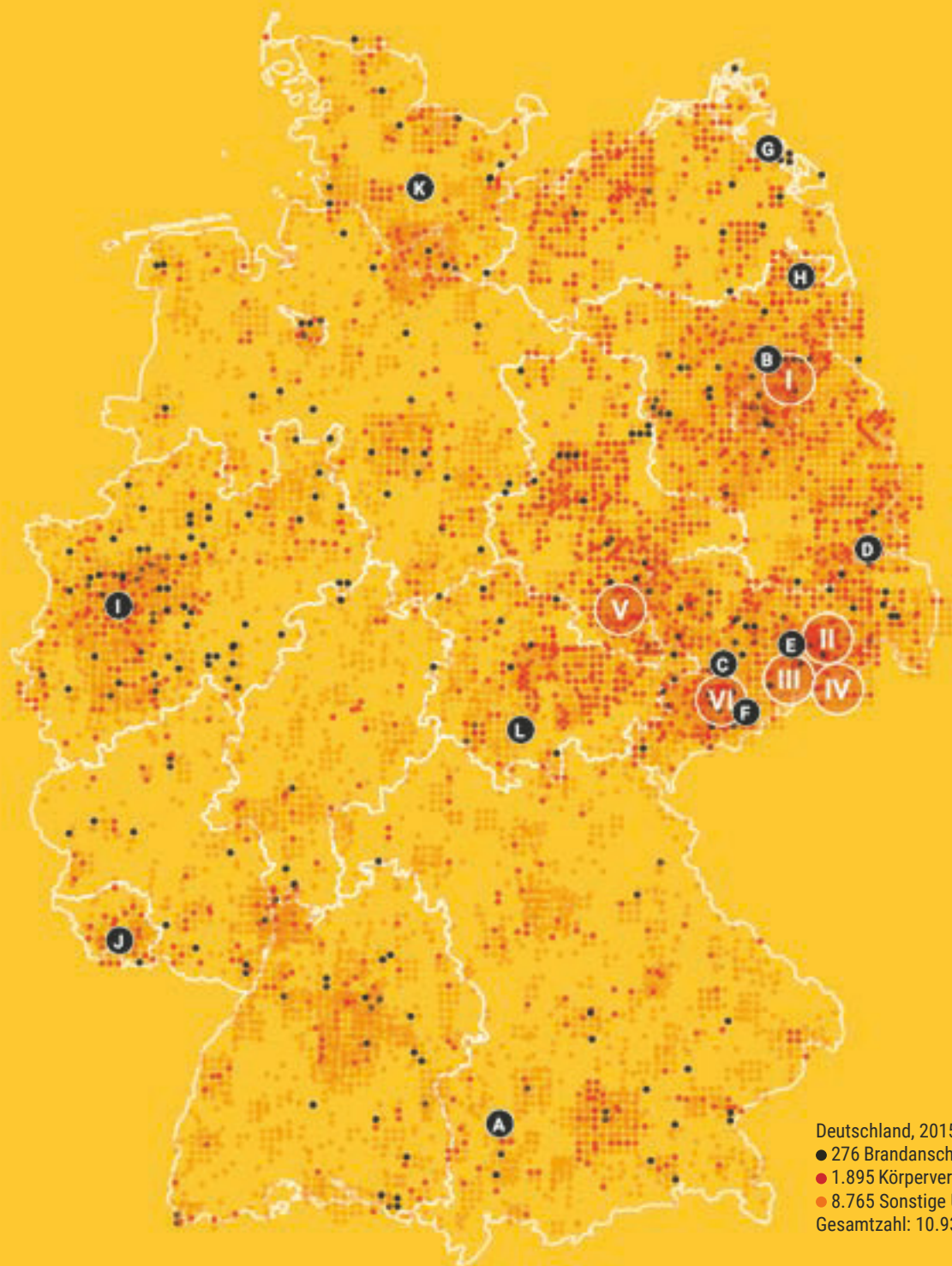
Seit fünf Jahren dokumentiert die Amadeu Antonio Stiftung Übergriffe auf Asylsuchende in Deutschland. In Zeiten, in denen rechte Parolen und rassistische Exzesse neue Normalität zu werden drohen, bleibt die „Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle“ ein Barometer des gewalttätigen Klimas – und eine bundesweit einzigartige Datenbank.

HETZE UND TERROR ALS KONZEPT EINE AUSWAHL

I	II	III	IV	V	VI
9. Juli 2013: Der „braune Dienstag“ in Berlin-Hellersdorf	Ab Oktober 2014: Rassistische Mo- bilisierung durch *GIDA-Gruppen	März 2015: Gründung der Terror- gruppe „Freital“	ab 21. August 2015: Rechtsradikale Ausschreitungen in Heidenau	Herbst 2015: Höcke hetzt in Erfurt	August 2018: „Hetzjagden“ in Chemnitz
Unter dem Jubel von rund 800 Anwohner*innen kapern Anhänger der NPD eine Infoveranstaltung zu einer neuen Asylunterkunft im Bezirk. Die Neonazis setzen den Auftakt für anhaltende Hetze gegen Geflüchtete in Hellersdorf – und darüber hinaus. Bundesweit unterstützt die NPD in der Folge sogenannte „Bürgerinitiativen“, die unter dem Motto „Nein zum Heim“ gegen Asylunterkünfte mobilisieren.	Im Oktober 2014 geht PEGIDA in Dresden erstmals auf die Straße. Bald schließen sich den Aufmärschen bis zu 20.000 Menschen an. Bundesweit gründen sich Ableger, vielerorts unter Leitung organisierter Neonazis. Aus den Kundgebungen heraus kommt es immer wieder zu Angriffen auf Gegendemonstrationen und Presse. Dennoch wird PEGIDA lange als vermeintlich bürgerliches Bündnis dargestellt.	Aus einer selbsternannten „Bürgerwehr“ heraus gründet sich eine Terrorgruppe, die Sprengstoffanschläge auf örtliche Asylunterkünfte und ein linkes Wohnprojekt verübt. Die später wegen versuchten Mordes und Bildung einer terroristischen Vereinigung verurteilte Gruppe wird vor Ort lange verharmlost: von „Lausbubestreichen“ und einem „Schauprozess“ gegen die Mitglieder der Gruppe ist die Rede.	Die NPD ruft zum „Widerstand“ gegen die Eröffnung einer Asylunterkunft auf. Vor dem Gebäude kommt es in den folgenden Tagen zu massiven Ausschreitungen und Angriffen auf Polizei und Presse. Wie schon bei ähnlichen pogromartigen Krawallen in den 90er Jahren reisen organisierte Neonazis aus der Region an, während die Polizei auch am zweiten Tag keine Wasserwerfer und zu wenig Verstärkung schickt.	Der rechtsradikale Fraktionsvorsitzende der AfD Thüringen, Björn Höcke, mobilisiert in Erfurt mit seiner Hetze gegen Asylsuchende tausende Menschen. Bei der größten Veranstaltung versammeln sich rund 8.000 Anhänger*innen vor der Thüringenhalle, die in den darauffolgenden Tagen als Asylunterkunft genutzt werden soll. Hetze gegen Geflüchtete ist spätestens ab diesem Zeitpunkt Kernthema der AfD.	In Chemnitz greifen organisierte Neonazis über mehrere Tage Migrant*innen und Pressevertreter*innen an. Unterdessen wird die öffentliche Debatte von der Frage bestimmt, ob es sich bei den pogromartigen Szenen um „Hetzjagden“ handele. Ähnlich zuvor bereits 2016 in Bautzen, wo die Polizei „Hetzjagden“ auf Asylsuchende dementiert – und damit Augenzeugenberichten von Journalisten widerspricht.

HOTSPOTS RECHTER GEWALT EINE AUSWAHL

A Allgäu Schwerpunkt-Region bayerischer Neonazis. Allein im Ortsteil Neugabolz in Kaufbeuren kam es 2016 zu drei Brandstiftungen. Bereits in den 90er Jahren gab es in Neugabolz eine Serie von Angriffen auf Asylsuchende, darunter ebenfalls ein Brandanschlag.	B Berlin Marzahn-Hellersdorf Im Bezirk am östlichen Berliner Stadtrand kommt es seit Jahren immer wieder zu teils schwerwiegenden Angriffen auf Asylsuchende.	C Chemnitz und Umland Spätestens als organisierte Neonazis im August 2018 tagelang Jagd auf Asylsuchende, Migrant*innen und Presse machen, wird das Gewaltpotential der regionalen Nazi-Szene bundesweit einer breiten Öffentlichkeit bewusst.	D Cottbus Spätestens seit den 90er Jahren gibt es in der Lausitz eine gut organisierte, mitunter provokativ offen agierende Neonazi-Szene. Deren Gewaltpotential verdeutlicht die seit Jahren anhaltend hohe Zahl rassistisch motivierter Angriffe in und um Cottbus.	E Dresden und Umland Als Ausgangspunkt der rassistischen PEGIDA-Bewegung verzeichnet Dresden seit Jahren besonders viele rechte Gewalttaten. Auch im Umland, in Orten wie Freital.	F Erzgebirge Immer wieder kommt es in Orten wie Heidenau, Pirna, Sebnitz und Umgebung zu schweren körperlichen Angriffen und Brandanschlägen. Die Region gilt begründeter Weise als Hochburg organisierter Nazi-Kameradschaften.
---	---	--	---	--	--



Deutschland, 2015 bis 2019
 ● 276 Brandanschläge
 ● 1.895 Körperverletzungen
 ● 8.765 Sonstige Übergriffe
 Gesamtzahl: 10.936

G Mecklenburg-Vorpommern

Orte wie Anklam, Demmin, Greifswald, Güstrow und Wismar, aber auch bestimmte Stadtteile von Rostock, Schwerin oder Stralsund sind seit Jahren Angsträume für Asylsuchende. Immer wieder kommt es zu schweren Körperverletzungen und Brandanschlägen.

H Prenzlau

Brandenburg ist – mit Blick auf das Verhältnis von Bevölkerungszahl zur Zahl der Übergriffe auf Asylsuchende – das Bundesland mit den meisten schwerwiegenden Vorfällen bundesweit. Ähnlich erschreckend ist die Zahl derartiger Angriffe im kleinen Ort Prenzlau in der Uckermark.

I Ruhrgebiet

In Dortmund und Bochum treten organisierte Neonazis besonders öffentlichkeitswirksam auf. Doch auch in anderen Orten des Ruhrgebiets kommt es seit 2015 zu teils schwerwiegenden Angriffen auf Asylsuchende und ihre Unterkünfte.

J Saarland

Im kleinen Saarland verübt eine wenig beachtete Neonazi-Szene immer wieder rechte Angriffe auf Asylsuchende und Andersdenkende. Wie schon in den 90er Jahren gab es ab 2015 eine Serie von nicht ermittelten (Brand-) Anschlägen.

K Schleswig-Holstein

Vor allem in Städten wie Flensburg, Itzehoe, Kiel, Lübeck und Schleswig, aber auch in den ländlichen Gegenden Schleswig-Holsteins gibt es seit Jahren organisierte Neonazi-Strukturen. Seit 2015 kommt es in eben diesen Gebieten zu auffällig vielen Übergriffen auf Asylsuchende.

L Süd-Thüringen

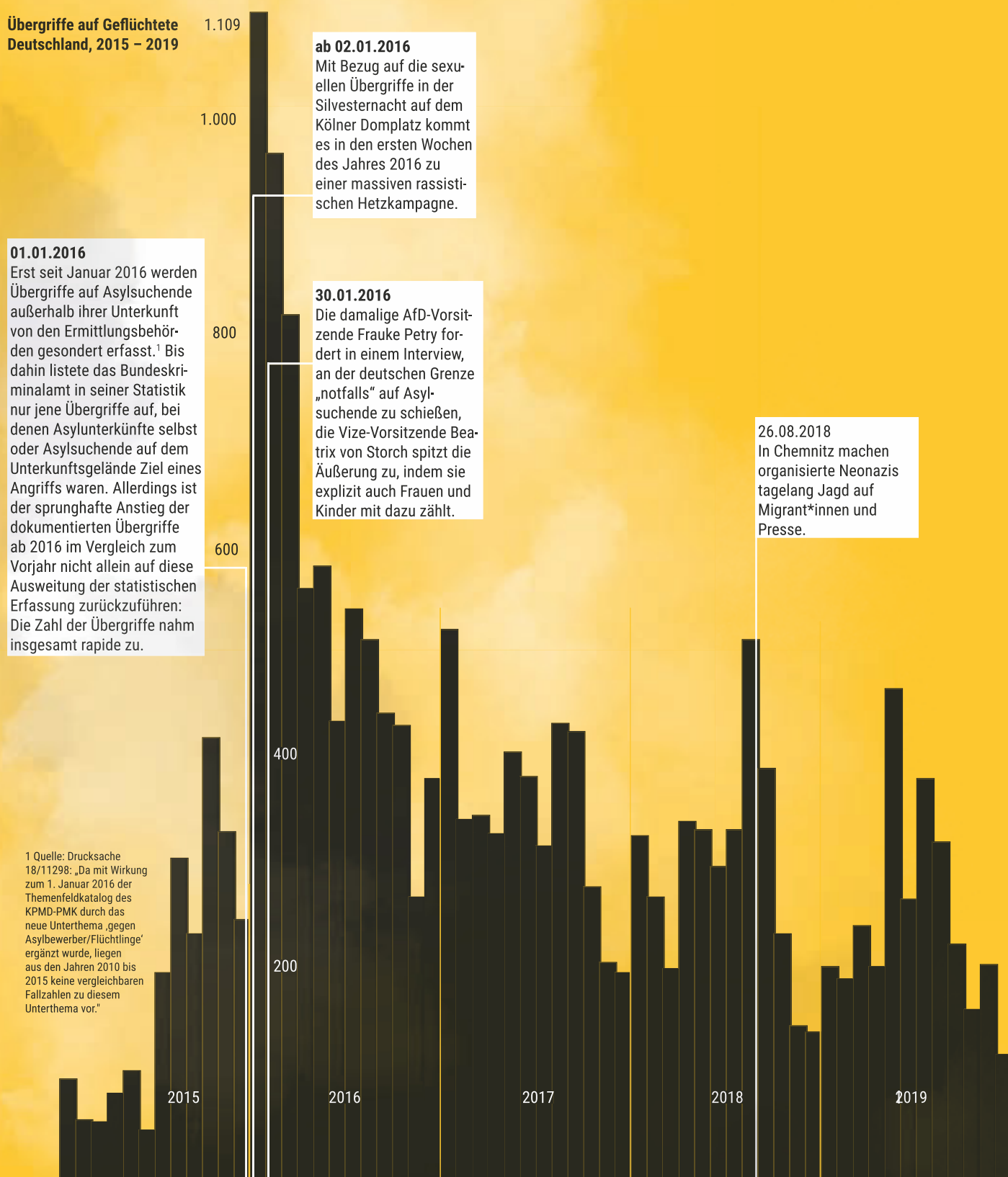
Organisierte Kameradschaften, teils im Dunstkreis der Terrorgruppe NSU, machen Teile der Region seit Jahren zur No-Go-Area für Geflüchtete und andere, die nicht ins faschistische Weltbild der Neonazis passen.

VON ENTWARNUNG KANN KEINE REDE SEIN

2015 – 2019

Die Monate von Herbst 2015 bis Sommer 2016 waren besonders gewaltsam. Doch der anschließende Rückgang der Angriffszahlen darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gewalt gegen Geflüchtete seither weiterhin auf einem besorgniserregend hohen Niveau verbleibt.

Übergriffe auf Geflüchtete
Deutschland, 2015 – 2019



ab 02.01.2016

Mit Bezug auf die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht auf dem Kölner Domplatz kommt es in den ersten Wochen des Jahres 2016 zu einer massiven rassistischen Hetzkampagne.

30.01.2016

Die damalige AfD-Vorsitzende Frauke Petry fordert in einem Interview, an der deutschen Grenze „notfalls“ auf Asylsuchende zu schießen, die Vize-Vorsitzende Beatrix von Storch spitzt die Äußerung zu, indem sie explizit auch Frauen und Kinder mit dazu zählt.

01.01.2016

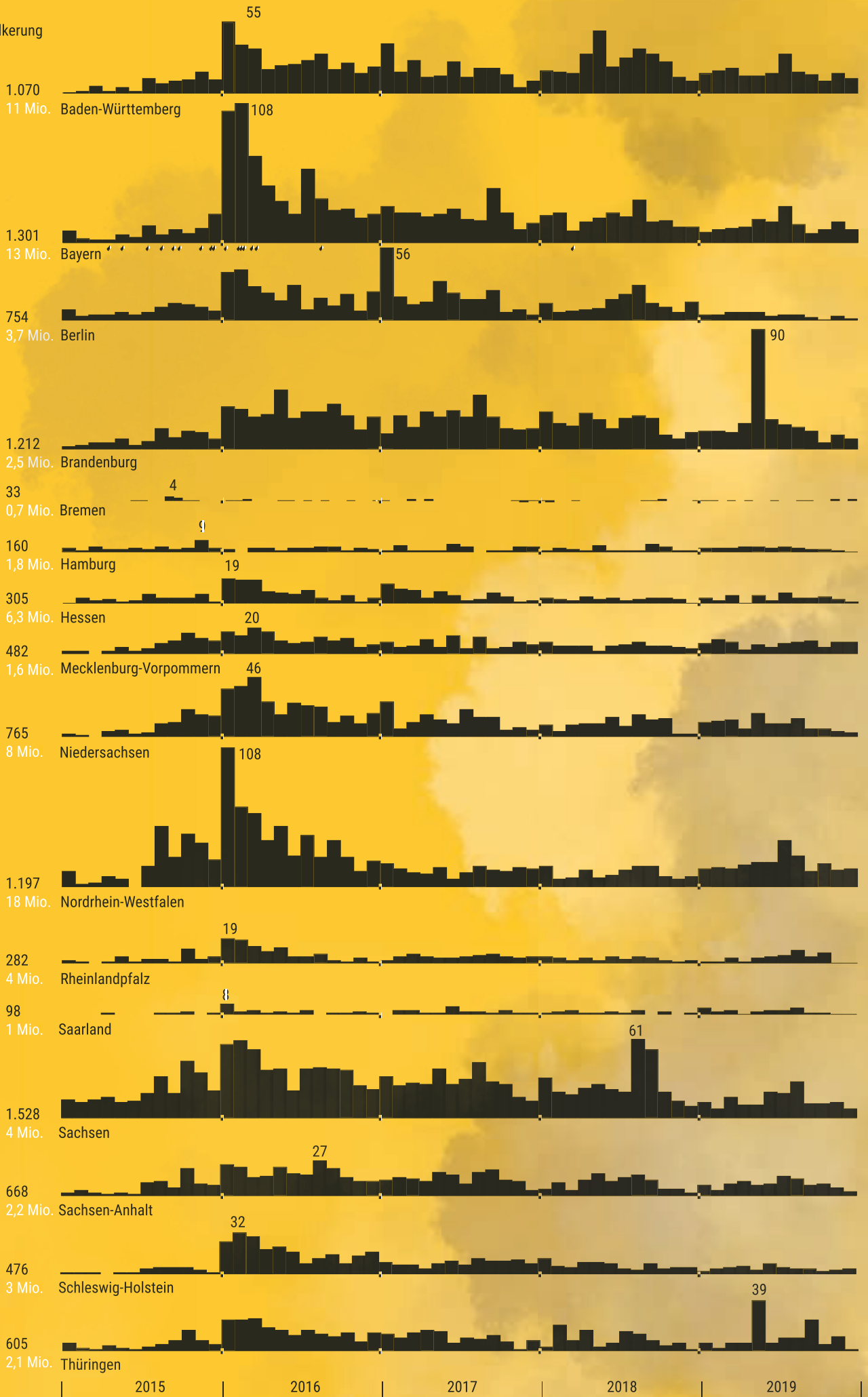
Erst seit Januar 2016 werden Übergriffe auf Asylsuchende außerhalb ihrer Unterkunft von den Ermittlungsbehörden gesondert erfasst.¹ Bis dahin listete das Bundeskriminalamt in seiner Statistik nur jene Übergriffe auf, bei denen Asylunterkünfte selbst oder Asylsuchende auf dem Unterkunftsgelände Ziel eines Angriffs waren. Allerdings ist der sprunghafte Anstieg der dokumentierten Übergriffe ab 2016 im Vergleich zum Vorjahr nicht allein auf diese Ausweitung der statistischen Erfassung zurückzuführen: Die Zahl der Übergriffe nahm insgesamt rapide zu.

26.08.2018

In Chemnitz machen organisierte Neonazis tagelang Jagd auf Migrant*innen und Presse.

¹ Quelle: Drucksache 18/11298: „Da mit Wirkung zum 1. Januar 2016 der Themenfeldkatalog des KPMD-PMK durch das neue Unterthema „gegen Asylbewerber/Flüchtlinge“ ergänzt wurde, liegen aus den Jahren 2010 bis 2015 keine vergleichbaren Fallzahlen zu diesem Unterthema vor.“

Vorfälle Bevölkerung



Das Feuer unserer Mägen

Naya Fahd

übersetzt von Ahmad Seijari

Klarer Himmel, zu viele Leute, weiße Zelte, nackte Füße, leere Mägen.

Das sind Details, an die ich mich von diesem schrecklichen Morgen erinnere. So schrecklich, dass ich diesen Text jetzt erst schreiben kann. Wenn ich die Schrecklichkeit dieses Tages einfach weglassen würde, hätte ich nichts zum Schreiben. Ich wäre einfach nur da.

In der Morgendämmerung mit dem Krähen des Hahns, der nur in meiner Vorstellung lebt, beging ich das erste Verbrechen des Tages: den ersten Schritt vor mein Haus, wie mein Sohn es nennt, oder eher mein Zelt, wie die offizielle Bezeichnung lautet.

Ich bin auf der Suche nach einem Happen zu essen, der als Verlängerungsdokument für meinen Aufenthalt hier dienen könnte, oder zumindest, um ein himmlisches Zeichen zu schicken – falls es jemandem im Himmel gibt, um es zu empfangen –, um noch einen Tag länger am Leben zu bleiben, oder vielleicht doch einen Tag weniger.

Nachdem mir die Energie ausgegangen war, keine Kraft mehr zu weiteren Schritten, nicht einmal 17 Schritte hatte ich geschafft, versuchte ich langsam zu gehen. Ganz im Gegensatz zum Klang des unerbittlichen Schreiens meines Magens, der an seine Existenz nochmal erinnern wollte. Mit Stimmen, die jedem hier so vertraut waren, es wäre so seltsam, wenn sie nicht mehr da wären. Ich dachte für einen Moment, es meinem Magen nachzumachen, um vielleicht etwas Energie zu gewinnen, so dass ich mein Ziel erreichen könnte. Aber ich änderte bald meine Meinung, weil ich nichts zum Anschreien hatte.

Nun, ich würde meinen Magen ignorieren, wie ich ihn immer ignoriert habe, oder besser gesagt, ich vergaß ihn, weil ich mich mit ihm versöhnte und ich ihn verstand. Ich wollte zu meiner Nachbarin im 7. Zelt, die Brot versteckte, damit die Sonne und der Wind nicht den Geruch ihres Brots stahlen. Ich konnte es aber trotzdem noch riechen, allein dadurch, dass ich es mir vorstellte.

Ich werde nicht leugnen, dass ich sie beneidete, als ich hörte, wie ihr Mann, während die Mägen aller Anwesenden schrien, ihr zuflüsterte, dass er ihr einen Laib gesichert hatte. Nicht etwa weil er romantisch war, sondern aus einem anderen Grund, der durch die Geräusche des leeren Magens ihres Babys gerechtfertigt war. Ich kann auch nicht leugnen, dass ich ihr vergeben hätte, wenn sie mein Brot gestohlen hätte, allein deshalb, weil ich mich an ihre Stelle versetzte und mir vorstellte, dass ich das hätte, was sie hatte. Ich schwöre, dass ich ein Volk töten würde, damit ich das Brot mit meinen Kindern essen könnte und es nicht mit jemandem teilen müsste. Ist es nicht komisch, wie menschliches Mitgefühl und Toleranz nur dann auftreten, wenn wir selbst in Tragödien verwickelt sind oder uns darin selbst vorstellen? Es spielt keine Rolle, was wir als egoistisch bezeichnen oder Mitleid nennen, ich hätte nichts dagegen, Nahrung aus diesem oder einem anderen Grund zu bekommen.

Was habe ich gesucht? Oh, Essen, Quatsch. Oh, Essen oder Quatsch. Okay, okay, von beidem.

Ich musste zurückgehen, bevor die Kinder aufwachten. Ich musste mich an einem Zelt anlehnen. Es ist das erste Mal, dass ich das Gefühl habe, dass es sich nicht wie mein Zelt anfühlt. Oh, es ist albern, in dieser Zeit emotional zu sein. Wie funktioniert der Tastsinn jetzt, um einen Unterschied zwischen den Zelten auszumachen? Selbst wenn es Seide wäre, hätte es keinen Unterschied gemacht.

Der Boden und seine Steine und Zelte dürfen nicht in meinem Weg stehen. Obwohl sie mich früher oftmals behindert haben, liebe ich sie alle. Und obwohl ich einige Kenntnis über die Vielfalt der Planeten und Sterne habe, bevorzuge ich es, hier zu bleiben. Ich werde sterben, denn es ist klar, dass ich nicht noch eine Stunde hier bleiben werde, das ist nicht nur eine Tatsache, sondern ein Wunsch.

Diese Geschichte soll sich nicht wiederholen, und wenn es schnell kommt, ist es vielleicht das bestmögliche Ende.

Ich bin angekommen, und es gibt nichts zu sagen, außer dass die Sonne weh tut und der Schmerz mich voranbringt. Ich weckte die Kinder schnell und versuchte sie anzuziehen. Ich würde sie so gerne anziehen mit neuen, sauberen Kleidern. Aber sie haben nur die Kleidung, die schon tausend Mal getragenen wurde, trotzdem habe ich versucht, sie so schick wie nur möglich zu machen. Ich habe sie heftig geküsst. Ganz langsam kam ich wieder zu Sinnen. Sie rochen nicht wie immer, und doch liebe ich diesen Geruch so sehr. Also küsste ich sie mehr als je zuvor, bis der Hahn wieder in meiner Vorstellung schrie und die Zeit verkündete. Zeit? Ich habe nicht einmal eine Uhr, um es aufzuschreiben, aber ich kann sagen, es ist 7 Uhr, weil meine Erinnerung den Schmerz des frühen Sonnenstrahls nicht vergisst.

Ein letzter Kuss, ein Streichholz, viele Landpflanzen und ein Wunsch. Alles, was ich brauchte, damit dieser Alptraum vollständig war.

Sobald wir mit der Beleuchtung und dem Licht begonnen hatten. Oder in genaueren Worten mit den Flammen, bis mein Bauch und meine Gliedmaßen durch das Feuer der Erlösung zerstreut wurden, das zu meiner Ekstase beitrug.

Das Feuer wurde entzündet durch die Leere in unseren Mägen. Wir hatten Pech, denn unser Feuer war nicht stark genug und konnte unsere Nachbarn nicht daran hindern, uns zu retten und nicht einfach unserem Schicksal zu überlassen. Ich hörte Schreie, ein Geräusch, und das Wasser kam aus dem Nichts. So begann mein größter Alptraum, bis ich die Stimme eines jungen Mannes hörte, der wie ein Engel schien und ihnen sagte, was ich wollte. Ob es wirklich Leute im Himmel gibt, die himmlische Signale senden können? Er sagte ihnen, dass sie nicht versuchen sollten, das Feuer zu löschen, sonst würden sie meinen Fluch noch verschlimmern und ihn nicht beenden, sondern mich vor der Errettung bewahren, um mich zu einem doppelten Tod zu führen, der bereits geschehen war.

Nun, ich werde mich über den Vorfall lustig machen und positiv denken, ich wachte aus einem Alptraum auf, um mit einem verstümmelten Körper in das Labyrinth des lebendigen Todes zu gelangen, aber ich kann immer noch lächeln, weil ich meinen Magen nicht mehr spüre und weil ich endlich das Gewicht verloren habe, das ich vor Jahren verlieren wollte.

Ich weiß nicht, ob ich mit einem Wunsch ändern kann, was passiert ist, denn der Zauberstab, der die Wünsche erfüllt, wurde mit meinem Körper verbrannt. Aber ich weiß genau, dass das Feuer die beste Lösung war, weil es besser zu unserer bitteren Realität passt. Es ist auch eine Ohrfeige für die taube, blinde und stumme Menschheit, die mich daran erinnert, dass ich besser als die Menschlichkeit bin. Es ist wahr, dass ich einen verzerrten Körper habe, aber ich sehe, höre und spreche immer noch. Ich fühle auch. Ich werde hören, sehen und reden, weil ich fühle. Aber ich vertraue darauf, dass der Tod mich beim nächsten Mal nicht enttäuschen wird.

ها قد وصلت وما من شيء يذكر سوى أن الشمس تؤلمني وتحترقني على المضي قدماً، أيقظت الأطفال بسرعة وحاولت ترتيب ملابسهم، كنت لأود أن ألبسهم أحسن ما عندهم لكنهم لا يمتلكون سوى الملابس المهترئة التي يرتدونها منذ الأزل، لذا حاولت ترتيبهم قدر المستطاع وقبلتهم بشدة، وها الآن بدأت حواسي تعود لرشدتها مرة أخرى؛ إن رانتهم لا تشبه المعتاد وأنا أحبها كثيراً لذا قبلتهم أكثر مما فعلت يوماً حتى صاح ديك مخيلتي مجدداً معلناً قدوم الوقت..وقت؟ لست أمتلك ساعة لأدونه حتى لكن باستطاعتي الجزم أنها السابعة لأن مخيلتي لا تخطأ ألم شعاع الشمس الباكر.

قبلة أخيرة، عود كبريت والكثير من النباتات اليابسة وأمنية..كل ما احتجت ليكتمل هذا الكابوس. ما إن بدأنا بالإضاءة والنور.. أو بكلمات أصرح..الإشتعال، حتى انتشت أحشائي وأطرافي بنار الخلاص وما ساعد على النشوة، أقصد الإشتعال هو خلو أمعائنا، من سوء الحظ لم تكن نارنا قوية كفاية لتمنع جيراننا من إخمادنا وتركنا لمصيرنا الأفضل، فقد سمعت صرخاً، صوت رشق ماء من العدم وعندها بدأ كابوسي الأعظم. إلى أن سمعت صوت شاب أشك أنه ليس بهلاك، يخبرهم بما أردت وكأنه حقاً يوجد من في السماء ليرسل إشاراتاً سماوية، عندما أخبرهم أن ليس عليهم محاولة إخماد النار، فإنهم بفعلتهم هذه يزيدون من لعنتي ولا ينهوها، فهم ينقدونني من الخلاص ليأخذوني لموت مضاعف قد سبق وعاشروه مراراً وتكراراً لكن أحداً لم يصغ.

حسناً سأسخر الحادثة وأفكر بإيجابية، استيقظت من كابوس لأدخل متهاهة الموت الحي بجسد مشوه، لكن ما زال باستطاعتي الابتسام لأنني لم أعد أحس بمعدي ولأنني أخيراً خسرت وزني الذي كنت أطمح لخسارته بأعوام مضت. لست أدري إن كان بإمكانني تغيير ما حصل بأمنية، لأن العصي السحرية التي كانت لتحقيق الأمنيات، احترقت مع ما امتلكت من جسد، لكنني أعرف تماماً أن الاحتراق كان الحل الأفضل لأنه أكثر تناسب مع واقعنا المرير، كما أنه يشكل صفة بوجه الإنسانية الصماء العمياء الخرساء، ما يذكرني أنني أسبق الإنسانية بخطوات؛ صحيح أنني بثُّ أملك جسداً مشوهاً، لكنني مازلت أرى/اسمع واتكلم..وأحس أيضاً؛ سأسمع، أرى واتكلم لأنني أحس بل أثق بأنه في المرة القادمة لن يخذلني الموت.

النار الذي في أمعاء

المؤلف: نايا فهد
ترجمة: احمد سيجاري

سماء صافية، أناس كثيرون، خيم بيضاء، أقدام حافية، وأمعاء خاوية.

ملخص التفاصيل التي أذكرها منذ صباح ذاك اليوم المشؤوم، مشؤومٌ بشدة لأنني اكتب نصي هذا الآن؛ لو أردنا تجريده من هذه الصفة لما كان عندي شيء لأخبر عنه الآن، لأنني ببساطة لن أكون موجودة حينها.

مع بداية صيحات الديك الذي يقطن بمخيلتي، ارتكبت أول جريمة بهذا النهار، خطوات أول خطوة خارج بيتي (كما يدعوه ابني) أو خيمتي (كما تصنفه الحقائق) باحثة عن لقمة ما لتكون بمثابة وثيقة تمديد لإقامتي هنا، أو أقلها لتكون إشارة سماوية -إن وجد أحد بالسما- لبيعها- لباقي يوماً آخر... أو أقل.

بعدها نفذت مني الطاقة لأحولها لخطوات، لم أكن قد أنجزت خطوتي السابعة عشر، لذا حاولت السير ببطء، على عكس صوت صياح معدتي التي لا تكل من إثبات وجودها بأصوات باتت مألوقة للجميع هنا، لدرجة أنه بات من الغريب جداً عدم صدورها. فكرت للحظة بالشبه بمعدتي وتقليدها، علني استحضر طاقة من الصراخ لاستكمل بها سيري، ولكنني سرعان ما غيرت رأبي لأن ليس عندي ما أقوله لأصرخ به ليس إلا.

حسناً سأجاهل معدتي كما تجاهلت أو بالأحرى نسيت وجودها لأنني تصالحت معها وبتت أفهمها، أقصد جاري بالخيمة السابعة التي تخبي خيراً يأساً قد جردته الشمس والريح من رائحته التي ما زال باستطاعتي شمها لمجرد تخيل وجوده؛ لن أنكر أنني حسدتها عندما سمعت زوجها يهمس لها وسط صراخ معدات الجميع أنه قد أمن لها رغيماً، ليس لأنه بالأمر الرومنسي إطلاقاً، أو ربما قليلاً، لكنه لسبب آخر تبرره أصوات أمعاء طفلي الفارغة.

كما انه ليس باستطاعتي الإنكار أنني سامحتها -وكانها سرقت خبزي- فقط لأنني وضعت نفسي مكانها وتخيلت امتلاكي ما تملك، اقسام اني كنت لأقتل قبيلة مقابل أكله مع أولادي وعدم مشاركته مع أحد. أليس مضحكاً كيف أن التعاطف الإنساني والتسامح يظهران فقط عند اشتراكنا بالمأساة أو تخيل أنفسنا بها؟ لا يهم ماذا نطلق على هذا تعظافاً أم أنانية لكنني لن أمانع الحصول على الطعام لهذا السبب أو لغيره.

عم كنت ابحت؟ أه طعام، هراء.. اه طعام أو هراء، لا مانع من الاثنين معاً.

كان عليّ العودة قبل أن يستيقظ الأطفال لذا هممت بإسناد نفسي على خيمة ما، إنها المرة الأولى التي احس فيها أن ملمسها لا يشبه ملمس خيمتي، أوه إنه من السخيف أن أصبح إنسانة عاطفية بهذا الوقت، كيف لحاسة اللمس أن تعمل الآن لتمييز الفرق بين الخيم؛ فلو كانت من حرير لما صنع ذلك فرقاً ما دامت كلها لا تختلف عن بعضها بالمضمون.

على الأرض وحجارتها وخيمها ألا تعيق طريقي لبيتي، رغم إعاقتها السابقة لي مرات عدة إلا أنني أحبها، ورغم معرفتي البسيطة بتعدد الكواكب والنجوم إلا أنني أفضل البقاء هنا، حسناً أقصد الموت هنا، فمن الواضح أن لا بقاء لي بعد هذه الساعة، ليس فقط من الواضح، إنما من الممتنى والمترجى،

لذا لن تتكرر هذه الحكاية إن وصلت سريعاً، بل وستنته مكملةً بأنسب النهايات.



SACHSEN

Orte wie Chemnitz, Freital oder Bautzen sind zu Chiffren rassistischer Attacken auf Asylsuchende geworden. Tatsächlich bleibt Sachsen das gefährlichste Bundesland für Geflüchtete.



Im Oktober 2016 wird Yodit Opfer eines rassistischen Übergriffs. Zwei Männer zeigen den Hitlergruß. Eine Freundin von Yodit greift zum Telefon, will die Polizei rufen. „Aber wir konnten nicht“, sagt Yodit. „Weil sie so schnell auf uns zu rannten.“ Angst um das eigene Leben, die hat Yodit auch in Deutschland.

SACHSEN

2015

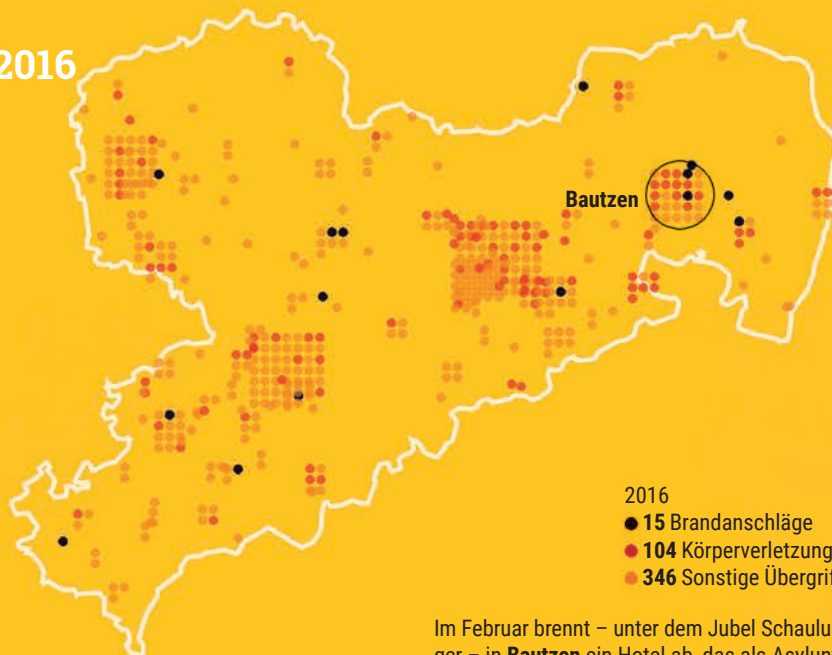


2015

- 25 Brandanschläge
- 64 Körperverletzungen
- 162 Sonstige Übergriffe

Als Ausgangspunkt der PEGIDA-Bewegung ist **Dresden** das Epizentrum der bundesweiten Hetzkampagne gegen Geflüchtete. In der Landeshauptstadt und der näheren Umgebung (etwa in Orten wie Freital oder Heidenau) kommt es in der Folge zu einer Vielzahl rechter Anti-Asyl-Demonstrationen und rassistisch motivierter Anschläge auf Asylunterkünfte.

2016

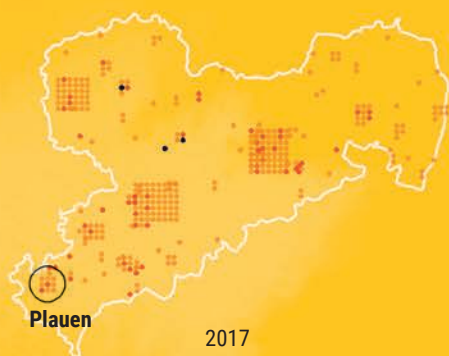


2016

- 15 Brandanschläge
- 104 Körperverletzungen
- 346 Sonstige Übergriffe

Im Februar brennt – unter dem Jubel Schaulustiger – in **Bautzen** ein Hotel ab, das als Asylunterkunft vorgesehen war. In den folgenden Monaten berichten Journalisten über Hetzjagden auf Asylsuchende – die Polizei dementiert derartige Augenzeug*innenberichte. Im Dezember dann werfen drei junge Männer Molotov-Cocktails auf das Gelände einer bewohnten Unterkunft.

2017

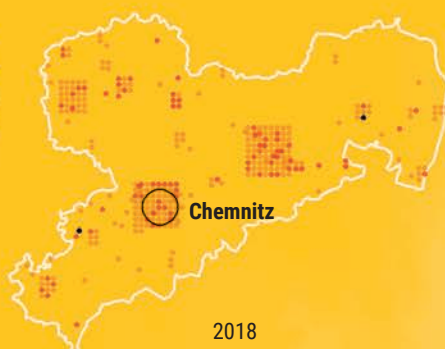


2017

- 3 Brandanschläge
- 52 Körperverletzungen
- 275 Sonstige Übergriffe

Plauen ist einer der bundesweit wichtigsten „Stützpunkte“ der Neonazi-Splitterpartei „Der III. Weg“, die vor Ort etwa mit teils paramilitärisch anmutenden Demonstrationen auf sich aufmerksam macht. Immer wieder kommt es in Plauen und im umliegenden Vogtland auch zu gewalttätigen Übergriffen auf Asylsuchende.

2018

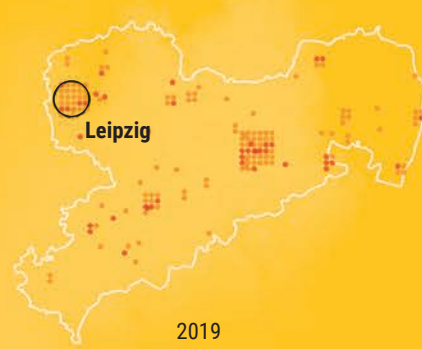


2018

- 2 Brandanschläge
- 81 Körperverletzungen
- 233 Sonstige Übergriffe

Ende August jagen Neonazis über mehrere Tage Migrant*innen, Antifaschist*innen und Journalist*innen durch die Straßen von **Chemnitz**. Der damalige Verfassungsschutz-Präsident Maaßen bestreitet eine derartige „Hetzjagd“. Später ausgewertete Chat-Protokolle regionaler Neonazis bestätigen deren Verabredung zur „Jagd“ – Tage, bevor die mediale Debatte über den Begriff aufkam.

2019



2019

- 0 Brandanschläge
- 40 Körperverletzungen
- 123 Sonstige Übergriffe

Während die Zahl der dokumentierten Gewalttaten gegen Geflüchtete in Orten wie Dresden und Chemnitz zurückgeht, verzeichnet **Leipzig** weiterhin viele derartige Übergriffe. Trotz vieler Vorfälle rund um die LEGIDA-Kundgebungen oder der Nazi-Krawalle im linken Stadtteil Connewitz im Jahr 2016 findet Leipzigs Neonazi-Szene im Vergleich zu Orten wie Dresden erstaunlich wenig mediale Beachtung.

SACHSEN
4,1 MIO. BEVÖLKERUNG
1.528 VORFÄLLE
Ohne Verdachtsfälle und Kundgebungen



„Ich mag mich, wie ich bin.“

Awo Dayib floh allein aus Äthiopien nach Deutschland und lebt seit 2016 in Dresden. Permanent ist die Schülerin dort rassistischen Anfeindungen ausgesetzt. 2018 wurde sie vom Hund eines Paares attackiert. Unterstützung fand sie bei der Opferberatung in Dresden. Einschüchtern lässt sie sich nicht.

„Was wollt ihr wissen?“ Awo reicht uns zögerlich die Hand zur Begrüßung; als sie in den Raum kommt. Sie hat Erfahrung im Umgang mit Journalist*innen. Anspannung steht im Raum. Awo ist zum Zeitpunkt des Interviews 20 Jahre alt und lebt seit 2016 in Deutschland. „Ich habe schlechte Erfahrungen gemacht“, begründet sie ihren Wunsch, erst einmal keine Fotos zu erlauben. Sie sitzt auf der Couch, die Hände liegen in ihrem Schoß. Einen Draht zueinander zu finden ist für uns schwierig. Die Unsicherheit ist uns anzumerken. Sie beginnt leise zu sprechen, als wir das Aufnahmegerät neben sie auf die Couch legen und die ersten Fragen stellen.

„In meiner Freizeit gehe ich gerne spazieren, mir Dresden angucken, aber normalerweise gehe ich in die Schule“, beginnt Awo zu erzählen. „Geschichte ist schwer. Spaß machen mir Englisch und Deutsch, aber es gibt so viel verschiedene Grammatik.“ Sie lacht. Ihre Mitschüler*innen kommen aus verschiedenen Ländern. Zu den meisten hat sie einen guten Draht: „Die sind alle freundlich zu mir.“ Wenn Awo spazieren geht, dann an der Elbe. „Ich mag das Wasser. Wenn ich da bin, bin ich dort gerne alleine und laufe.“

So gern Awo sich die Stadt anschaut, so sehr betont sie auch, dass es in Dresden viele Menschen gibt, die sich ihr gegenüber rassistisch verhalten. „Ich merke es oft in der Straßenbahn oder in der Stadt, wenn die Leute mich ansehen und zu sagen scheinen ‚Oh, die ist Schwarz²‘ oder das auch tatsächlich aussprechen.“ Awo erlebt solche Situationen häufig: Blicke, die sie als „fremd“, als „anders“ markieren, und rassistische Bemerkungen, die oft völlig unerwartet kommen. Ihre Hände fliegen nun durch die Luft, unterstreichen ihr Unverständnis, ihre feste Stimme klingt im Raum nach: „Ich weiß nicht,

warum und was sie haben. Ich bin genauso wie sie, ich bin ein Mensch. Ich habe auch gesagt, dass ich das nicht gut finde, aber ich kann sonst nichts machen“, ärgert sie sich. „Also mache ich einfach weiter wie bisher.“

Ein rassistischer Angriff und seine Folgen

Anfang 2018 erlebt sie in Dresden-Gorbitz etwas Schlimmeres als den allgegenwärtigen Alltagsrassismus: „Ich war mit zwei Mädchen aus Somalia unterwegs. Wir waren an der Haltestelle Merianplatz, und da standen ein Mann und eine Frau mit ihrem Hund“, erzählt sie. Sie warteten auf die nächste Bahn, wollten eigentlich Awos 19. Geburtstag bei Freund*innen feiern. Der Mann hatte eine Flasche Bier in der Hand, was bei Awo Unbehagen auslöste. Dann sprach er sie und ihre Freundinnen an: „Schwarze sind schmutzig, dein Kopftuch ist schlecht, und Muslime sind kriminell“, erinnert sich Awo sinngemäß an seine Worte. Eine ihrer Freundinnen antwortet. Was genau, daran erinnert sie sich nicht mehr. „Ich wollte nicht dableiben und habe meine Freundinnen auf die Flasche Bier in der Hand hingewiesen. Die haben dann aber den Hund auf uns losgelassen. Wir hatten Angst, sind weggelaufen. Ich bin gerannt, dann hat der Hund mich gebissen und ich bin hingefallen.“ Sie rief die Polizei, die samt Krankenwagen schnell zum Tatort kam. „Sie haben sich um mich gekümmert, ich habe ein paar Tabletten bekommen“, sagt sie. Sie trug Bissverletzungen an Hand und Hüfte davon. „Ich hatte einen Schock und dadurch, dass der Hund mich biss und ich hingefallen bin, waren meine Hände und Knie aufgeschürft.“

Der rassistische Angriff hatte Konsequenzen, mit deren Auswirkungen sie heute noch kämpft. „Ich war einen Monat nicht in der Schule, und das steht auch in meinem Zeugnis, dass ich nicht da war.“ Sie ließ sich vom Unterricht befreien. Wenn Awo heute einen Hund auf der Straße sieht, wechselt sie die Straßenseite.

Gegen die verantwortliche Frau und den Mann wird danach ermittelt, die Verfahren werden voneinander getrennt. Kati Lang ist Awos Rechtsanwältin, sie

2 „Schwarz“ wird großgeschrieben, um zu verdeutlichen, dass es sich um ein konstruiertes Zuordnungsmuster handelt und keine reelle „Eigenschaft“, die auf die Farbe der Haut zurückzuführen ist. So bedeutet Schwarz-Sein in diesem Kontext nicht nur, einer tatsächlichen oder angenommenen „ethnischen Gruppe“ zugeordnet zu werden, sondern ist auch mit der gemeinsamen Rassismuserfahrung verbunden, auf eine bestimmte Art und Weise wahrgenommen zu werden. Quelle: Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), Über Schwarze Menschen in Deutschland berichten, <http://isdonline.de/uber-schwarze-menschen-in-deutschland-berichten>.



beschäftigt sich häufig mit rassistischen Gewalttaten, ist darauf spezialisiert. Das Verfahren gegen die Frau wird zum Hauptverfahren, weil sie für den Hund verantwortlich ist. Den Ermittlungen zufolge war die Frau aber nicht an den Beleidigungen beteiligt, von denen Awo berichtete. Gegen den Mann liegen derweil noch weitere Verfahren wegen schwerer Straftaten vor. Das Verfahren gegen ihn wird jedoch eingestellt. Kati Lang sagt: „Das ist normal. Wenn jemand mehrere Straftaten begeht, wird er zwar wegen jeder einzelnen Straftat verurteilt, aber in Abwägung eine gesamte Strafe gebildet.“ Wird also eine geringe Strafe erwartet, dann werden Verfahren aus pragmatischen Gründen eingestellt. „Für die Betroffenen ist das nicht immer befriedigend“, sagt Lang.

Schockzustand und Wut

Awo ist auch wütend, weil sich die Frau für die Tat nicht bei ihr entschuldigt hat. An ein Versehen, wie es die Angeklagte vor Gericht darstellt, glaubt sie nicht. Die Frau habe den Hund auf sie gehetzt, so ist es für Awo auch nach dem Prozess. Einen Beweis für diesen Vorsatz gab es bei Gericht letztlich nicht. „Dass der Hund lossprang und auf sie los ging, war unstrittig“, sagt Lang. Für das Strafmaß ist der Umstand entscheidend, ob ein Vorsatz nachweisbar ist oder nicht. „So ist es eine geringe Straftat wegen fahrlässiger Körperverletzung. Die Angeklagte musste eine Geldauflage an Awo zahlen.“ Lang sieht den Fall im Rahmen eines Strafverfahrens aber als aufgearbeitet an – im Gegensatz zu vielen anderen Fällen, die sie behandelt.

Dass Rassismus das Tatmotiv war, daran besteht kein Zweifel: „Das Facebook-Profil der Angeklagten ließ darauf schließen. Erst recht nicht, wenn man sich den Mann anguckt, dessen Verfahren eingestellt wurde.“ Die Angeklagte behauptete, ein Ball sei aus der Straßenbahn heraus gekullert, der Hund sei hinterhergerannt und hätte sich dann auf Awo gestürzt. Lang sagt: „Man nehme mal an, der Hund wäre nicht absichtlich los gerannt. Dann wäre jeder normale Mensch hingegangen und hätte geklärt, wie sie nun verbleiben. Die Hundehalterin ist aber einfach weggegangen und wird einen Grund dafür gehabt haben, sich so zu verhalten.“ Vor Gericht entschuldigte sich die Angeklagte später dafür, einfach weggegangen zu sein, berichtet Lang.

Nicht als gleichwertig wahrgenommen und behandelt zu werden, ist eine Erfahrung, die Awo auch jenseits des rassistischen Alltags im öffentlichen Raum macht. So wie mit zwei Journalisten. Die sind auch der Grund dafür, dass sie zunächst keine Bilder von sich machen lassen möchte. Die beiden Männer standen vor ihrer Wohnung. Eine Nacht war seit dem Übergriff vergangen. „Als sie geklingelt haben, dachte ich erst, dass das Leute vom Sozialamt sind oder so.“ Wie sie an ihre Adresse gekommen sind, weiß Awo bis heute nicht. Auch an das, was die beiden an der Tür zu ihr sagen, erinnert Awo sich nicht. „Ich stand noch unter Schock“, sagt sie. Sie willigt in ein Gespräch ein, doch die beiden Journalisten fotografieren sie auch – ohne sie zu fragen. Der Artikel mit den Fotos verbreitet sich rasant im Internet. „Die ganze Nacht konnte ich nicht schlafen, und ich wollte natürlich mit jemandem über den Vorfall sprechen, aber dass sie dann das Foto überall verbreiten, wollte ich nicht.“

Vertrauen in die Opferberatung

Glück hat Awo mit einer Lehrerin. Sie nimmt den Übergriff und die Situation, die sich daraus ergibt, ernst, holt sie ein halbes Jahr lang täglich von zu Hause ab, um sie zur Schule mitzunehmen. „Eigentlich wollte ich nicht mehr wiederkommen, weil ich Angst habe“, sagt sie. Unterstützung findet die damals 20-Jährige auch bei der Beratungsstelle für Opfer rassistischer Gewalt in Dresden. Suene Dantas ist dort Beraterin, begleitet Awo seit dem Übergriff unter anderem zu Terminen mit der Polizei oder dem Gericht. Sie sitzt beim Interview neben ihr auf der Couch und unterstützt sie, wenn Awo darum bittet.

„Wenn ich irgendwas im Kopf habe, dann komme ich zu Suene und sage ihr alles.“ Awo vertraut ihr, sonst würde sie hier gar nicht auf der Couch sitzen und mit uns über das sprechen, was sie erlebt. Suene ist es auch, die Awo Mut macht, sie empowert. „Ich muss nicht permanent Angst haben, hat Suene mir gesagt, und dass es auch Menschen gibt, die mich unterstützen können. Sie hat mir auch gesagt, dass ich erst ein bisschen Ruhe haben kann, bevor ich wieder in die Schule gehe, mich immer gefragt, wie es mir geht“, erinnert sie sich an die Zeit kurz nach dem Übergriff. Zum neuen Schuljahr wechselte Awo in die Abendschule, macht dort ihren Hauptschulabschluss. Derzeit lebt sie in einer betreuten Wohngruppe mit einer anderen Frau zusammen: „Normalerweise müssen da sechs Personen wohnen, gerade sind wir aber zu zweit. Das ist besser als mit so vielen“, sagt sie.



Awo blickt auf die Dresdner Neustadt.

Awo wurde in Äthiopien geboren. „Ich bin aber Somalierin“, betont sie. Sie erzählt von früher. Der Zeit vor ihrer Flucht. „Ich habe in Äthiopien verschiedene Leute gesehen, manche sind Schwarz, manche tragen westliche Kleidung, manche tragen Kopftuch, manche laufen ohne BH rum.“ Als sie ihre Mutter fragte, warum das so ist, antwortete diese ihr: „Alle Menschen sind gleich, aber die Kulturen sind unterschiedlich.“ Bis zur 8. Klasse ging sie in Äthiopien in die Schule, wohnte bei ihren Eltern. Eigentlich wollte sie bei ihnen bleiben. „Ich dachte nicht, dass ich weggehen würde“, sagt sie. „Es gab so viele Männer, die gesagt haben: ‚Ich bin ein Mann, und Frauen sind nichts wert.‘“ Männer dürften dort alles tun und Frauen nur „Ja, ja, ja“ sagen. Ein älterer Polizist kam eines Tages vorbei. Er wollte Awo heiraten: „Ich wollte das aber nicht.“ Weil sie sich weigerte, wurde sie inhaftiert. Erst als sie scheinbar einwilligte, kam sie wieder frei. Die scheinbare Vereinbarung nutzte sie und traf eine lebensgefährliche Entscheidung: „Ich bin geflohen, über den Sudan, Libyen, das Mittelmeer und Italien nach Deutschland.“

Kein Tag ohne Rassismus

Awo kam in Annaberg-Buchholz an, einer Kreisstadt im sächsischen Erzgebirge. 17 Jahre alt, kam sie zunächst in ein Kinderheim. Als sie das erste Mal mit anderen

raus ging, berichtet sie, blieben die Leute stehen, fotografierten sie wie eine Attraktion. Es ist die Objektivierung, mit der sie täglich zu tun hat: „Ich habe noch nie eine Schwarze gesehen“, erinnert sie sich an die Worte verschiedener Menschen in der Kreisstadt. „Wo wohnen solche Leute, dass sie noch nie eine Schwarze gesehen haben, auch im Fernsehen nicht?“ Sie blickt fragend in die Runde. Je länger das Interview dauert, desto selbstbewusster spricht sie. Eine Zeit lang ist es still im Raum, Awos Schilderungen sind heftig. Dann fragen wir nach ihrem Umgang mit solchen Situationen. Sie zuckt mit den Schultern: „Wenn ich sehe oder höre, dass die Leute so etwas sagen und machen, dann mache ich nichts“, sagt sie.

Von Annaberg-Buchholz zieht sie später nach Dresden um. Sie findet Freund*innen. Ab und zu geht sie mit zwei Mädchen und einem Jungen aus ihrer Schulklasse spazieren. „Die fragen mich zwar nicht so viel, aber auch die Fragen, die sie stellen, sind nicht immer gut. Die sehen, dass ich Muslimin bin und ein Kopftuch trage“, sagt sie. Nach dem Grund zu fragen, ist für sie okay. „Wenn hier aber jemand steht und sagt ‚ich habe Angst vor dir‘ – und es gibt so viele Leute, die das sagen –, dann ist das nicht okay.“

Das Leben in Dresden scheint Awo das Versprechen gegeben zu haben, dass kein Tag ohne rassistische Erfahrung vergehen kann. Die Straßenbahn löst es ein: „Die Leute setzen sich nicht neben mich und sagen auch zu anderen in der Bahn, dass sie sich nicht dahin setzen, weil da ein ‚Schwarzes Mädchen mit Kopftuch‘ sitzt.“ Eine Fahrt von 15 bis 20 Minuten ist für Awo schwer erträglich. Sie sieht und hört, wie die Menschen über sie sprechen. Einmal sitzt sie auf dem Weg zur Schule in der Bahn und lernt für die Deutschklausur, die sie später schreibt. Eine Frau sitzt neben ihr, starrt sie an. „Ich habe sie gefragt, was los ist“, erklärt Awo.

Ehrenamtliche Bildungsarbeit in der Straßenbahn

Die Frau antwortet, dass es viele Ausländer gebe, die 10 Jahre in Deutschland seien und kein Deutsch sprächen. „Aber warum guckst du mich an“, fragt Awo sie. Die Frau erwidert: „Ja, die müssen das lernen.“ Während die damals 20-Jährige für ihre Deutschklausur lernt, leistet sie parallel Bildungsarbeit für eine Frau mit internalisierten rassistischen Ressentiments: „Ich habe ihr gesagt, dass sie das so nicht sagen kann, und gesagt, dass Deutsch eine sehr schwere Sprache ist.“ Verständnis hat die Frau für Awos Äußerungen nicht: „Ich habe der Ausländerbehörde eine E-Mail geschrieben, dass Leute, die kein Deutsch sprechen, weg müssen“, sagt sie zu Awo. Was sich anhört wie der Höhepunkt von Hassrede ist jedoch erst der Anfang. Es hagelt eine Tirade rassistischer Stereotype. Zuschreibungen, die Awo fast jeden Tag unvermittelt zu hören bekommt.

Awo versucht es trotzdem weiter mit Erklärungen: „So viele Leute sind Ausländer“, sagt sie. „Du kannst mir sagen, wenn ich etwas gemacht habe, ich bin eine eigenständige Person und nicht Papa und Mama aller Ausländer.“

Über solch gewalttätige Alltagssituationen redet sie sonst meistens nur mit Suene oder denkt darüber nach, wenn sie allein ist. Und eigentlich dachte Awo, dass sie in Deutschland ein normales, gleichberechtigtes Leben führen kann, die Sprache lernen und später hier arbeiten wird. „Ich habe nicht erwartet, dass die Leute hier nur sagen, dass ich eine andere Hautfarbe habe. Ich weiß das selbst. Wenn man mir das 10.000 Mal sagt, ändert sich daran nichts. Ich mag mich, wie ich bin.“ Awo lässt sich nicht einschüchtern. Auch der rassistische Angriff im Januar 2018 hat daran nichts geändert, trotz Schock, andauernder rassistischer Anfeindungen, trotz der physischen Verletzungen, die ausheilen mussten, und der psychischen, mit denen sie sich auseinandersetzen muss, wenn ihr ein Hund auf der Straße begegnet. Trotz all dieser Umstände hat sie auch den Rückstand in der Schule mittlerweile wieder aufgeholt. Sie will durchziehen, ihren Hauptschulabschluss machen und ihre Zukunft planen: „Danach will ich am liebsten Krankenschwester, Altenpflegerin oder Model werden“, sagt sie mit einem Lächeln auf den Lippen. Sie guckt uns erwartungsvoll an: „Wir können doch noch ein Foto machen – aber ohne mein Gesicht!“

GRL PWR

Aus Eritrea flüchtete Yodit Tzighe nach Deutschland, seit 2014 lebt sie in Dresden. Im Oktober 2016 werden sie und ihre Freund*innen Opfer eines rassistischen Angriffs. Wenn Yodit mit ihrer Ausbildung zur Köchin fertig ist, will sie Sachsen verlassen. Wegen des Rassismus.

Yodit trifft ein wenig später als erwartet im Büro der Beratung für Opfer rassistischer Gewalt in der RAA Sachsen ein. „Ich komme gerade von der Arbeit“, sagt sie, schüttelt uns die Hände und setzt sich anschließend auf die Couch. Yodit ist im zweiten Lehrjahr der Ausbildung zur Köchin. Sie zieht ihre Jacke aus. „GRL PWR“, steht auf ihrem Pullover. Draußen ist es kalt, 3 Grad, ein typischer Novembertag. Im Büro ist es warm und vor allem: sicher. Yodit schaut uns mit entschlossenen Augen und einem selbstbewussten Blick an.

„Ich bin nervös.“ Hätte sie es nicht gesagt, uns wäre es nicht aufgefallen. Sie beginnt zu erzählen, wirkt aufgeschlossen. „Als erstes habe ich hier einen Integrationskurs gemacht und Deutsch gelernt. Nun mache ich eine Ausbildung zur Köchin.“ Deshalb geht sie zur Berufsschule. „Am Anfang war das sehr schwer, Deutsch ist nicht meine Muttersprache, aber jetzt läuft es schon.“ Sie lächelt verlegen. Im ersten Lehrjahr hat sie kaum gekocht, weiterhin Deutsch zu lernen war schon schwer genug. Als sie im zweiten Lehrjahr ist, geht es auch mit dem Kochen los. Sie arbeitet in einem großen Hotel in Dresden: „Vor einer Woche habe ich Hackbraten gekocht. Kennt ihr das?“, fragt sie und lacht.

Wenn Yodit nicht gerade im Hotel ist oder zur Chorprobe geht, spaziert sie meistens mit ihren Freund*innen durch die Stadt oder ist zu Hause. Ihre beste Freundin kommt auch aus Eritrea. „Wir machen manchmal zusammen Deutschunterricht und sprechen oft über unsere Familien. Meine Familie ist in meiner Heimat, sie hat viel für mich gemacht. Nach Deutschland zu kommen, ist sehr schwer. Jetzt arbeiten wir hier und wollen auch Geld dorthin schicken“, sagt sie. In der Ausbildung erhält sie jedoch nur wenig Geld, so dass derzeit kaum etwas übrig bleibt, um es nach Eritrea zu schicken.

Dass sie sich ihre Offenheit und ihr Selbstbewusstsein erhalten hat, ist beeindruckend. Denn ihr Start in Dresden war hart. „Wir hatten kaum Kontakt zu den Leuten, die mögen uns nicht“, sagt sie. 2014 kam sie her, damals waren kaum Migrant*innen in Dresden, mittlerweile sind es mehr geworden, vor allem seit viele Geflüchtete im Sommer 2015 nach Deutschland gekommen sind. Doch die Menschen in Dresden sind mit der Zeit nicht netter geworden: „Wenn wir raus gehen, beleidigen uns die Leute, sagen ‚Scheiß Ausländer‘ und so. Jetzt, wo wir ihre Sprache verstehen, verstehen wir auch mehr von dem, was sie sagen, und antworten dann auch mal“, sagt Yodit.

Eine schweigende Passantin

Yodit spricht offen über ihre Erlebnisse und Erfahrungen. Stress macht ihr zum Beispiel regelmäßig ihre Nachbarin: „Du bist keine Deutsche und nimmst das Geld von meiner Oma“, ist eine von deren Alltagsansprachen. Yodit hat viel Zeit damit verbracht, ihrer Nachbarin zu erklären, dass das nicht stimmt: „Ich bin nicht obdachlos, mache eine Ausbildung, habe mein eigenes Geld und Essen“, erklärte sie ihr immer wieder. Yodit lehnt mit dem Rücken an der Couch. Sie gestikuliert wenig, ihre Stimme ist klar, und sie schüttelt den Kopf, wenn sie erzählt, dass ihre Worte bei der Nachbarin wirkungslos abprallen wie Perlen. Ein weiterer Nachbar behandelt sie auch rassistisch: „Er geht schneller nach Hause, wenn er mich und meine Freunde sieht“, sagt sie. Yodit betont immer wieder: „Mensch ist Mensch, aber die Leute hier verstehen das gar nicht.“ Eine andere Frau fragte sie einmal, ob es in Eritrea überhaupt Essen und Kleidung gäbe. Yodit rollt leicht mit den Augen, als sie davon erzählt. Aber sie nahm sich trotzdem die Zeit für ihre Nachbarin: „Sie versteht das jetzt schon besser, nach dem ich es ihr bei Google gezeigt habe.“

Im Oktober 2016 wird Yodit dann Opfer eines rassistischen Übergriffs. Bis zu diesem Abend gehörte die regelmäßige Chorprobe zu Yodits Hobbys. Doch am 24. Oktober 2016 gibt es wieder einmal einen tiefen Einschnitt in ihr Leben. Yodit ist mit zwei Freundinnen aus Eritrea und einem syrischen Jungen bis 21 Uhr dort. Sie singen gemeinsam in dem internationalen Chor. Die Musik ist abwechslungsreich, das Repertoire umfasst unterschiedlichste Sprachen und Musiken. „Wir wollten einfach nach Hause und sind dann mit der Straßenbahn gefahren“, erzählt sie. Die beiden Täter sitzen mit ihnen in der Bahn. Als Yodit und ihre Freund*innen aussteigen und in eine andere Bahn umsteigen wollen, passieren sie die Straße, warten, bis die Ampel grün wird. Die beiden Täter gehen vor ihnen bei Rot über die Ampel.

„An der Haltestelle war es sehr dunkel, und dort haben sie uns dann beleidigt“, erinnert sich Yodit. „„Ausländer raus“, haben sie gerufen. In der Schule hier haben wir auch die Geschichte Deutschlands gelernt und wer Hitler war“, sagt Yodit. Daher kann sie einordnen, was sie sieht: Die beiden Männer zeigen den Hitlergruß. Eine Freundin von Yodit greift zum Telefon, will die Polizei rufen. „Aber wir konnten nicht“, sagt Yodit. „Weil sie so schnell auf uns zu rannten.“ Ihre Freundin wird von den beiden Männern geschubst, fällt zu Boden. Dann schlagen die Männer auf sie ein. „Ich habe um Hilfe gerufen, aber niemand hat uns geholfen, eine Frau stand da mit ihrem Hund und hat nichts gemacht, auch keine Polizei gerufen oder sowas.“

Unterstützung von der Opferberatung

Yodit und zwei ihrer Freund*innen rennen los, spurten über drei Haltestellen mit dem Gedanken, die Täter könnten sich hinter ihnen befinden: „Am Ende haben bei einer Freundin die Zähne geblutet, wir haben viel geweint.“ Glück im Unglück haben sie, weil sie nach der Flucht vor den Tätern wieder auf ihre Chorgruppe treffen: „Die haben uns an der Straßenbahnhaltestelle gesehen, und wir sahen nicht so gut aus.“ Yodit ringt nach Worten, als eine



Frau aus der Gruppe fragt, was passiert ist. „Wir konnten gar nicht reden“, erinnert sie sich. Am Tatort zurück bleibt ihre Freundin, die von den Tätern zu Boden geschubst und geschlagen wurde. „Wir wussten nicht, ob sie noch lebt oder vielleicht schon tot ist.“ Gemeinsam mit dem Chor informiert Yodit die Polizei, die zum Tatort fährt. Ihre Freundin ist noch vor Ort, verletzt.

Was genau sie hatte, erinnert Yodit nicht mehr.



Für Yodit und ihre Freund*innen ist die Situation besonders kurz nach dem Angriff unerträglich: „Das war so schwer, aber Suene hat uns geholfen“, sagt sie und blickt zu ihr rüber. Suene sitzt neben ihr auf der Couch, hat den Fall wie schon bei Awo Dayib begleitet. Yodit kann anfangs kaum aus dem Haus gehen, abends ohnehin gar nicht: „Weil wir immer an die Täter gedacht haben.“ Viele Leute, denen Yodit begegnet, nimmt sie nach der Tat erst einmal als Gefahr wahr: „Ich habe immer gedacht, die Leute wollen uns schlagen, wenn sie auf uns zu kamen.“ An der Haltestelle waren sie danach nie wieder. Dunkle Orte meidet Yodit nun grundsätzlich. Ihr Hobby, das wöchentliche Singen im internationalen Chor, hat sie aufgegeben.

Suene erinnert sich gut daran, dass es zu Beginn vor allem darum ging, sie bei alltäglichen Dingen zu unterstützen, „raus zu gehen zum Beispiel“. Ein Stück weit betreiben die Opferberatungen dabei Psychoedukation. Sie versuchen den Betroffenen zu erklären, was eine rassis-

tische Attacke für die Psyche bedeuten kann, und geben erste Tipps, wie sie damit umgehen könnten: „Wenn eine Person aber wirklich eine psychologische Beratung braucht, vermitteln wir sie weiter“, ergänzt Suene. Das war bei Yodit nicht notwendig. Yodit wirkt gefasst, wenn sie von dem Vorfall erzählt.

Geflohen vor der Militärdiktatur

Dass Yodit einem solch gewalttätigen Übergriff in Deutschland ausgesetzt sein würde, hatte sie nicht erwartet. Bevor sie nach Deutschland kam, lebte sie zwei Monate in Italien. Auf der Straße. Sie bekam Essen von fremden Menschen, die meisten waren nett zu ihr. Sie dachte, weil Italien ein europäisches Land ist, wären die Menschen in Chemnitz und Dresden genauso: „Aber als ich herkam, war das dann nicht so schön für mich. In Dresden kann ich nicht zwei Monate auf der Straße schlafen. Das geht nicht, das wäre viel zu gefährlich“, sagt sie.

Seit sechs Jahren ist Yodit nun in Deutschland. Der Rassismus ist tief in ihren Alltag eingedrungen, sie ist ständig damit konfrontiert: „Manche denken, sie könnten nichts liegen lassen, wenn ich in der Nähe bin, weil sie glauben, dass ich es ihnen klaue“. Je nachdem, mit wem sie vor die Tür geht, verändert sich das Verhalten der Menschen: Geht sie in einer Gruppe raus, bleibt es meistens ruhig. „Wenn ich mit einem Mann oder alleine raus gehe, beleidigen sie mich.“ Als sie einmal vom Spätdienst aus dem Hotel kam, um etwa 23.30 Uhr, wollten einige Männer sie ausrauben: „Wenn ich alleine bin, passiert das oft, weil ich eine Frau bin“, sagt sie.

Aus Eritrea floh Yodit wegen der Militärdiktatur: „Du kannst da nicht studieren, du musst Soldatin werden“, erzählt sie. Bis zur 8. Klasse lernte sie dort. Ihre Mutter war Soldatin, ihre Schwestern und ihr Vater sind es bis heute. „Ich hätte keine Zukunft, wenn ich da gelebt hätte.“ Deshalb ist Yodit geflohen. Sie machte sich zu Fuß auf den Weg in den Nachbarstaat Äthiopien. Von der Stadt Shambuko in Eritrea lief sie bis Badme in Äthiopien. Dort wohnte Yodit drei Monate. Dann zog sie zwei Wochen lang zu Fuß und mit einem Kleintransporter, gemeinsam mit anderen Fliehenden, über den Sudan mitten durch die Sahara nach Libyen: „Wir hatten kein Essen, nur Wasser.“ Yodit erzählt, dass die Schleuser in der Sahara unter das Wasser Benzin mischen: „Du trinkst nur einen kleinen Schluck, weil da sehr viel Säure drin ist“. Viele Menschen starben dort. Sie schaffte es dennoch nach Libyen.

Raus aus Sachsen

Einen Monat und zwei Wochen war sie dort. Yodit beschreibt beinahe beiläufig, was sie in Libyen erlebt hat: „Die Männer kamen immer abends zu den Frauen. Da gibt es keine Polizei. Du kannst nur weinen“, sagt sie. Sie traf dort auch einen ihrer Brüder. Bei dem durfte sie jedoch nicht bleiben. Frauen und Männer schliefen in getrennten Räumen. „Die Leute interessiert nicht, ob du Verwandte hast. Die Leute interessiert nur das Geld und Frauen. Wenn du kein Geld hast, dann können sie dich auch erschießen.“ Ihre Familie schickte ihr Geld nach Libyen, damit sie mit einem Schlauchboot über das Mittelmeer nach Italien weiter flüchten konnte. Yodits Geschichte wühlt auf. Wir wissen, dass wir nichts von den Erfahrungen, die Yodit so offen und klar mit uns teilt, nachvollziehen können. Ihre Stimme wird etwas leiser, wenn sie von ihrer Flucht berichtet. Schweigen legt sich danach über den Raum.

„Ich habe gedacht, ich könnte meine Familie hier hin bringen“, sagt sie. Ihre größte Hoffnung, als sie es endlich nach Deutschland geschafft hat, ist der Familiennachzug. Doch der gilt nur für minderjährige Geflüchtete, die politisches Asyl bekommen. Yodit ist schon 19, als sie Deutschland erreicht. Nun hofft sie zumindest, dass sie ihrer Familie von Deutschland aus finanziell unter die Arme greifen kann, damit das Leben für sie vor Ort besser wird. Ihr nächstes Ziel ist es, ihre Ausbildung fertig zu machen: „Danach will ich dann weg, raus aus Sachsen“, sagt Yodit.



BRANDENBURG

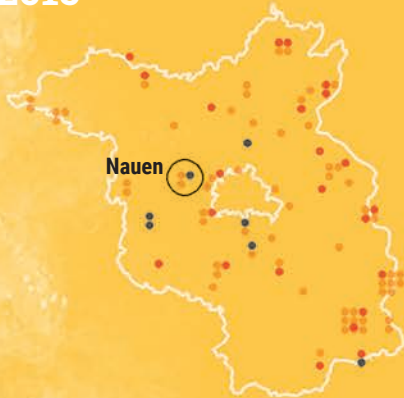
Kein anderes Bundesland
verzeichnet – im Verhältnis zu
seiner Einwohnerzahl – mehr
Übergriffe auf Asylsuchende.



Jibril Khalil erlebte in
Potsdam einen rassistischen
Angriff. Seit fünf Jahren lebt
er hier. Warum der Rassismus
auf den Straßen in Brandenburg
sich so offen artikuliert, das
hat aus seiner Sicht mit der
Veränderung des politischen
Diskurses zu tun: „Die Situation
ist schlimmer geworden“, sagt
er. Im Sommer 2015 sah er wie
viele hunderttausend Menschen
beim Marsch der Hoffnung nach
Deutschland einreisen durften.
Doch die Hoffnung sei längst
umgeschlagen in Angst, teilweise
in Hilflosigkeit.

BRANDENBURG

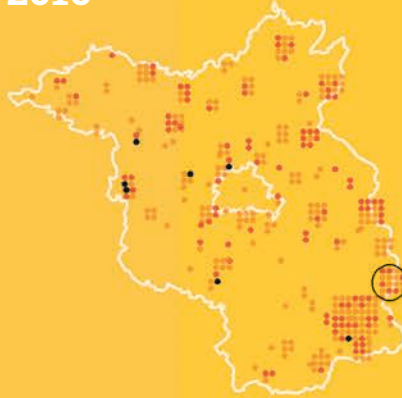
2015



2015
 ● 7 Brandanschläge
 ● 23 Körperverletzungen
 ● 62 Sonstige Übergriffe

In **Nauen** organisiert der NPD-Politiker Maik Schneider zahlreiche Anti-Asyl-Demonstrationen. Im August 2015 brennt eine geplante Notunterkunft – eine Sporthalle – ab. Schneider wird als Brandstifter verurteilt (das Urteil ist bis heute nicht rechtskräftig), ihm und fünf weiteren Tatverdächtigen aus dem Umfeld einer regionalen Neonazi-Kameradschaft rechnet die Staatsanwaltschaft weitere Anschläge zu.

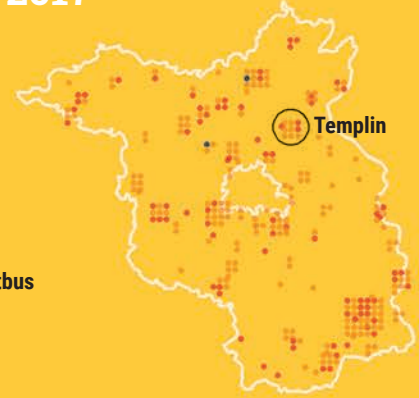
2016



2016
 ● 7 Brandanschläge
 ● 108 Körperverletzungen
 ● 230 Sonstige Übergriffe

Der Verein „Opferperspektive“, der Betroffene rechter Gewalt in Brandenburg berät, verzeichnet die höchste Zahl rechter Angriffe seit Beginn seiner Dokumentationsarbeit im Jahr 2002, überwiegend rassistisch motiviert. Bei den Tätern sei ein „enthemmter Vertreibungswillen“ festzustellen, der sich gezielt gegen Geflüchtete richte. Ein Schwerpunkt rechter Gewalt im Land ist seit langem **Cottbus**.

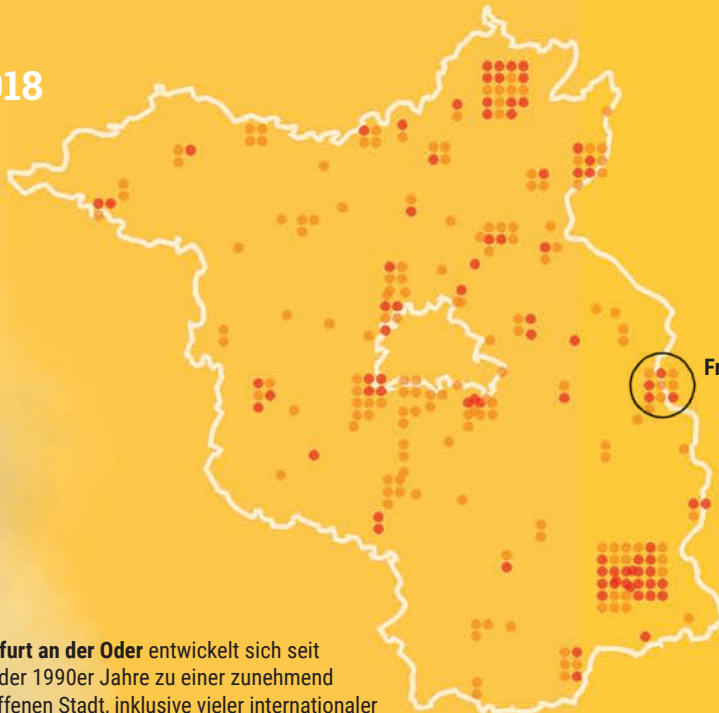
2017



2017
 ● 2 Brandanschläge
 ● 81 Körperverletzungen
 ● 195 Sonstige Übergriffe

Während die Zahl der Übergriffe auf Asylsuchende bundesweit rückläufig ist, nimmt ihre Zahl in **Templin** zu, darunter einer von nur zwei dokumentierten Brandanschlägen in Brandenburg im Jahr 2017.

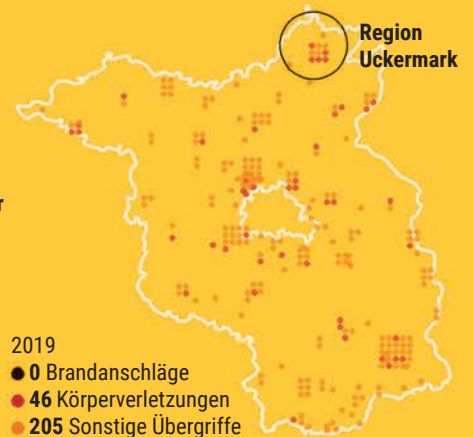
2018



Frankfurt an der Oder entwickelt sich seit Ende der 1990er Jahre zu einer zunehmend weltoffenen Stadt, inklusive vieler internationaler Studierender und eines engagierten Oberbürgermeisters. Trotzdem gibt es weiterhin eine aktive Neonazi-Szene, die immer wieder mit gewalttätigen Übergriffen und Propaganda-Delikten auf sich aufmerksam macht.

2018
 ● 0 Brandanschläge
 ● 84 Körperverletzungen
 ● 158 Sonstige Übergriffe

2019



2019
 ● 0 Brandanschläge
 ● 46 Körperverletzungen
 ● 205 Sonstige Übergriffe

Die **Uckermark** ist seit Jahren eine der Schwerpunktregionen rechter Gewalt in Brandenburg. In Orten wie Templin, Schwedt und vor allem Prenzlau kommt es immer wieder zu teils schwerwiegenden Übergriffen. Die rechtsradikale Splitterpartei „Der III. Weg“ unterhält in der Uckermark einen ihrer bundesweit aktivsten „Stützpunkte“.

BRANDENBURG
 ● 2,5 MIO. BEVÖLKERUNG
 ● 1.212 VORFÄLLE
 Ohne Verdachtsfälle und Kundgebungen



„Alle müssen die gleiche Chance haben!“

Der aus Pakistan geflüchtete Jibran Khalil erlebte in Potsdam einen rassistischen Angriff. Von seinem Aktivismus hält ihn das nicht ab.

„Du hast hier nichts zu suchen. Wir sind Deutsche, nicht du.“ Ein Mann gestikuliert wild vor dem Gesicht von Jibran, schreit ihn an. Seine Hand wandert von oben nach unten: „Wie siehst du denn aus?“ Eigentlich tragen die beiden fast die gleiche Kleidung. Eine kurze Hose und ein T-Shirt. Der Mann meint aber nicht Jibrans Kleidung.

Aus Pakistan floh Jibran 2013 nach Deutschland. Seine Flucht endete in Brandenburg. Zuerst lebte er in Eisenhüttenstadt. „Im Lager“, wie Jibran die Einrichtung, in der er untergebracht war, nennt. Privatsphäre und Kontakt in die Mehrheitsgesellschaft gab es dort kaum. Später zog er nach Potsdam in eine Wohnung. „Ich liebe Potsdam, ich kenne jede Straße.“ Er fühlt sich hier sichtlich wohl. Die Stadt ist sein Zuhause.

Von seinem Geburtsort in Pakistan flüchtete er, weil er politisch verfolgt wurde. „Ich habe mich für die Menschenrechte eingesetzt und gegen soziale Ungleichheit.“ In Deutschland ließen seine politischen Aktivitäten nicht nach. Zugang zu Bildung, das Bleiberecht für junge Geflüchtete, Rassismus, restriktive Asylgesetzgebungen: alles Probleme, die ihn selbst auch betreffen und die oft miteinander zusammenhängen. Beim Flüchtlingsrat in Brandenburg ist er deshalb seit fünf Jahren aktiv, sitzt mittlerweile im Vorstand. „Wie können wir verschiedene Geflüchtete miteinander vernetzen? Das ist die Frage, mit der ich mich beschäftige“, sagt Jibran. Der Enthusiasmus, mit dem er spricht, ist ansteckend. Eins ist sicher: Wenn es in seiner Umgebung eine Demonstration für eine humane, freie und demokratische Gesellschaft gibt, ist Jibran dort. „Potsdam muss auch ein sicherer Hafen für die Menschen sein, wenn sie hier leben“, sagt er.

Als er von dem Mann im Sommer 2018 am helllichten Tag auf offener Straße in seinem alltäglichen Umfeld rassistisch beschimpft wird, ist Potsdam kein sicherer Hafen. „Bist du ein Nazi?“, fragt Jibran den Angreifer. „Natürlich bin ich ein Nazi, wenn ich sowas wie euch sehe. Du lebst in meinem Land“, antwortet der Mann.

Jibran ist alleine. Der Mann hält ihm den Finger ins Gesicht, dann zeigt er in die Ferne: „Du kannst in dein scheiß Kambodscha oder sonst wohin gehen.“ Vom Balkon aus beginnt Jibrans Bruder die rassistische Attacke zu filmen. Dass man im Video jedes Wort so genau versteht, liegt daran, dass der Mann so laut schreit, dass ihn die ganze Nachbarschaft hören kann. „Das war total erschreckend für mich.“

Hilfe und Hilflosigkeit

Eigentlich wollte Jibran nur nach Hause. Von der Arbeit kommend, steigt er zuerst in den Bus und dann in die Straßenbahn um. Bis zu diesem täglichen Umstieg war noch alles wie immer. „Ich war ganz cool und gechillt, hatte Kopfhörer und Brille auf.“ Dann will er aussteigen. Jibran bemerkt, dass ihm ein Mann einen hasserfüllten Blick zuwirft. „Ich habe ihn ignoriert und dachte: Nee, lass mal.“ Der Mann rückt näher an ihn heran, die Tür öffnet sich. Jibran wartet, bis der Mann aussteigt, nimmt Abstand. Aber der Mann ist immer noch da. Jibran lacht, als er von der Situation erzählt. Beirren lässt er sich nicht. Er läuft weiter, ignoriert den Mann, der aber nicht von ihm ablässt. „Er kam ganz dicht zu mir.“ Er zeigt mir, wie der Mann nah hinter ihm läuft, fast seinen Rücken berührt. Dann biegt Jibran in eine Seitenstraße ein, die er nur nimmt, weil er dem Mann aus dem Weg gehen will.

Jibran ist kein Diplomat. „Ich habe meine Prinzipien, das ist mir wichtig“, sagt er. Damit meint er seine Haltung zu politischen und gesellschaftlichen Fragen, aber auch Ruhe und Zuversicht zu bewahren. In Veranstaltungen bildet er sich und andere über Flucht und Asyl weiter. Ebenso wichtig in seinem Engagement ist die Unterstützung eines jeden Einzelnen. In seiner Arbeit berät er viele junge Geflüchtete. „Die vertrauen mir und fragen bei mir nach Rat.“ Er lächelt. „Ich fühle mich den Leuten ziemlich schnell verbunden, oft schon wenn ich mich ein bis zwei Mal mit ihnen getroffen habe“, sagt er. Seine offene und herzliche Art lässt keinen Zweifel daran, dass er ein guter Zuhörer ist, dem man sich anvertrauen möchte.



Jibran Khalil vor dem Demokratie-Bus, der im Hinterhof des Potsdamer Kulturzentrums „freiLand“ steht.

Jibran hat den Mann in der Nachbarschaft schon öfter gesehen. Als er die Seitenstraße entlang geht, um einem Angriff sprichwörtlich aus dem Weg zu gehen, spricht der Mann ihn zum ersten Mal an: „Scheiß Ausländer“, ruft er. Jibran muss nicht lange nachdenken, um sagen zu können, wie er sich in dieser Situation gefühlt hat: „Ich habe natürlich auch Angst, wenn man mich bedroht und rassistisch beleidigt. Ich war schon etwas hilflos, das war in dem Moment nicht mehr mein Zuhause“, resümiert Jibran. „Ist das die demokratische Gesellschaft? Ist das die westliche Welt?“

Wo ist der Rechtsstaat beim Rassismus?

Der Mann hat eine Flasche Bier in der Hand, als er Jibran beleidigt und bedroht. Betrunkener ist er nicht. „Er war aggressiv, sehr aggressiv.“ Die Nachbar*innen in den umliegenden Häusern, die teilweise auf den Balkonen stehen, scheinen keine Notiz von dem Angriff nehmen zu wollen. Auch als der Mann seinen Arm zum Hitlergruß hebt, ändert das nichts. Danach beginnt das Video, dass die Opferperspektive, die Beratungsstelle für Opfer rassistischer oder rechtsextremer Gewalt in Brandenburg, veröffentlicht hat. Wegen des Geschreis des Mannes kommen immer mehr Menschen auf die Balkone.

Auch eine Bekannte von Jibran tritt aus ihrer Wohnung hinaus und schreitet vom Balkon aus ein, indem sie Jibran zuruft: „Brauchst du Hilfe? Soll ich die Polizei rufen?“ Daraufhin verschwindet der Mann.

Jibran ist bereit sich zu verteidigen, wenn es zu einem körperlichen Übergriff kommt. Eine andere Wahl hat er schließlich auch nicht. Warum er trotz der rassistischen Beleidigungen und Bedrohungen so ruhig geblieben ist, kann er sich heute nicht genau erklären. Warum der Rassismus auf den Straßen in Brandenburg sich so offen artikuliert, das hat aus seiner Sicht mit der Veränderung des politischen Diskurses zu tun: „Die Situation ist schlimmer geworden“, sagt Jibran. Seit sieben Jahren lebt er hier. Im Sommer 2015 sah er, wie viele hunderttausend Menschen beim Marsch der Hoffnung nach Deutschland einreisen durften. Doch die Hoffnung sei längst umgeschlagen in Angst, teilweise in Hilflosigkeit.

Jibran sieht eine zunehmende Institutionalisierung des Rassismus. Unzählige Asylrechtsverschärfungen wie Residenzpflichten, sogenannte Anker-Zentren, schleppender Familiennachzug, Abschiebungen nach Afghanistan. „Die Rassisten, die früher noch geschlossen in der Kneipe waren oder in der Familie, sind jetzt auf

der Straße. Da begegnet man denen auch.“ Durch die Asylrechtsverschärfungen und Rhetoriken wie die, die Bundesinnenminister Horst Seehofer gegen Geflüchtete und Migrant*innen aufführt, sehen sich die Rassist*innen bestärkt. „Jeden Tag gibt es Übergriffe auf Geflüchtete. Was macht der Rechtsstaat gegen die Rechten? Wo ist die Justiz, wo ist die Regierung? Die müssen die Menschen doch davor schützen.“

Was die Mehrheitsgesellschaft tun kann

Auch in Jibrans Fall stellt sich diese Frage. Am Montag nach dem Vorfall geht er zur Polizei. Er erhält Unterstützung bei der Opferperspektive, bekommt Anrufe, SMS. Er hat ein funktionierendes soziales Umfeld. Seine Freund*innen sind oftmals auch politische Weggefährten*innen, und kürzlich hat er sein Studium in Potsdam begonnen: Childhood Studies und Children Rights. „Die meisten Menschen, die in Lagern leben, haben das nicht, die haben gar nicht diesen Zugang, wenn sie Opfer von einem rassistischen Übergriff werden“, kritisiert er. Als ich ihn frage, ob er der Polizei vertraut, lacht er. Er schaut mich an, sagt: „Mein Fall war besonders. Das wurde veröffentlicht, es gab ein Video und einen Artikel in den Nachrichten. Die Polizei war dann auch ganz cool zu mir und macht in meinem Fall gute Arbeit, weil der öffentliche Druck da ist.“ Ein Verfahren wird gegen den Täter eröffnet, der wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen à 13 Euro verurteilt wird.

Einschüchtern lassen will sich Jibran von solchen Übergriffen nicht. „Ich habe Angst und bin vorsichtig. Aber soll ich jetzt zu Hause hinter der Hecke bleiben? Soll ich meinen Mund nicht mehr aufmachen? Dann gewinnen die Menschen, die gegen Menschenrechte sind, die Rassisten sind“. Trotz der Attacken fühlt sich Jibran in Potsdam wohl. Von der deutschen Mehrheitsgesellschaft erwartet er aber deutlich mehr Engagement gegen Rassismus. „Die Leute müssen den Mund aufmachen. Sie müssen auch in den Familien klare Linie zeigen, wenn rassistische Sprüche fallen.“ Jibran fühlt sich mittlerweile an Szenen aus den 90er Jahren erinnert, die er aus Dokumentationen kennt: „Das, was die Menschen damals erlebt haben, erleben sie teilweise heute wieder.“

Schon Zuhören könnte da Abhilfe schaffen. Er wünscht sich, dass mehr Menschen Interesse daran zeigen, was von Rassismus Betroffene zu sagen haben. Dass es Beratungsstellen wie die Opferperspektive gibt, ist für Jibran wichtig: „Die Opferperspektive kann uns helfen, sie haben aber nicht dieselbe Perspektive wie wir. Wir sind die Betroffenen und können mit Unterstützer*innen bessere Strategien entwerfen als weiße Deutsche alleine“, sagt er. Eine davon, an der sich weiße Deutsche beteiligen können, ist Solidarität. Demonstrationen wie die antirassistischen Parade „Welcome United“ in Hamburg Ende September 2018 geben Jibran Kraft: „Wir waren da mehr als 30.000 Leute. Alle müssen die gleichen Chancen haben, dafür kämpfe ich.“



Verdammt sei der Tag, an dem ich hierher kam

Mofida Ankir

Ihr Name ist eigentlich Maryam Aldghim. Sie weiß aber nicht, wann sie zum letzten Mal mit diesem Namen angesprochen wurde, sagt Um Mohamad – „die Mutter von Mohamad“.

„Wahrscheinlich nicht mehr, seit ich meinen ersten Sohn Mohamad geboren habe“. In ihrer ländlichen Gesellschaft ist es unangebracht, Frauen mit ihrem Geburtsnamen anzusprechen. Sogar die Ehemänner ziehen bei dieser Sitte mit.

Das einzige, was sie hier noch mitrechnet, ist ihr Alter. 1952 wurde sie geboren, aber ihr sehnlichster Wunsch wäre es, zwei Jahre früher geboren worden zu sein.

Jede Frau wünscht sich, jünger zu sein. Außer sie, meint Maryam: „Wenn ich nur zwei Jährchen älter wäre! Ich sag euch, warum.“

Um Mohamad oder Maryam – der Name, den sie jetzt endlich wieder zurück hat – ist eine 65-jährige Geflohene, die noch zwei Jahre von ihrer Rente trennen. Was allerdings bedeutet, dass sie verpflichtet ist, den Bildungs- und Arbeitsgesetzen als Flüchtling zu folgen.

„In diesem Alter wäre ich in Syrien die geliebte Großmutter, denn die Enkelkinder wollen großzügig verwöhnt werden. Die Süßigkeiten und Münzen in den Taschen der Großmutter sind doch das Ziel jedes Enkelkinds.“

Hier dagegen ist alles anders. „Hier bin ich Großmutter, die zum Jobcenter gehen muss und auf die Post schaut, die täglich auf den Strom- und Wasserzähler wartet und sogar auf den Moscheeprediger, der sich plötzlich in einen Nachrichtenträger verwandelt.“ Sie ist auch die Ansprechpartnerin in Sachen Rechnungen oder in diversen Versammlungen.

Sie verstehe die Menschen hier nicht, sagt sie, und es sehe so aus, dass sie es auch in Zukunft nicht tun werde. „Ich bin alleine und auf mich gestellt, da das Gesetz hier keine Rücksicht auf mein Alter nimmt und nicht erlaubt, dass meine Söhne an meiner Stelle auftreten. Mein Übersetzer ist außerdem Marokkaner. Dessen Dialekt kannte ich gar nicht und bräuchte dafür fast schon einen eigenen Dolmetscher. Ich weiß nicht, warum, aber ich höre hier immer das Wort ‚Scheiße‘, wenn jemand seine Wut ausdrücken möchte. Und momentan bin ich wütend.“

Um Mohamad muss alle ihre Erledigungen allein meistern. Sie geht einkaufen, fährt mit Bussen und kauft sich die Tickets dazu selbst. Sie trägt ihre ländliche Volkstracht, egal wie sie die deutschen Leute deswegen ansehen. Die Hauptsache für sie ist, dass sie sich wohl fühlt.

„Das Gesetz erlaubt Kindern über 18 Jahre, selbstständig zu werden, und das haben auch meine getan. Meine Schwiegertochter ist deswegen nicht dazu gezwungen, mich bei ihr wohnen zu lassen. Was ich auch einsehe, weil ich deutsch geworden bin und das Gehabe der arabischen Schwiegermütter mich nichts mehr angeht.“

„Das Wort minderjährig habe ich zuvor noch nie gehört. Alle Kinder in diesem Alter habe ich ‚Ajje‘ genannt. ‚Ajje‘ ist für mich jemand, der immer seine Eltern oder seine Großmutter um sich herum braucht.“

„Hier bin ich die Oma, die mit ihren Enkelkindern aufsteht, um ihnen Frühstücksbrote zu machen, weil es im Tumult des Alltags keine Zeit zum Frühstücken gibt. Für die weiten Strecken. Die einen immer wieder spät ankommen lassen, egal wie früh man aufgestanden ist. Sie haben ihre Brote, und ich habe meine, sie haben ihre Taschen, und ich habe meine. Sie haben ihre Hausaufgaben fertig, aber ich noch nicht“, sagt sie.

Jeden Tag sammelt sie ihre Erinnerungen und lacht. Weil sich Rollen vertauscht haben. Statt dass sie die Kinder zum Lernen animiert, wird sie von ihnen gedrängt, ihre Hausaufgaben fertig zu machen – dabei lernt sie von ihnen Buchstaben. „Meine Kinder versuchen, mir Eselsbrücken zu geben, damit ich mir manche Wörter besser merken kann. Zum Beispiel sagt mir mein Enkelsohn, ich solle bei der Zahl eins an den Namen Ghais denken und den ersten Buchstaben mit einem A tauschen. Wahrscheinlich hat er dabei aber vergessen, dass ich noch nicht mal die arabischen Buchstaben kenne. Meine Tochter sagt mir, dass es für jedes Wort im Deutschen auch eins in arabischer Sprache gibt. Aber das stimmt nicht, das weiß ich: Die arabische Sprache ist einzigartig.“

Um Mohamad weiß nicht, was ihre alten Nachbarinnen aus ihrem Dorf über sie denken würden, wenn sie sie mit Schultasche auf dem Rücken sähen. Würden sie lachen oder weinen? Sie würden wahrscheinlich lachen und ein arabisches Sprichwort benutzen: *dad alhamra jebah hamra* – alt werden und sich dabei jugendlich benehmen. Sie würden aber auch ihr eigenes Leben ohne Bildung bedauern, sagt sie. „Wenn ich Arabisch gelernt hätte, wäre bestimmt alles einfacher, dann wäre ich wahrscheinlich auch gar nicht hier gelandet, sondern ich hätte von Kind an schon den Frauen beigebracht, dass Revolution notwendig ist.“

Um Mohamad ist klar, dass viele Revolutionen nötig wären. Auf sozialer, wissenschaftlicher und moralischer Ebene. Revolution in allen Bereichen. Hätte sie tatsächlich von klein auf daran gearbeitet und alle hätten mitgezogen, dann wäre sie heute mit Sicherheit nicht hier.

In der Schule besucht sie hier Level 1, in dem man die Buchstaben lernt. Die deutschen Buchstaben natürlich. Aber wie soll so ein Gehirn, das schon so viele Enttäuschungen, Katastrophen und Unfälle erlebt hat, verstehen, dass der Buchstabe A nicht Aaaaaaaah ausgesprochen wird? Jeder weitere Buchstabe ist für Um Mohamad nichts anderes als Ohrfeigen, die sie in ihrem Heimatdorf Kafarooma gehört hat – wie jedes Wort, das sie nicht versteht, wenn ihre Kinder und Enkelkinder ihr etwas vorlesen.

Wie soll sie sich nicht an all die Spiele und Schulreime, ihre Puppe Maha, Rascha mit ihrer Ente und ihren Freunden Basem und Rabab erinnern? Hier ist kein Basem und keine Rabab, kein Jesus oder Mosee. Hier sind Katja, Katrin und Martina. Sie sind zwar nett, aber das vergeht, so wie alle Erinnerungen im Kurs, weil sich das Gelächter ihrer Mitschüler über ihre Ausdrucksweise immer wieder wie eine Ohrfeige anhört und anfühlt: „Verdammt sei der Tag, an dem ich hierher kam.“



NORDRHEIN- WESTFALEN

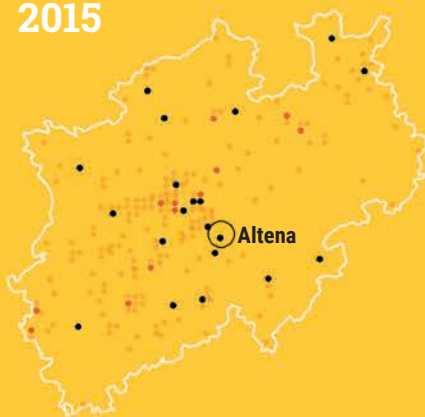
Nordrhein-Westfalen ist Heimat einer seit Jahrzehnten gewachsenen Neonazi-Szene. Ihre Hochburgen sind Städte wie Dortmund, aber auch ländliche Gegenden im Rheinland oder Ostwestfalen.



Im September 2018 wird Hossein Khorrami in seiner Pizzeria in Essen-Borbeck von zwei Männern angegriffen. Er kennt die Männer. „Manchmal haben sie böse rein geschaut“. Im September bleibt es dabei nicht. „Die haben mich geboxt, getreten, brüllten ‚Ausländer raus‘“. Hossein spricht von einer „neuen Hegemonie“, die sich in Deutschland entwickelt habe: „Darauf kann die deutsche Gesellschaft nicht stolz sein“.

NORDRHEIN-WESTFALEN

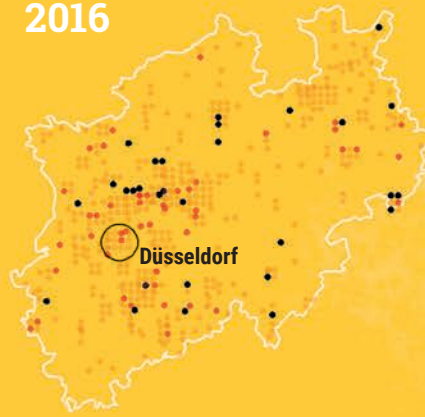
2015



- 20 Brandanschläge
- 12 Körperverletzungen
- 181 Sonstige Übergriffe

In 2015 wurden mehr Brandanschläge als Körperverletzungsdelikte dokumentiert. Darunter auch der Anschlag auf ein Haus in **Altena**, in das tags zuvor Geflüchtete aus Syrien eingezogen waren. Der Haupttäter war als Feuerwehrmann an den Löscharbeiten beteiligt. Die Ermittler entdeckten Hitler-Bilder und rassistische Chats auf den Handys der Angeklagten, stuften diese jedoch als nicht relevant ein.

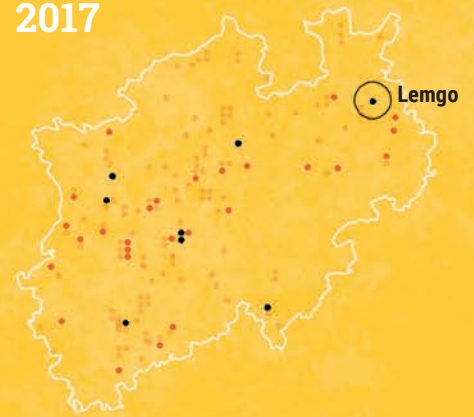
2016



- 28 Brandanschläge
- 47 Körperverletzungen
- 412 Sonstige Übergriffe

28 Brandanschläge binnen eines Jahres! Die rassistische Hetze und die daraus resultierenden Angriffe auf Asylsuchende erreichen auch in Nordrhein-Westfalen ihren Höhepunkt im Jahr 2016. Teils haben es die Täter*innen auf geplante Unterkünfte abgesehen, doch auch bewohnte Häuser werden Ziel von Anschlägen. Mindestens sechs Geflüchtete erleiden Rauchgasvergiftungen und andere Verletzungen.

2017



- 8 Brandanschläge
- 27 Körperverletzungen
- 120 Sonstige Übergriffe

Mit einem Rückgang der Übergriffszahlen sinkt auch das mediale und gesellschaftliche Interesse. Brandanschläge wie dieser vom 23. Juni in **Lemgo** verkommen so zur Randnotiz: Unbekannte zünden in der Nacht im Erdgeschoss einer Asylunterkunft eine Matratze an. Die Bewohner schlafen in den oberen Stockwerken. Ein Bewohner kann das Feuer löschen, wobei er eine Rauchgasvergiftung erleidet.

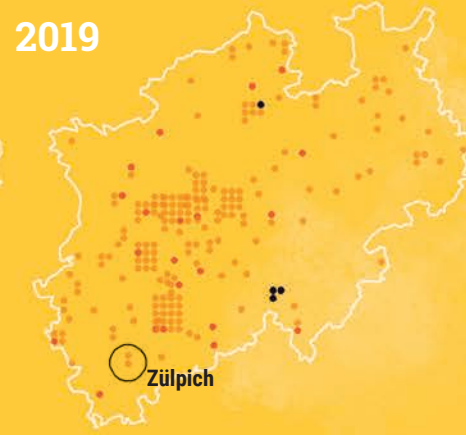
2018



- 3 Brandanschläge
- 25 Körperverletzungen
- 98 Sonstige Übergriffe

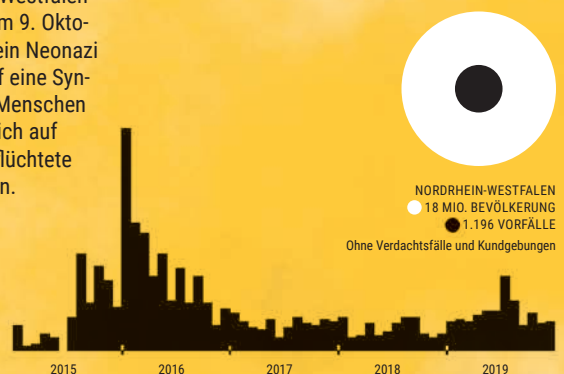
Hervorzuheben sind **Düsseldorf**, wo in den Vorjahren mit „Dügida“ einer der aktivsten PEGIDA-Ableger in Westdeutschland über Monate Neonazis aus der Region anzog; **Essen**, wo die Hooligans der „Steeler Jungs“ als selbsternannte „Bürgerwehr“ zunehmend Präsenz zeigen; das Sauerland, insbesondere der **Märkische Kreis**, wo es weiterhin auffällig viele Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte gibt.

2019



- 4 Brandanschläge
- 21 Körperverletzungen
- 189 Sonstige Übergriffe

Während die Zahl der Übergriffe bundesweit rückläufig ist, verzeichnet Nordrhein-Westfalen 2019 mehr Angriffe als im Vorjahr. Am 9. Oktober etwa, wenige Stunden nachdem ein Neonazi in Halle bei einem Terroranschlag auf eine Synagoge und einen Döner-Imbiss zwei Menschen tötete, schossen Unbekannte in Zülpich auf ein Fenster eines Hauses, in dem geflüchtete Familie leben. Es gab keine Verletzten.



„Es soll immer in eine positive Richtung gehen.“

Im September 2018 wird Hossein Khorrami Opfer eines neonazistischen Übergriffs. Der Essener, der vor dem Regime im Iran floh, lebt seit 24 Jahren im Stadtteil Borbeck. Neonazis ist er auch wegen seines ehrenamtlichen Engagements ein Dorn im Auge.

„Seit 2004 sitze ich im Integrationsrat der Stadt Essen“, sagt Hossein, als er vor der Pizzeria in Essen-Borbeck steht, in der er arbeitet. Das Lokal ist klein, liegt an der Straßenecke in einer Wohnsiedlung. Zum Interview bietet Hossein Tee an. Die Nachbar*innen kennen ihn, seit er damals die Gaststätte aufgemacht hat. Navid, der mit ihm dort gearbeitet hat und seinen richtigen Namen nicht nennen möchte, flüchtete ebenfalls vor rund 25 Jahren nach Essen, aus Afghanistan. Hossein holte ihn damals in die Pizzeria.

Neuzugewanderte, besonders aus der iranischen Community, zum Beispiel bei der Arbeitssuche zu unterstützen, ist, was Hossein heute oft tut. Im Kreuzer, einem Essener Kulturzentrum, trifft er sich seit 2014 wöchentlich mit iranischen und afghanischen Geflüchteten. Sie organisieren dort ehrenamtlich Sprachkurse, Bildungsveranstaltungen, suchen Wohnungen und erklären die Gesetzeslage. Hossein ist auch Mitglied bei der Partei Die LINKE. „Seit 2004 bin ich migrationspolitisch aktiv. Ich habe für viele Menschen Ausbildungsplätze gefunden. Deswegen bin ich im Integrationsrat aktiv, um den Menschen zu helfen“, sagt Hossein.

Mitte der 90er Jahre bekehrte er gegen das Regime im Iran auf, saß dort für zweieinhalb Jahre wegen seiner politischen Aktivitäten im Gefängnis. 1996 kam er nach Essen. Auch nach seiner Flucht trieb ihn die Politik um. Aus dieser Haltung heraus engagiert sich Hossein gegen Neonazis in Borbeck, aber auch gegen andere Rechtsextreme wie zum Beispiel die Grauen Wölfe. Zu den türkischen Nationalist*innen, die oft Mitglieder der Partei der Nationalistischen Bewegung, kurz MHP, sind, bekennen sich einige Menschen im Ruhrgebiet. Auch die Grauen Wölfe begehen in der Region rassistische Straftaten.

Die Täter erkannt

„Es gab zwei oder drei Mal rechte Demos von Neonazis in Borbeck, und wir waren natürlich dagegen.“ Im September 2018 sitzt Hossein in der Pizzeria. Plötzlich stehen drei Neonazis vor der Fensterscheibe. „Die waren stabil, sportlich“, erinnert er sich. Die Männer beginnen gegen die Scheibe zu schlagen und zu treten. Hossein stellt uns die Szene vor der Pizzeria nach. Er zeigt, wie die Täter ausholen und versuchen, die Scheibe zu beschädigen. „Ich habe mit Navid gegessen“, erzählt er. Hossein unterbricht das Essen und eilt zur Tür hinaus, die kleine Treppe hinunter vor das Fenster. „Was ist los?“, habe ich gefragt.“

Er erkennt die Männer. „Das sind Fans von Rot-Weiß Essen, dem größten Fußballverein hier“, erklärt er. Schon oft liefen sie an der Pizzeria vorbei. „Manchmal haben sie böse rein geschaut.“ Im September bleibt es nicht dabei. „Die haben mich direkt geboxt, getreten, brüllten ‚Ausländer raus‘.“ Hosseins Schulter wird getroffen. Zu seinem Glück fällt er nicht um. „Ich habe versucht Abstand zu nehmen, dann kam Navid raus und hat auch gefragt ‚Was ist los, was ist los?‘“ Navid erinnert sich: „Einer meinte, es sei alles in Ordnung, dann hat er zugeschlagen.“ Hossein und Navid versuchen sich mit ihrem Armen zu schützen.

Dann ergreifen die Täter die Flucht: „Die haben versucht abzuhaufen, ich bin hinterher gelaufen“, sagt Hossein. Kurz darauf, als er den Tätern nicht weiter folgen kann, weil sie zu schnell sind, verständigt Hossein die Polizei in der Hoffnung, dass diese die Täter noch fassen können. Nach etwa zehn Minuten trifft die Polizei am Tatort ein. Die drei Täter finden sie nicht. Wie sie heißen, weiß Hossein nicht. „Wenn sie uns Fotos zeigen, kann ich ihnen sagen, wer das ist“, erklärt er den Beamten. Hossein ist verletzt, Navid auch. Die beiden fahren ins



Krankenhaus, holen sich Atteste, werden bandagiert. Wenige Tage später sitzt Hossein auf der Polizeiwache. Zwei der Täter erkennt er auf den Fotos, die ihm die Polizei zeigt.

Eine solidarische Nachbarschaft

Der Fall geht durch die lokalen Medien. Hossein wird kurz danach von der Beratung für Opfer rechter und rassistischer Gewalt im Rheinland betreut. Einen rassistischen Übergriff hat Hossein nicht zum ersten Mal erlebt. Zuvor wurden ihm bereits mehrmals die Autoreifen durchstoßen. Seine Anzeigen verliefen im Sand. Den letzten körperlichen Übergriff erlebte Hossein vor 14 Jahren. Mitglieder der Grauen Wölfe attackierten ihn 2007 mit einer Eisenstange, griffen gezielt Kurd*innen und ihre Unterstützer*innen an:

„Ich bin Iraner, ich spreche aber verschiedene Sprachen und habe schon immer die Rechte der Kurden verteidigt.“ Faschismus und Rassismus sind für ihn eine weltweite Schande, wie er betont. Nach der Attacke konnte er zwei Monate lang nicht arbeiten. Sein Arm war gebrochen, zwei Wochen lag er damals im Krankenhaus.

Vor den Neonazis hat Hossein jedoch mehr Angst. „Man muss vorsichtig sein und sich schützen, vielleicht kommen sie wieder. Vielleicht sind sie böse wegen der Anzeige und wollen die Pizzeria abbrennen oder Steine werfen“, fürchtet er. Hossein macht sich auch zunehmend Sorgen um Deutschland. „Das ist ein demokratisches Land, und ich bin ein Menschenrechtsaktivist.

Ich bin Mitglied bei DIE LINKE in Essen, und ich glaube, dass ich deshalb unter Druck stehe. Deshalb wollten die mich schlagen. Die wissen, was ich hier mache.“ Zu seiner politischen Aktivität sagt er selbst: „Für mich ist die Sache logisch: Wenn auf der einen Seite Rassisten stehen, dann steht auf der anderen Seite das Volk.“

Seine Nachbar*innen in Borbeck waren ebenfalls schockiert von dem Vorfall. „Die waren sauer und sind solidarisch mit mir. Die kennen mich ja. Ich bin seit 24 Jahren hier, habe gute Kontakte, wohne hier, die Leute sehen mich im Borbecker Zentrum, wenn ich einkaufe, zur Bank gehe“, sagt er. Hosseins Biographie erzählt von seiner Flucht an viele Umbrüche. Im Iran ging er parallel zur Schule arbeiten und studierte danach. Er war im letzten Semester, als der erste Golfkrieg begann und er ins Gefängnis wanderte: „Wir waren gegen die islamische Regierung, gegen Faschismus, Hinrichtungen und für Demokratie und Frieden.“

Als er nach Deutschland flüchtet, setzt er sich weiterhin für diese Werte ein. „Ich habe hier mehrere Migranten in der Pizzeria ausgebildet, ihnen Engagement und Kraft gegeben. Bis jetzt sind über 55 Personen selbstständig geworden, ein paar Leute haben einen Ausbildungsplatz gefunden“, resümiert er. Hossein hat außerdem eine Tochter, der er das Pharmazie-Studium ermöglichte. Sie macht sich Sorgen wegen seines politischen Engagements. „Ich habe aber keine Angst, muss meine Rechte verteidigen. Ich habe hier nie Scheiße gebaut, keine verbotenen Sachen gemacht, friedlich gearbeitet, Steuern gezahlt, bin mit allen Anwohnern gut zurechtgekommen“, sagt Hossein.

Unsichere Zukunft

Dass er gut mit der Nachbarschaft zurechtkommt, sieht, wer ein paar Stunden mit ihm in der Pizzeria verbringt. Die Leute, die hier rein kommen, grüßen ihn: „Hi Hossein, wie geht’s dir“, fragt ein Mann, lächelt und schüttelt ihm die Hand. Wir sitzen nebeneinander. „Dein Steuerberater?“, fragt der Mann. „Nein, nein, Journalist“, antwortet Hossein. Er lacht. Der Mann geht wieder: „Dann komme ich später nochmal wieder, mach’s gut, Hossein“, ruft er. Sein Smartphone klingelt nahezu halbstündlich, immer ruft jemand anders an. Hossein geht jedes Mal dran.

Er sieht sich selbst als jemanden, der Brücken baut, gut vernetzt ist. Er will Menschen Bildung ermöglichen, damit sie glücklich leben können und hilfsbereit sind. „Es soll immer in eine positive Richtung gehen“, sagt er. Während des Interviews ruft eine Frau in der Pizzeria an und bestellt für 25 Personen Pizza, 100 Euro kostet das normalerweise. Weil die Kundin sich das nicht leisten kann, einigen sie sich auf 85 Euro. Hossein legt auf und sagt: „Die Leute sind arm geworden, sie können nicht wie früher vier oder fünf Euro für eine Pizza zahlen.“

Auch deshalb macht er sich Sorgen um die Zukunft Deutschlands. Denn die Situation hat sich dahin entwickelt, dass für die Armut in Deutschland Migrant*innen und Geflüchtete politisch verantwortlich gemacht werden: „Schuld sind aber nicht die Migranten. Wir haben ein Problem mit sozialer Gerechtigkeit, daran muss Deutschland arbeiten.“ Hossein lehnt sich in einem der roten Stühle in der Pizzeria leicht vor, schaut in den Raum. „Die Leute lieben Deutschland, aber wenn sie das andere Gesicht sehen, das undemokratische oder rassistische, dann ist das schlecht. Wenn die Entwicklungen so weiterlaufen in Richtung AfD, dann ist Deutschland bald nicht mehr so wie heute.“ Hossein spricht von einer „neuen Hegemonie“, die sich in Deutschland entwickelt habe:

„Darauf kann die deutsche Gesellschaft nicht stolz sein. Bis jetzt war das so, dass Deutschland diesen Schritt zur EU gemacht hat. Aber wenn der Rassismus in den Ländern wie Deutschland, Österreich, Italien weiter zunimmt, dann ist das gefährlich für die EU, dann geht es wieder zurück in die Vergangenheit.“

Vom Ehrenamt in den Aktivismus

Carla Scheytt kam als „typische Ehrenamtliche“ in die Flüchtlingshilfe, wie die junge Bochumer Sozialwissenschaftlerin es nennt. Ihr Engagement ist trotz antifeministischer Hasssprache, des sich immer weiter verschärfenden Diskurses, in dem das Eintreten für Menschenrechte als linksradikal betitelt wird, und trotz der Belastung durch das tägliche Erleben von Alltags- und strukturellem Rassismus, dem nur schwer etwas entgegenzusetzen ist, ungebrochen. Das Portrait einer Ehrenamtlichen, die zur Aktivistin wurde.

„Ich habe angefangen, in einer Unterkunft mit Kindern zu spielen.“ Das Elend vieler Geflüchteter, vor allem derer, die über das Mittelmeer und Italien nach Deutschland flüchteten, bewegte sie. Sie wollte selbst aktiv werden, sich nachhaltiger einbringen. Es dauerte nicht lang, bis sie von der Ehrenamtlerin zur Asylrechtsaktivistin wurde: „Ich hab eine Abschiebung von einer Bewohnerin in den Kosovo mitbekommen, die ich gut kannte“, sagt sie. In ihrer Not rief die Frau Carla an: sie vertraue ihr. „Das war so spätestens der Zeitpunkt, wo ich mir dachte: Jetzt muss ich mal aktiver werden.“ Sie schloss sich der Gruppe „Treffpunkt Asyl“ in Bochum an.

Heute könnte man Carla als „Vollzeitaktivistin“ beschreiben. Sie hilft Geflüchteten bei Ämtergängen, Bürokratie, Wohnungssuche, geht mit ihnen zu Anwält*innen, kümmert sich um Familienzusammenführung und setzt sich so nicht nur für die einzelnen Menschen, sondern auch für ihre Rechte und gegen die strukturelle Ungleichbehandlung ein. Carla engagiert sich gegen Rassismus, ist davon angetrieben und wendet sich ganz besonders auch gegen die rassistische Gesetzgebung: „Mich bewegt, dass es super ungerecht ist, wie mit Geflüchteten umgegangen wird. Die Flucht ist ja schon illegal, aber auch wie die ganz konkreten Lebensbedingungen hier sind, in denen sie sich befinden.“ Statt Dezentralisierung gäbe es meistens nur das Leben in der sogenannten Gemeinschaftsunterkunft und Probleme mit Behörden.

In Bochum hat sie erlebt, wie Geflüchtete offen rassistisch behandelt werden. Auch in den Institutionen grassiere Rassismus: „Racial Profiling ist da ein Beispiel, aber auch dass sie oft nicht die Möglichkeit haben, alleine für ihre Lebensbedingungen zu kämpfen. Das zeigt sich, wenn Deutsche mit zur Ausländerbehörde gehen: dass die Gesprächskultur eine andere ist, dass die Mitarbeiter*innen netter sind.“

**„Mit der Position ‚Bleiberecht für alle‘
steht man schon in der linksradikalen Ecke.“**

Um das aufzubrechen, organisierten sich die Geflüchteten unter dem Slogan „Refugees Strike“ mit Unterstützung von Carla. Sie protestierten in einem Camp vor dem Rathaus: „Wir haben natürlich ganz viele Gespräche auf der Straße geführt. Da gab es offene Ablehnung mit rassistischen Sprüchen und



Hitlergrüße von Neonazis. Die Camp-Bewohner*innen wurden auch beim Plenum gefilmt.“ Selbst wurde sie auch schon Ziel der Anfeindungen, vor allem dann, wenn sie die Rechte der Geflüchteten verteidigt.

„Manche pöbeln mich auf der Straße an, wenn ich einen ‚Kein Mensch ist illegal‘-Beutel trage. Viel Hass kommt aber auch auf Twitter, gerade wenn man zur Situation von afghanischen Flüchtlingen twittert“, sagt sie. Dabei wird sie oftmals sexistisch beleidigt, Männer wünschen ihr, dass sie von Geflüchteten vergewaltigt wird. Die Studentin lässt das bisher noch kalt: „Ich kann da noch drüber lachen. Ich bin damit ja nicht alleine und tausche mich darüber in meiner Gruppe aus. Wir wehren uns dann gemeinsam dagegen.“

Deutlich mehr zu kämpfen hat sie damit, dass viele ihrer Freund*innen mit Fluchtgeschichte immer wieder Opfer von Rassismus werden. „Früher fand ich das natürlich auch schon schlimm, aber jetzt kann ich mir besser vorstellen, wie es den Leuten damit geht.“ Und auch ihre Wut wird größer: „Die Mehrheitsgesellschaft stellt sich kaum dagegen.“

Ob Carla ihre eigenen Position denn für radikal halte, frage ich sie. Sie lacht spöttisch: „Ich weiß es nicht so ganz. Einerseits schon, andererseits steht man mit der Position ‚Bleiberecht für alle‘ schon in der linksradikalen Ecke.“

Mit dem Finger in den Osten zeigen

Dass das Bekenntnis zu Menschenrechten eine linksradikalen Position sein soll, ist so erschreckend wie ernüchternd. Denn Carla sieht sich als Menschenrechtsaktivistin: „Jede*r hat das Recht auf Leben, jede*r hat das Recht auf Bewegungsfreiheit, jede*r hat das Recht auf Bildung. Das sind alles Dinge, auf die ich mein Engagement aufbaue. Es ist vielleicht radikal geworden, sich für Menschenrechte einzusetzen, aber ja, dann bin ich es halt.“

Mit der Situation der Geflüchteten in Bochum ist sie zwar längst nicht zufrieden, sieht aber durchaus vielfältiges Engagement: „2015 gab es überall Netzwerke, Kirchen, Einzelpersonen, Organisationen, wo sich Leute eingesetzt und vernetzt haben. Geblieben ist nur noch der harte Kern, weil die Arbeit auch deutlich komplizierter geworden ist.“ Ging es früher darum, Kleider zu sortieren, Menschen mit Ausstattung zu versorgen, geht es heute eher darum, Menschen bei der Arbeitssuche zu unterstützen, beim Spracherwerb, bei Behördengängen. „Da braucht man einfach Leute, die längerfristiges Engagement haben. Aber auch wenn es weniger geworden ist, es gibt natürlich trotzdem viele Aktive.“

Einen Unterschied nimmt Carla Scheytt in Sachen Aktivität und Rassismus zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands war. Dass ihre Adresse ins Internet gestellt wird oder sie Hausbesuche bekommt, hat sie noch nicht erlebt: „Ich kenne das aus dem Ruhrgebiet so nicht.“ Beim Thema Rassismus zeige sich in der Quantität durchaus ein Unterschied, in der Qualität allerdings nicht unbedingt, meint sie. „Ich glaube, dass das Thema nicht ernst genug genommen wird, das man hier oft in den Osten schaut und mit dem Finger darauf zeigt.“



Alles, nur nicht aufhören

Reaktionen der Zivilgesellschaft auf rassistische Taten gäbe es eher selten: „Ich überlege gerade, ob ich überhaupt Reaktionen ausmachen kann, und vielleicht ist genau das auch bezeichnend, dass ich es nicht kann, weil es meistens einfach so hingenommen wird. Ich glaube, viele interessiert das nicht, und das sagt ja schon eine Menge.“ Unterstützung bekommt sie bei ihrer Arbeit meist von den immer gleichen: „In Bochum unterstützt uns die Linkspartei, auch die Grünen teilweise. Der Oberbürgermeister von der SPD hält sich aber fast bei allem zurück.“ Beim Protestcamp des Refugees Strike direkt vor dem Rathaus habe es fünf Tage gedauert, bis der Oberbürgermeister überhaupt mal vorbei kam.

Vielfach arbeitet Carla mit Beratungsstellen zusammen, die Geflüchtete im Alltag unterstützen. „Die machen das mit hauptamtlichen Strukturen, da gibt es auch Träger wie die Caritas.“ Wenn die Geflüchteten allerdings selbst ihre Stimme für ihre Rechte erheben, endet die Unterstützung oft: „Die haben mal zwei Wochen eine Turnhalle besetzt, weil sie in Wohnungen ziehen wollten und nicht in Zelte. Da gab es von der Stadt nur Versuche, das zu verhindern, sie haben dann die Toiletten abgeschaltet, kein Essen mehr gebracht, den Geldfluss gestoppt, Security und Polizei eingesetzt.“

Carla hofft für die Zukunft vor allem, dass der gesellschaftliche Rechtsruck ein Ende findet und damit *auch weitere Asylrechtsverschärfungen*. „Es gibt die Befürchtung, dass wir mit dem Engagement für Geflüchtete immer weiter an den Rand der Gesellschaft getrieben werden. Aber das Wichtige ist natürlich, was das für Konsequenzen für Betroffene hat.“ Menschen weiter in Sammelunterkünften zu isolieren, ihnen das Recht auf Bildung zu entziehen, sei alles andere als eine Lösung. Sie sieht am Horizont dennoch einen großen Lichtblick. Die Organisation „Seebrücke“ etwa habe gezeigt, dass viele Menschen noch aktiv sind, sich gegen Rassismus und Asylrechtsverschärfungen wehren: „Es ist aber auch ganz eigenartig, dass all diese Sachen gleichzeitig stattfinden, sowohl die Solidarität als auch die Ausgrenzung. Ich weiß nicht, wie es weitergehen wird, aber wir dürfen nicht aufhören und müssen zusammenstehen.“

Carla Scheytt im Gespräch mit Dennis Pesch.





MECKLENBURG- VORPOMMERN

Der Nordosten Deutschlands bleibt eine der Hochburgen organisierter Neonazis. Entsprechend hoch ist auch die Anzahl rassistischer Angriffe auf Asylsuchende.



„Unterkünfte wurden mit Silvesterraketen beschossen, Brandbeschleuniger eingesetzt, Geflüchtete werden geschubst, angegangen, beim Einkaufen teilweise nicht bedient, von Neonazis bei einer Demo mit Stühlen beworfen“.

In Güstrow gehören rassistische und rechte Attacken zum Alltag. Auch Karen Larisch ist seit Jahrzehnten Anschlägen und Morddrohungen von Rechten ausgesetzt.

MECKLENBURG-VORPOMMERN

2015



- 10 Brandanschläge
- 19 Körperverletzungen
- 44 Sonstige Übergriffe

2016



- 3 Brandanschläge
- 42 Körperverletzungen
- 97 Sonstige Übergriffe

2017



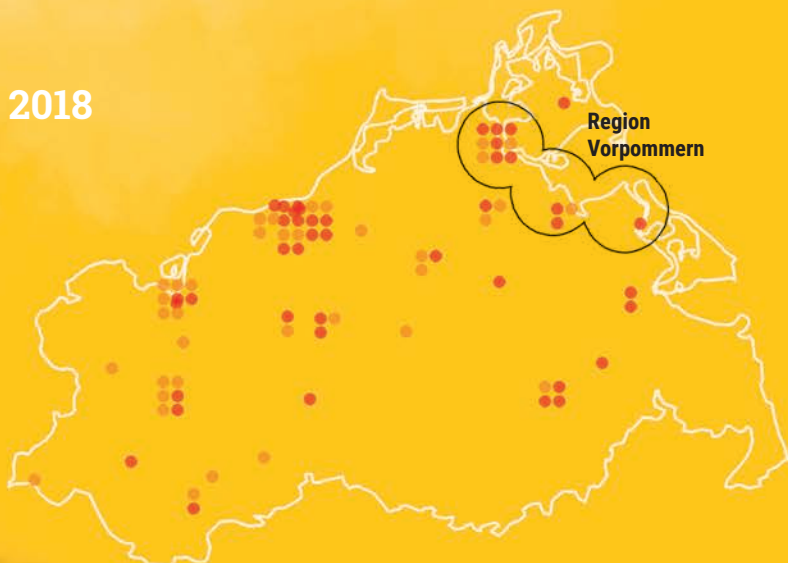
- 0 Brandanschläge
- 37 Körperverletzungen
- 55 Sonstige Übergriffe

Ab Ende September kommt es in Mecklenburg-Vorpommern zu zehn Brandanschlägen auf Asylunterkünfte. Nur zwei der Anschlagssziele liegen in Orten, in denen bereits in der Vergangenheit lokale Neonazis in Aktion traten (**Anklam** und **Laage**), die übrigen – etwa Urlaubsorte an der Ostsee wie **Trassenheide** auf Usedom oder **Ahlbeck** – waren bisher nicht für rechte Aktivitäten bekannt.

Bereits seit 2015 veranstaltet der PEGIDA-Ableger „MVgida“ Kundgebungen und Aufmärsche. Auf dem Höhepunkt der Mobilisierung im letzten Quartal 2016 zählt das Fachmagazin „Endstation Rechts“ über 100 „MVgida“-Veranstaltungen. Obwohl maßgeblich von NPD-Kadern organisiert, findet das Bündnis eine beachtliche Resonanz. Im 18.000 Einwohner*innen-Ort **Parchim** etwa schließen sich „MVgida“ 700 Menschen an.

Während die Zahl der Angriffe insgesamt zurückgeht, bleiben die Neonazi-Hochburgen Mecklenburg-Vorpommerns **Schwerin**, **Wismar**, **Rostock**, **Güstrow** und **Neubrandenburg** auch 2017 Orte der Gewalt, in denen mit Abstand die meisten Übergriffe auf Geflüchtete dokumentiert werden. Teils seit Jahrzehnten gewachsene Neonazi-Strukturen haben hier Bestand, rechte Gewalttäter*innen bleiben eine stets präsente Gefahr.

2018



- 0 Brandanschläge
- 43 Körperverletzungen
- 36 Sonstige Übergriffe

Die Region **Vorpommern** ist eine weitere Hochburg organisierter Neonazis. Entsprechend viele Übergriffe auf Asylsuchende verzeichnen Orte wie Anklam oder Stralsund. Dementsprechend betont die Beratungsstelle „LOBBI“ trotz insgesamt rückläufiger Angriffszahlen in 2018, dass von Beruhigung keine Rede sein könne: „Vielmehr registrieren wir, dass die Hemmschwelle der Täter immer weiter fällt.“

2019



- 0 Brandanschläge
- 20 Körperverletzungen
- 74 Sonstige Übergriffe

Trotz rückläufiger Übergriffszahlen bleibt Mecklenburg-Vorpommern für Geflüchtete gefährlich. Die Beratungsstelle „LOBBI“ warnt: „Das politische Klima deutet zudem darauf hin, dass zukünftig mit weiteren Angriffen zu rechnen ist. So entstehen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie nicht nur neue Verschwörungstheorien, auch rassistisch aufgeladene Schuldzuweisungen haben Konjunktur.“



Aus der Zivilgesellschaft in die Politik

Mehr als 50 Jahre lebt die Landtagsabgeordnete Karen Larisch in Güstrow, Mecklenburg-Vorpommern. Seit drei Jahrzehnten engagiert sie sich auch in der Güstrower Stadtgesellschaft. „Ich komme vom Fußboden und bin mit anderen Leuten gewachsen“, sagt sie über sich selbst. Ihr Ziel hat sie dabei nie aus den Augen verloren: gleiche Rechte und gleiche Chancen für alle Menschen. Zum „Fußboden“ zählt sie vor allem all jene Menschen, deren Stimmen in der Gesellschaft marginalisiert, „die nicht gesehen oder gehört werden, die einen mit dem Knüppel kriegen und hinfallen, das Fußvolk eben.“

Ihre Perspektive richtet sich auf alle, die gesellschaftlich diskriminiert oder benachteiligt werden: Menschen mit Behinderung, erkrankte Menschen, People of Color, alle, deren geschlechtliche Identität sich dem binären System entzieht, trans*Personen, Lesben, Schwule und Wohnungslose. Seit 2015 treiben sie die schwierigen Bedingungen der Menschen, die im Asylverfahren stecken, stärker als früher um. Viele ihrer Anliegen fanden ihren Weg in Karen Larischs Alltag als Sozialarbeiterin.

Larisch sieht ihre Rolle als Sozialarbeiterin in der Unterstützung auf dem Weg zu einem möglichst selbstbestimmten Leben. „Gesunde Menschen zum Beispiel fühlen sich gut dabei, wenn sie mal Produkte kaufen, die von Menschen mit Behinderungen in den entsprechenden Werkstätten gefertigt wurden.“ Das eigene Gewissen zu beruhigen, gehört nicht zu Larischs Herangehensweise: „Das hat nichts damit zu tun, dass Menschen Teil dieser Gesellschaft sind. Die werden irgendwo abgestellt für 2 Euro pro Stunde, damit andere sich gut fühlen.“ Genau das will sie ändern. „Erst an dem Tag, an dem nicht mehr unter einer Ausschreibung steht, dass Menschen mit Behinderungen oder Frauen bevorzugt eingestellt werden, sondern es eine Selbstverständlichkeit ist, ist meine Arbeit beendet“, sagt sie.

Pragmatische Lösungen für einen besseren Umgang

Diese Haltung spiegelt sich auch in ihrem Engagement für Geflüchtete wieder. In der Villa Kunterbündnis, die sie mit aufgebaut hat, treffen sich seit Jahren verschiedene Gruppen, darunter auch Geflüchtete. „Die

Menschen sollen nicht hilflos bleiben“, das ist der Anspruch der Villa. Als es ab 2013 zu immer mehr Einreisen von Flüchtlingen kam, auch in Güstrow, war kaum jemand auf die Situation vorbereitet. Larisch organisierte mit vielen anderen Menschen alles ehrenamtlich in der Villa Kunterbündnis.

Dabei schlägt sie immer wieder undogmatische Wege ein. „Wir sagen, wir bringen Sprache anhand von Kultur bei. Also haben wir eine Begehung gemacht und gezeigt, wie die Gesellschaft in Güstrow funktioniert. Wo sind öffentliche Spielplätze? Was gibt es bei uns im Museum zu sehen? Solche Sachen.“ Larisch und ihre Helfer*innen nahmen sich Flyer, Wörterbücher und drückten sie den Neuangekommenen in die Hand, die das dann in ihre Sprache übersetzten: „Da hatten sie sehr viel Spaß dran und jetzt gibt es in der Pfarrkirche zum Beispiel ein arabisches Handout.“

29.000 Einwohner*innen leben in Güstrow, 1.900 kamen in den letzten Jahren durch den Zuzug vieler Flüchtlinge hinzu. Larisch machte es sich zur Aufgabe, für die Rechte der Geflüchteten einzustehen, aber auch zu vermitteln. Wie zwischen dem Security-Personal, das Unterkünfte bewachte, und den Bewohner*innen dort: „Wir haben ihnen gesagt, dass sie weniger Unruhe erzeugen, wenn sie ohne Uniform anwesend sind. Erst haben sie sich dagegen gewehrt, bis sie es ausprobiert haben und der Umgang miteinander deutlich besser wurde.“

Die schweigende Masse dazwischen

Das ändert nichts daran, dass es Larisch wurmt, dass viele, vor allem junge Männer, in den Unterkünften leben, auch am Rande der Stadt. „Sechs Monate zu sechst im Doppelstockzimmer zu leben, ist mies. Da wäre ich auch frustriert, wenn ich nicht arbeiten darf und mitten im Wald wohne.“ Ein Tagung in Güstrow zur Situation von jungen männlichen Geflüchteten machte deutlich, mit was für Herausforderungen, Ansprüchen und eigenen Erwartungen die jungen Menschen im Alltag zurechtkommen müssen: „Wenn die Jungs mir erzählen, dass die Mama ihren Körper verkauft hat, sich prostituiert hat, damit sie hier herkommen können, ist da die feste Erwartung, dass es ihnen gut geht, wenn sie



Die Politikerin Karen Larisch trotz den Morddrohungen und lässt sich nicht von der Straße vertreiben.

hier herkommen“, sagt sie. Der Realität entspricht das in Güstrow oft nicht. Geflüchtete seien angespuckt worden, weil sie eine vermeintlich falsche Hautfarbe hätten, führt Larisch aus. „Dann muss man sich schon fragen, was das mit diesen Männern eigentlich macht!“

In Güstrow gehören rassistische und rechte Attacken zum Alltag. Sowohl auf Geflüchtete, als auch auf Larisch: „Unterkünfte wurden mit Silvesterraketen beschossen, Brandbeschleuniger eingesetzt, die Geflüchteten werden geschubst, angegangen, beim Einkaufen teilweise nicht bedient, von Neonazis bei einer Demo mit Stühlen beworfen.“ Letzteres passierte 2015. Die Geflüchteten hatten mit einer eigenen Demonstration auf ihre Anliegen aufmerksam machen wollen. Nach der rassistischen Attacke auf die Demonstrant*innen wurde jedoch nur über die Neonazis geredet statt über die Themen der Demonstration. „Dieses schöne Anliegen ist untergegangen“, sagt Larisch. „Sie haben sich nie wieder getraut zu demonstrieren.“

Larisch lässt sich nicht entmutigen. „Wir haben eine relativ große Zivilgesellschaft, die geht nur nicht mehr unbedingt an die Öffentlichkeit“, sagt sie. Oft aus Angst, weil sich das gesellschaftliche Klima verändert hat und das Engagement für Geflüchtete dazu führen kann, dass Menschen selbst zur Zielscheibe von Bedrohungen und Angriffen werden. Mittlerweile gibt es für viele Ehrenamtliche Probleme, in Güstrow Räume zu bekommen, beispielsweise für Bildungsveranstaltungen, bei denen über die akute lokale Bedrohung durch Neonazis gesprochen werden soll. Und auch das Alter der

Zivilgesellschaft spielt laut Larisch eine Rolle: „Einerseits ist die sehr jung – oder andererseits halt so alt wie ich. Dazwischen ist eine schweigende Masse.“ Vielen Menschen, die die Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR als kleine Kinder erlebt haben oder danach in Güstrow geboren wurden, fehlt laut Larisch beispielsweise die Auseinandersetzung mit der Demokratie. Zudem sind viele aus Güstrow und Mecklenburg-Vorpommern in Richtung Westen weggezogen: „Vor allem die jungen Frauen. Darum haben auch so viele AfD gewählt, weil vor allem Männer AfD wählen.“

Laut, weil es nötig ist

In Güstrow ist die Situation mit Neonazis konstant angespannt. Eine Szene gibt es hier seit Jahrzehnten, und die ist brandgefährlich für Karen Larisch. „In diesem Landkreis gab es sie immer, auch die Combat-18 Nazis.“ Dass sie hier entweder ignoriert werden oder oftmals sogar in der Gesellschaft Fuß fassen, erklärt sich Larisch auch mit der Politik der DDR. „Es war damals unter Strafe gestellt, sich mit Vertragsarbeiter*innen aus Vietnam einzulassen, das durfte man nicht. Die vietnamesischen Vertragsarbeiterinnen mussten unterschreiben, dass sie nicht schwanger werden. Und heute höre ich noch Leute sagen, dass sie genau das richtig fanden.“

Mit solch gesetzlich verankerten Normalitäten sind viele Bewohner*innen Güstrows aufgewachsen. Das spiele für den Umgang mit Neonazis oder rechten Hooligans eine wichtige Rolle, weil sie den Positionen zum Teil zustimmten und damit auch eine konsequente Verharmlosung einhergehe: „Die wurden früher einfach nur Rowdies genannt. Und so werden sie heute noch von Teilen der Güstrower Stadtgesellschaft oft wahrgenommen.“ Aber es gab auch andere Menschen, wie Larischs Mutter, sagt sie: „Sie hat mit den vietnamesischen Arbeiterinnen Erdbeerschnaps getrunken, und vielleicht bin ich deshalb, wie ich bin. Die hat das gar nicht eingesehen, dass sie mit den Leuten, mit denen sie am Band steht, nicht auch rumhängen kann.“

Der Rassismus, mit dem die Bevölkerung in Güstrow aufgewachsen ist, schlägt sich auch in der Debatte um Geflüchtete nieder. „Viele würden niemanden angreifen, aber sie solidarisieren sich auch nicht. Es gibt Leute, die sagen, wir wollen eine offene Gesellschaft, aber fragen uns dann, warum wir so laut sind.“

Während sie erzählt, sitzt sie aufrecht auf einer braunen Couch in der Villa Kunterbündnis. Die Wand hinter ihr ist tiefrot. Sie ballt die Hand fest zu einer Faust. „Ja, wir sind laut, aber mit unseren Anliegen provozieren wir keine Gewalt, wie der Zivilgesellschaft oft vorgeworfen wird. Wir nehmen unsere Verantwortung wahr.“

Ohne Unterstützung kein Engagement

Bei Larisch gibt es Zeiten, in denen sie viel mehr damit beschäftigt ist, sich mit den Neonazis auseinanderzusetzen, als die Menschen unterstützen zu können, die gesellschaftlich marginalisiert sind. Darunter leidet auch ihr



Landtagsmandat in Mecklenburg-Vorpommern, das notgedrungen hinten stehen muss. Über die Linkspartei zog sie bei der letzten Wahl in den Landtag ein. Lange hatte die Partei sie vorher angefragt zu kandidieren. Larisch hatte abgelehnt, bis ihr klar wurde, welche gesellschaftliche und politische Bedeutung ihre jahrzehntelange Arbeit hat. Larisch ist als Sozialarbeiterin landesweit bekannt, und ihre Anliegen sieht sie am meisten bei der Linkspartei vertreten. Trotz des Mandats hat sich bei Larisch aber nicht so viel verändert, wie sie zunächst angenommen hatte. Ihr Lebensmittelpunkt liegt zwar nicht mehr nur in Güstrow, und sie arbeitet nun auch oft im Parlament, trotzdem fährt sie jedes Mal wieder mit dem Zug zurück nach Hause. Sie ist geblieben wie sie ist: laut, herzlich, eine Sozialarbeiterin und am Ende ein Dorn im Auge aller Rassist*innen.

Hoffnung macht ihr heute, dass sie nicht nur Hass und Drohungen von Neonazis bekommt, sondern auch zahlreiche Unterstützung. „Ich kriege oft ‚nette‘ Pakete. So nenne ich die Zusendung von Waren, die ich nicht bestellt habe. Das ist für mich sehr stressig“, sagt sie. Denn die kommen oftmals von Rechten. Wie üblich dachte sie so eines Tages, mal wieder ein solches Paket

bekommen zu haben. Tatsächlich lag statt Waren, die sie nicht bestellt hatte, aber ein buntes Sortiment an Lebensmitteln und Leckereien mit einem Zettel darin: „Danke für ihre Zivilcourage“, stand darauf. Das Paket kam aus einem Bio-Laden in Sachsen: Larischs Engagement entfaltet offenbar Wirkung auch über die Grenzen von Mecklenburg-Vorpommern hinaus.

Larischs Antwort auf den gesellschaftlichen Rechtsruck ist nach wie vor das Engagement für eine starke Zivilgesellschaft, die lokal sichtbar ist. Deshalb hat sie nie mit dem Gedanken gespielt, Güstrow zu verlassen, und sich trotz aller Drohungen und Übergriffe auch nicht in ihrer Bewegungsfreiheit einschränken lassen: „Wenn ich nicht mehr rausgehe, dann haben die gewonnen“, sagt sie. Aber Larisch weiß auch auf sich aufzupassen: „Wenn man sich im Rad dreht wie ein Hamster und merkt, man macht zu viel, dann habe ich auch Menschen an meiner Seite, die mich darauf hinweisen.“ Ohne diese Unterstützung, sagt Larisch, könne sie ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement nicht nachgehen. Aber nach unserem Gespräch ist ebenso klar: Eine Karen Larisch ohne zivilgesellschaftliches Engagement ist undenkbar. Was für ein Glück, nicht nur für Güstrow!

Wir stehlen keine Heimatländer

Mofida Ankir

Wie kann ich diese blonde deutsche Frau davon überzeugen, dass ich nicht vorhabe, ihr ihr Haus wegzunehmen, wie es Al Assad mit uns getan hat – als sie zu mir sagte: „Kehre in deine Heimat zurück!“?

Wie kann ich ihr erklären, dass ich eine schwarze Frau bin, die sich zwischen ihrer Muttersprache Arabisch, ihrem schwachen Englisch, einer vorübergehenden türkischen Sprache und ihrem erzwungenen Deutsch verirrt hat und keine Heimat mehr hat? Und dass viele, die so denken wie sie, ein Grund dafür sind, dass auch Deutschland nicht zu meiner Heimat wird?

Meine Großmutter hat mir beigebracht, dass Gottes Land riesig ist, aber das habe ich erst verstanden, als ich nach Deutschland gekommen bin. Aber ich konnte meiner Großmutter nichts davon erzählen, weil Alzheimer und Al Assads Bomben den Verstand meiner Großmutter zerstört haben.

Kann mich diese Frau überhaupt verstehen, verstehen, dass ich, als ich antwortete: „Danke“, tatsächlich auch alle Möglichkeiten meinte? Vielen Dank an Deutschland, dass ich hier bin, weit weg von den Bomben. Vielen Dank an den deutschen Lehrer, der mir erklärt hat, was sie meint. Vielen Dank an Al Assad für seinen Krieg und seine Verfolgungen, weil er der Grund ist, dass ich mir diese deutschen Worte anhören musste.

Sie kann nicht wissen, wie man eine Frau wie mich aufweckt, um die passenden Wörter zu finden. Ich sagte zu meinem Nachbarn „Guten Morgen“, und er antwortete auf Englisch „Good morning“. Ich ging zwei Schritte, um einem vorübergehenden Kind mit einem Lächeln zu sagen, dass es mich an jedes Kind erinnert, das in meiner Heimat gestorben ist. Aber das vorübergehende Kind antwortete auf Türkisch „Merhaba“– Hallo.

In einer Stadt wie Stralsund war ich deshalb nicht überrascht, als selbst kleine Jungen mich und meinen Hijab tagtäglich beleidigten.

An diesem Tag wusste mein Lehrer nicht, warum ich nicht zum Kurs kam. Zwei Männer hatten mich mit einer Flasche bedroht.

Die Leute in meinem Dorf werden nicht verstehen, warum ich die Art und Weise meines Hijabs geändert habe. Die Deutschen glauben, ich trage ihn anders aus Modegründen, nicht aus religiöser Überzeugung. Die Leute in meinem Dorf verstehen nicht, dass ich mich mit meiner Haltung durchsetze, indem ich den Hijab weiterhin trage.

An die blonde Frau: Wie kann ich dir den Unterschied zwischen dir und einer anderen Frau erklären, die mir gesagt hat, dass ich im Hijab wunderschön aussehe. Diese wundervollen Worte hallen den ganzen Tag in mir nach; andere Wörter sind wie Zeitbomben. Deshalb achten Sie darauf, welche Wörter Sie benutzen.

Wollen Sie es wissen? Ich bin nicht glücklich hier! Ich lerne hier nicht, um zu bleiben, sondern um hier zu überleben, bis ich in mein Land zurückkehre, das immer noch besetzt ist und das jeden Tag mit echten Bomben stirbt, nicht mit Worten.

Ich kann wirklich verstehen, was Sie wollen, aber schauen Sie sich im Fernsehen die Nachrichten an über den Krieg in meiner Heimat Syrien, und Sie werden vielleicht verstehen, warum wir hier sind. Versetzen Sie sich einmal in meine Lage, machen wir einen Rollentausch: Nichts zwingt den Menschen, einen Ort zu verlassen, von dem er herkommt, außer der Tod, und wir sind dem Tod wirklich entkommen. Wir brauchen keinen weiteren Tod, der aus eurem Munde kommt, Bomben hatten wir schon genug.

Ich beherrsche kein gutes Deutsch, aber ich habe ein Lächeln, das meinen alten Nachbarn dazu bringt, mir jeden Tag einen guten Morgen zu wünschen. Und ich habe es geschafft, mit deutschen Kindern in der Kirche zu spielen. Jedes Mal, wenn sie in den Bus steigen und mich sehen, lächeln sie mir zu.

Der Mensch freut sich nicht über ein Land, in dem er nicht schlafen kann, und ich habe seit meiner Ankunft wirklich nicht gut geschlafen. Ich brauche daher keine weiteren neuen Enttäuschungen; ich möchte endlich wieder gut schlafen wie in meiner Heimat.

Ich werde eines Tages in mein Land zurückkehren, und ich werde dir von ganzem Herzen Danke sagen.



JENSEITS DER WAHRNEHMUNG

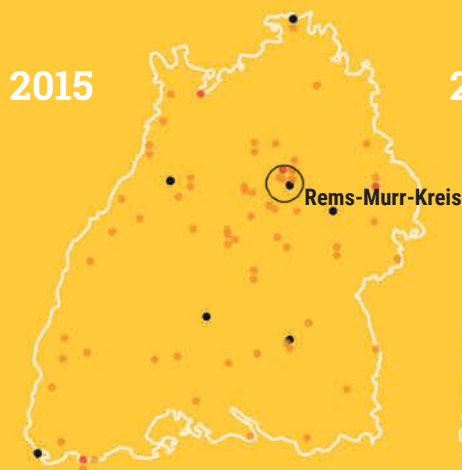
BADEN-WÜRTTEMBERG

Während die Öffentlichkeit vor allem auf die organisierte Rechte in den Ostländern schaut, existiert im Südwesten weitgehend unbehelligt seit Jahrzehnten eine rechte Szene: Wo Kameradschaften, Ku-Klux-Klan-Ableger und wichtige Köpfe der bundesweiten Nazi-Landschaft leben, bleiben auch Anschläge und andere Gewalttaten nicht aus.



BADEN-WÜRTTEMBERG

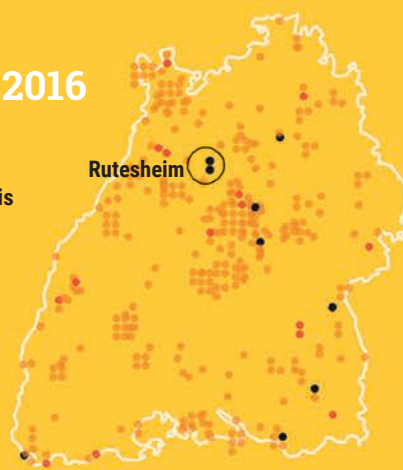
2015



- 7 Brandanschläge
- 4 Körperverletzungen
- 64 Sonstige Übergriffe

Der **Rems-Murr-Kreis**, wo „Autonome Nationalisten“ ihr Unwesen treiben, verzeichnet die meisten Übergriffe auf Geflüchtete, darunter ein Brandanschlag auf eine geplante Asylunterkunft in Unterweissach. Brandanschläge auf Asylunterkünfte und migrantische Einrichtungen gab es in der Region bereits in Waiblingen (2000), Kleinspach (2002), Murrhardt (2003), Unterweissach (2005) und Winterbach (2011).

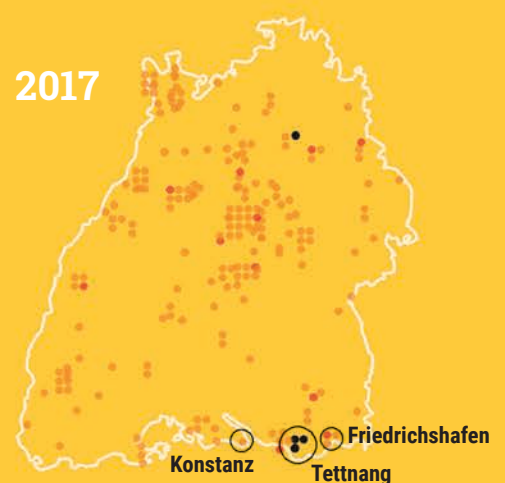
2016



- 9 Brandanschläge
- 15 Körperverletzungen
- 294 Sonstige Übergriffe

Bereits in den ersten Januarwochen kommt es in **Rutesheim** innerhalb weniger Tage zu zwei Bränden in einem Haus, in das erst kurz zuvor eine syrische Familie eingezogen war. Vor allem beim zweiten Feuer liegt Brandstiftung nahe, da sich der oder die Täter über eine versiegelte Tür gewaltsam Zutritt in das Gebäude verschafften. Die Ermittler stufen den Fall dennoch nicht rechts-motiviert ein.

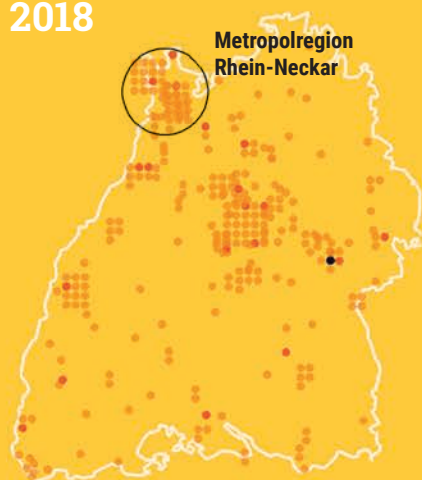
2017



- 4 Brandanschläge
- 12 Körperverletzungen
- 189 Sonstige Übergriffe

Während die Zahl der Übergriffe auf Asylsuchende insgesamt deutlich zurückgeht, kommt es in **Tettnang** zu einer Serie von drei Brandanschlägen auf eine noch nicht bewohnte Asylunterkunft. Am Bodensee um die Städte Konstanz und Friedrichshafen sind seit Jahren unter anderem „Identitäre“ und die Neonazi-Splitterpartei „Der III. Weg“ aktiv.

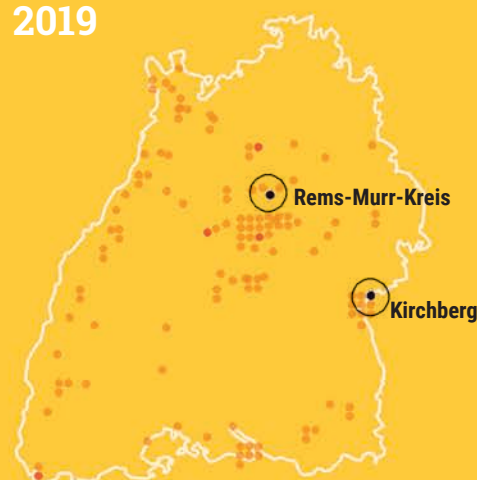
2018



- 1 Brandanschlag
- 18 Körperverletzungen
- 262 Sonstige Übergriffe

In der **Rhein-Neckar-Region** um Mannheim, Heidelberg und das pfälzische Ludwigshafen vermengen sich rechte Akteure von „Der III. Weg“, NPD, AfD, Burschenschaften sowie regionalen Bündnissen wie „Lubewa“ („Ludwigshafen bewegt was“) und dem „Bürgerforum Rhein-Neckar“. Diese zahlenmäßig überschaubare rechte Szene macht vor allem mit Propagandadelikten gegen Asylsuchende auf sich aufmerksam.

2019



- 1 Brandanschlag
- 8 Körperverletzungen
- 178 Sonstige Übergriffe

Die Angriffe in der rechten Hochburg **Rems-Murr-Kreis** halten an: Am Neujahrsmorgen legten Unbekannte Feuer auf dem Balkon eines Hauses, in dem eine geflüchtete Familie lebt. Die Familie gibt an, im Vorfeld bedroht worden zu sein. Im Oktober gibt es in Kirchberg an der Murr den vorerst letzten Brandanschlag auf eine Asylunterkunft in Baden-Württemberg. Das Gebäude war so gut wie bezugsfertig.



BADEN-WÜRTTEMBERG
 11 MIO. BEVÖLKERUNG
 1.070 VORFÄLLE
 Ohne Verdachtsfälle und Kundgebungen



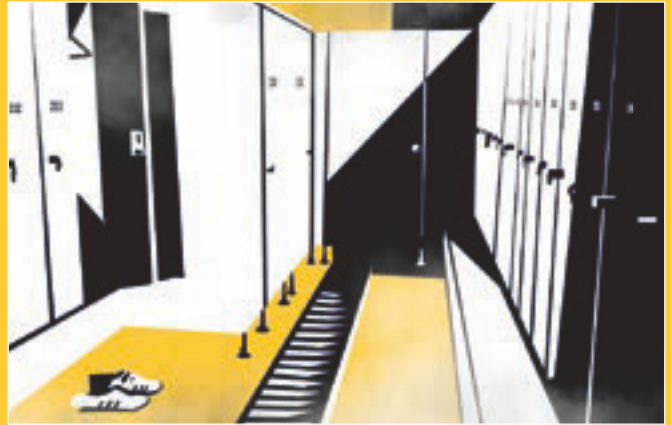
ANGSTRÄUME

Angsträume sind mehr als schlecht beleuchtete Unterführungen. Angsträume können überall entstehen. Überall dort, wo einmal Gewalt in ihrer vielgestaltigen Form in den Alltag einbrach und niemand eingriff.



An der Haltestelle, also dem Tatort, bin ich nie wieder gewesen. Früher bin ich immer zum Chor gegangen, es hat mir Spaß gemacht. Seit dem Angriff bin ich nie wieder zur Chorprobe gegangen.

Wir waren an der Haltestelle und da stand ein Pärchen mit ihrem Hund. Ich wollte nicht dableiben. Der Mann begann uns zu beleidigen. Dann haben die den Hund auf uns losgelassen. Wir hatten Angst, sind weggelaufen. Ich bin gerannt, dann hat der Hund mich gebissen und ich bin hingefallen.



Im Supermarkt hat ein Mann mich angeschrien, wie ich es wagen könnte, ein Kopftuch zu tragen, was ich mir darauf einbilden würde. Dann hat er abfällig vor mir auf den Boden gespuckt und ist gegangen.



Ich habe es schon mehrmals erlebt, dass andere Eltern mit ihren Kindern den Spielplatz verlassen, wenn ich mit meinen Kindern ankomme. Das ist demütigend, seitdem ist jeder Gang zum Spielplatz von tiefer Unruhe und der ängstlichen Hoffnung begleitet, dass alles gut geht.

Ich habe den Mann hier schon oft gesehen. Ich bin einfach weitergelaufen und hab ihn ignoriert, aber er kam immer wieder dicht an mich ran. „Scheiß Ausländer“, hat er mir hinterhergebrüllt. Ich bin in eine kleine Straße abgebogen, nur um ihm aus dem Weg zu gehen, da geh ich sonst nie lang.



Seitdem die Hunde auf Freunde von uns vor dem Supermarkt gehetzt wurden, haben wir alle Angst, dass uns etwas passiert, wir trauen uns nicht mehr unterwegs zu sein. Wir sind einfach verängstigt, denn wir wissen, wir können da jetzt nicht mehr hin. Wir können nicht mehr zum Einkaufen, weil die Leute uns da hassen.



Die Präsenz von Neonazis schafft ein Klima der Angst. Oft kennt man sich; es gibt keine Anonymität. Sie dringen sogar in den Wohnbereich ein, der als privater Schutzraum eine besondere Bedeutung hat, und schlagen auf die Betroffenen ein. Es gibt keine Rückzugsräume mehr. Dass niemand meiner Frau half, als sie in der Fußgängerzone angespuckt worden war, macht mich besonders wütend. Spätestens da wurde mir deutlich: Wir können uns nicht schützen.



Ich würde sehr gerne ein Kopftuch tragen, aber nicht hier. Die Leute würden sich auch hier bestimmt daran gewöhnen, aber ich glaube, es würde sehr lange dauern und viele negative Einflüsse auf mich haben. Die Leute hier sind da nicht sehr tolerant. Deshalb mach ich das nicht hier.



Es ist kein Problem für mich, alleine zum Deutschkurs oder zum Einkaufen zu gehen. Nur nachts ist es unmöglich. Nach 20 Uhr gehe ich nicht alleine raus. Ich denke, dass es besser so ist, denn ich will keine Probleme mit den Deutschen.

Ich sagte der Verkäuferin, ich wolle zehn Brötchen haben. Sie hat mich angeguckt, dann hat sie, während sie noch guckte, gesagt: „Der nächste bitte.“ Ich stand da und wußte nicht, was ich tun soll. Dann wiederholte ich lauter, dass ich zehn Brötchen haben wolle. Die Frau neben mir sagte, sie hätte gerne ein Brot, die Verkäuferin bediente sie. Ich stand einfach da, begriff, was mein Körper schon vorher verstanden hatte, ich schwitze nämlich plötzlich ganz stark. Und dann ging ich raus.

„Die tun doch nichts“ – vom alltäglichen Rassismus und seinen Folgen

„Was die Nazis hier machen, finde ich nicht gut. Aber was Merkel 2015 gemacht hat, ging gar nicht“, sagt eine Frau in einer Seitenstraße in Kahla, Thüringen. Sie ist Mitte 60. Seit vielen Jahrzehnten wohnt sie in Kahla, sagt sie, einer Kleinstadt mit rund 7.000 Einwohner*innen. „Nein, mit denen will ich nichts zu tun haben“, sagt sie, als ich sie auf die Neonazi-Szene in der Stadt anspreche. Es ist ihr anscheinend unangenehm, danach gefragt zu werden. Trotzdem bleibt sie stehen. Gegen Neonazis ist sie vor allem wegen der deutschen Geschichte, den Nationalsozialismus wolle sie nicht erleben. Schnell kommt die Frau dann aber auch auf ein anderes Thema zu sprechen: Migration und Asyl. Dort vertritt sie einen ähnlichen Standpunkt wie die Neonazis. Gleichwertig stehen diese beiden Punkte plötzlich im Gespräch nebeneinander: Neonazis kann sie nicht leiden, Geflüchtete und Migrant*innen aber auch nicht.

„Mmh, eigentlich will ich da nicht so gerne drüber sprechen“, sagt auch ein Mann aus der Apotheke, die direkt neben dem Gebäude der Stadtverwaltung liegt, wo der Bürgermeister sein Büro hat. Dann beginnt er aber doch zu sprechen: „Ständig reden wir über Nazis, aber nie über die linken Chaoten. Die haben doch bei G20 randaliert“, beginnt er. Mit den Neonazis in Kahla hat er kein Problem: „Die tun doch nichts.“ Andere Passant*innen auf der Straße reagieren freundlich abweisend, spätestens, wenn das Wort Neonazi fällt, haben sie keine Zeit mehr zu sprechen, verschwinden in der naheliegenden Metzgerei.

Das Feindbild in Kahla steht links, wie hier an einem Bahnhofsgebäude zu sehen ist.





Stefan Heerdegen ist Mitarbeiter der Mobilen Beratung in Thüringen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus (MOBIT) und Experte beim Thema Neonazismus. Seit Mitte der 2000er Jahre beobachtet er die Szene, auch in Kahla, wo sie sich eine „Wohlfühlzone geschaffen hat“, wie er sagt. „Eine Sache, die wichtig ist, ist sicherlich, dass ein in der alten Bundesrepublik wichtiger Neonazi, Karl-Heinz Hoffmann, Verbindungen hierher hatte. Er ist hier aufgewachsen, nach der Wende zurückgekommen, hat hier Häuser gekauft.“

*Die Spuren des Brandanschlags
zeichnen die Tür.*

Ein Laden wie eine Festung

In der Folge etablierte sich in Kahla eine feste Struktur. Nach der Wende, sagt Heerdegen, stand der Feind für die Kommunalpolitik und andere Entscheidungsträger*innen links. „Die extreme Rechte wurde in Thüringen grundsätzlich verharmlost“, resümiert er. Diese Verharmlosung habe in Kahla besonders lange überlebt – bis heute. Über Generationen hinweg etablierte sich die extreme Rechte hier. Weil Bürgermeister Rufschädigungen fürchteten, blockten sie das Thema stets ab. „Dabei ist der Imageschaden für die Stadt erst dadurch gekommen, dass man sich nicht damit beschäftigt. Das tut keiner Kommune gut“, kritisiert Heerdegen.

Dass die Neonaziszene in Kahla ein Problem ist, das sich nicht ignorieren lässt, zeigte die Dichte an rassistischen und rechten Angriffen. 20 rechte

Gewalttaten hat die Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, ezra, seit dem 1. Januar 2015 bis Anfang 2019 in Kahla gezählt, 7 davon waren rassistische, 11 auf politische Gegner*innen der Neonazis, 2 auf Mandatsträger*innen verübte. Ein Brandanschlag auf den Demokratie-Laden und das daneben liegende SPD-Bürgerbüro am 15. Februar 2016 stellen einen weiteren Tiefpunkt dar.

Betritt man den Demokratie-Laden, knatscht die Tür. Sie lässt sich nur schwer öffnen. Die Spuren des Brandanschlags sind auch nach über 2 Jahren noch an der Tür und auf dem Boden zu sehen. Doch dass sich die Tür so schwer öffnen lässt, ist keine Folge des Anschlags, sondern eine Sicherheitsmaßnahme. Leila Al-Kuwaiti arbeitet zum Zeitpunkt des Interviews erst seit einigen Monaten beim Demokratie-Laden: „Es ist nicht ohne Grund so, dass wir seit 2016 mindestens zu zweit da sind. Es ist ein Riegel für die Tür da, und den jedes Mal aufzumachen, fühlt sich an, als würden wir eine Festung betreten.“

Dabei positioniert der Laden sich nicht links. Es handelt sich nicht um ein autonomes Zentrum mit Forderungen nach linker Politik wie Vergesellschaftungen von Immobilienkonzernen oder Abschaffung von Hartz IV. Vielmehr geht es um den in Kahla alltäglichen Kampf um demokratische Menschen- und Grundrechte. So organisierten Al-Kuwaiti und ihre Kollegin Lisa Müller Aktivitäten und Bildungsveranstaltungen, wie beispielsweise den Gedenktag zur Pogromnacht am 9. November gemeinsam mit dem Förderverein Mahn- und Gedenkstätte Walpersberg, Lehrer*innen der Kahler Regelschule und des Gymnasiums und dem Schülerrat des Gymnasiums.

Die Nachbarn sind Neonazis

Der Förderverein arbeitet seit 2003 zu dem im Nationalsozialismus unterirdisch eingerichteten Rüstungswerk „REIMAHG“ und den Schicksalen der beim Bau eingesetzten Zwangsarbeiter*innen. „Ein Lokalhistoriker hatte sich hier schon mit der Geschichte der Jüdinnen und Juden in Kahla beschäftigt, bevor wir den Laden aufgemacht haben. Wir haben das mitbekommen und unterstützt, in dem wir mit einigen Besucher*innen des Ladens eine Ausstellung dazu entwickelt haben.“ Der Demokratie-Laden bietet der kleinen Zivilgesellschaft in Kahla einen Raum sich auszutauschen. Gerade Jugendliche wollen Al-Kuwaiti und Müller dabei ansprechen, zum Beispiel auch über Graffiti-Workshops.

Auf Initiative der Schüler*innen und des Demokratie-Ladens wurde das Gymnasium in Kahla zur „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, einem Projekt, dem sich Schulen in ganz Europa angeschlossen haben. Zehn Schritte sind nötig, damit eine Schule das Label tragen kann. So müssen mindestens 70 Prozent der Schulseitigen, also Schüler*innen, Lehrer*innen und Mitarbeiter*innen, dem Selbstverständnis von „Schule ohne Rassismus“ zustimmen. Für das Gymnasium in Kahla und den Demokratie-Laden ist das Projekt von großer Bedeutung. Es bildet einen Anknüpfungs- und Vernetzungspunkt zwischen dem Laden und den Schüler*innen und eröffnet mehr Möglichkeiten für Projekte, die sich mit Rassismus, Diskriminierung und Demokratie auseinandersetzen.

Dass die Auseinandersetzung mit Rassismus in Kahla dringend nötig ist, zeigte ein rassistischer Angriff auf einige der wenigen Geflüchteten, die in Kahla bisher lebten.

Im April 2018 greifen die Neonazis aus den Räumen der Dart-Mannschaft, die bis dahin dem SV 1910 Kahla angehörten, die Minderjährigen an. Vier von ihnen werden gefährlich verletzt, müssen im Krankenhaus behandelt werden. Die Wohnung der geflüchteten Jungen liegt zu diesem Zeitpunkt direkt gegenüber dem Dart-Club, der wiederum nur wenige Meter von der „Burg 19“ entfernt ist. Letztere ist ein Wohnhaus der Neonazis. Den Dart-Club nutzen sie als Treffpunkt. Geflüchtete und Neonazis waren hier Nachbar*innen.

Dezentrale Unterbringung: in Kahla keine Lösung

Die Darstellung der Jugendlichen schildert später in einer Pressemitteilung die Beratungsstelle ezra: „Zu dem Vorfall kam es, als die Betroffenen sich vor ihrem Wohnhaus aufhielten und plötzlich von einem männlichen Gast provozierend angesprochen wurden. Als die Jugendlichen wissen wollten, was gemeint ist, wurden sie von dem Mann angegriffen. Daraufhin schlossen sich vorbeigehende Passant*innen und weitere Gäste der Veranstaltung mit dem Täter zusammen und attackierten als gewalttätiger Mob die Gruppe der Jugendlichen.“

Dabei sollten es die Neonazis nicht belassen. Die Jugendlichen flüchteten in ihr Wohnhaus, und der Mob folgte ihnen: „Diese drangen sogar in den Wohnbereich der minderjährigen Jugendlichen ein, der als privater Schutzraum eine besondere Bedeutung hat, und schlugen auf die Betroffenen ein. Einige Jugendliche konnten sich in Wohnräumen verstecken oder suchten den Schutz des zuständigen Betreuers.“ Bevor die Täter die Wohnung wieder verließen, seien dem Betreuer weitere Übergriffe angedroht worden, sollte er staatliche Ermittlungsbehörden informieren, so ezra.

Lisa Müller vom Demokratie-Laden erinnert sich an den Vorfall und an die Konsequenzen: „Die Geflüchteten wurden aus Kahla weggebracht, weil es hier einfach zu gefährlich ist“, sagt sie. In Thüringen werden Geflüchtete mehrheitlich dezentral untergebracht, was eigentlich eine gute Sache ist. In



einem Ort wie Kahla ist dies jedoch eine gefährliche Wohnsituation. Weil die Wohnung noch dazu direkt gegenüber dem Dart-Club und auch ganz in der Nähe des Neonazi-Hauses lag, begegneten die Jugendlichen den Tätern beinahe täglich, ein permanentes Bedrohungsszenario. Heerdegen sagt: „In einer kleinen Stadt wie Kahla schafft die Präsenz von Neonazis ein Klima der Angst. Oft kennt man sich, es gibt keine Anonymität.“ Wo Geflüchtete in einer Gemeinschaftsunterkunft oftmals Angst vor beispielsweise dem Security-Personal haben, haben sie hier Angst vor militanten Neonazis.

Der Dart-Club: Von hier aus attackierten die Neonazis die Jugendlichen.

In Deutschland wurden in den vergangenen Jahren tausendfach Gemeinschaftsunterkünfte und ihre Bewohner*innen angegriffen. Dezentrale Unterbringung kann helfen, aber nicht in Kahla. Ein normales Leben ist hier

nicht möglich, der Rassismus und die Bedrohungsszenarien lauern überall, die Stadtgesellschaft hat sie internalisiert. Schon als die Jugendlichen in Kahla untergebracht wurden, war klar, dass der Ort für sie kaum erträglich sein würde. Franz Zobel ist bei der Opferberatung ezra beschäftigt und betreute die Opfer des Angriffs. „Es gibt hier nichts, du musst mit dem Bus oder Zug nach Jena fahren, und die meisten hatten ihre Freundeskreise da, da hat ihr Leben stattgefunden. Kahla war ein Ort, wo sie schlafen.“

Wenn das Grundgesetz als linke Politik gilt

Rassistische Bemerkungen und Beleidigungen gehörten seit ihrer Ankunft in Deutschland zum Lebensalltag der Jugendlichen, nicht zuletzt in der Schule. Doch der Umzug nach Kahla bedeutete einen Einschnitt im Leben der Jugendlichen, der dies alles noch potenzierte. „Hier kam die organisierte Neonaziszene hinzu“, sagt Zobel. Zudem waren die Jugendlichen einem System unterworfen, in dem sie machtlos waren. Sie waren ihrer Umgebung ausgeliefert: „Es ist sehr schwer, von sich aus aktiv zu werden. Du bist immer wieder darauf angewiesen, dass die Einrichtung, die dich betreut, aktiv wird. Und dann sind die Täter Teil einer organisierten Szene, die sich zu inszenieren weiß, eine Täter-Opfer-Umkehr ins Spiel bringt, Öffentlichkeitsarbeit macht und genau weiß, was sie sagen und tun muss“, ergänzt Zobel.

Was er schildert, wirkt für uns wie ein Bericht aus einer anderen Welt. Eine Lebensrealität, von der wir vermittelt vieles wissen, der wir uns durch Gespräche und Reflexionen nähern, doch deren tägliche Schwere sich für uns, die wir aus Kahla wieder abreisen werden, kaum erahnen lässt. Der Kampf um die Einhaltung der Menschenrechte, darum, die Versprechen des Grundgesetzes einzulösen: Er ist im Demokratie-Laden stets präsent. Jeden Tag stellen sich Gefühle wie Angst, Mut, Resignation und Hoffnung neu ein.

Ein Problem nach Angriffen stellt auch die Gesetzgebung dar, sagt Zobel: „Das größte Problem ist in solchen Fällen die Wohnsitzauflage, wodurch die Menschen nicht wegziehen dürfen.“ Was für die Mehrheitsgesellschaft problemlos möglich ist, sich also im Zweifel einen neuen, sicheren Wohnort zu suchen, ist für Geflüchtete nur mit viel Hilfe und Bürokratie möglich. „Sie müssen das beantragen oder da wohnen bleiben. Weniger kompliziert ist ein Umzug im selben Landkreis. Wenn ich aber zum Beispiel nach Jena will, muss ich erst mal einen

Antrag stellen, und die Stadt muss dem zustimmen. Du bist total abhängig“, schildert Zobel. Bürokratie bedeutet auch immer warten zu müssen, schnelle Reaktionen von Institutionen nach rassistischen Angriffen gibt es selten. Kurzfristig Abhilfe schaffen dann meistens die Opferberatung oder der Demokratie-Laden.

Zobel erinnert sich an einen weiteren Fall, bei dem die Täter unbekannt geblieben sind. „Ein geflüchteter Jugendlicher hat mich nachts angerufen, da standen die Leute vor der Wohnung. Er hatte Panik, dass die reinkommen.“ Letztlich wurde der Jugendliche durch den Träger abgeholt und in eine andere Unterkunft gebracht. In Kahla sei es zudem auch schwierig, zwischen der organisierten Neonaziszene und denen zu unterscheiden, die sich von der Stimmung der Neonazis beflügelt fühlen: „Hier hängen viele über Familien, Freundeskreise und Arbeitsplätze zusammen. Da wird es schwierig zu unterscheiden, wer zum Umfeld der organisierten Neonazi-Szene gehört“, sagt Zobel. Für die politische Einschätzung der Szene vor Ort mag das von Relevanz sein, für die Betroffenen weniger. Denn sie werden von Rassist*innen in ihr eigenes Wohnzimmer verfolgt, bedroht und geschlagen. Heerdegen sagt: „Nicht mal zum Grundgesetz wollen einige hier Stellung beziehen. Bereits der Einsatz dafür wird hier zuweilen mit ‚linken Unruhestiftern‘ assoziiert.“

Inklusive Kommune: das will hier kaum jemand

Das bekommen auch diejenigen in Kahla zu spüren, für die soziales Engagement eine bedeutende Rolle spielt. Wie die Vorsitzende des Vereins „Täglich-Brot-Insel“. Dieser bot bis 2016 in Kahla für viele Menschen Unterstützung nach Vorbild der „Tafel“ an. Weil die Vorsitzende sich dafür aussprach, auch Geflüchteten unter die Arme zu greifen, geriet sie ins verbale und physische Kreuzfeuer der Neonazis: „Da gab es dann Aufkleber mit Fotos von ihr, bis hin zu Fackelmärschen bis vor ihr Haus. Die Tafel wurde mehrfach angegriffen, Steine sind in die Fensterscheiben geflogen“, berichtet Zobel. Die ehrenamtlich arbeitenden seien allesamt Menschen, die nicht so ohne weiteres aufgeben würden, sagt er. Sie kämpften.

Doch dann stellten sich die Einwohner*innen, auch Menschen, die vorher als unterstützend wahrgenommen wurden, gegen die Tafel: „Die Leiterin und Mitarbeiter*innen der Tafel wurden als Täter*innen dargestellt. Sind sie doch selbst schuld. Warum machen die

das auch?‘ So wurde das oft auf der Straße diskutiert“, erinnert sich Zobel. Heerdegen stimmt dem zu: „Das Engagement der Täglich-Brot-Insel für Bedürftige ungeachtet ihrer Herkunft wurde beständig in Frage gestellt. Der so aufgebaute Druck führte letztlich zur Einstellung der Arbeit des Vereins vor Ort.“ Niemanden von Angeboten ausschließen zu wollen, ist also in Kahla eine Haltung, die von den meisten als problematisch angesehen wird, ja, gegen die es vorzugehen gilt. Nach über elf Jahren des Engagements für Menschen, die Unterstützung benötigten, endete die Arbeit in 2016. Der Psychoterror wurde zu groß. Kurz nach der Schließung der „Täglich-Brot-Insel“ gründete sich ein neuer Tafelverein, die „Tafel Kahla“. Von „politischer Arbeit“, so sagt der Verein, grenze man sich ab. Als Zielgruppe sehe man „Hartz IV-Empfänger, Studenten, Azubis und bedürftige Senioren“.

Doch auch wenn die Initiative und das Engagement der „Täglich-Brot-Insel“ durch den Alltagsterror der Nazis und deren Unterstützung bei den Einwohner*innen abbrach: das Engagement für eine demokratische Kultur ging weiter, auch durch den im April 2013 gegründeten Demokratie-Laden.

Anlass für die Eröffnung und Anmietung des Ladens war der damals in Kahla stattfindende 12. „Thüringentag der nationalen Jugend“, ein neonazistisches Rechtsrock-Festival der NPD. Doch auch der Demokratie-Laden blieb in den bisherigen neun Jahren seines Bestehens von Anschlägen nicht verschont. 2016 – zeitgleich zum Rückzug des Vereins Täglich-Brot-Insel – wurde ein Brandanschlag auf die Räume verübt.

Attacken als Bestätigung

Der Angriff auf die jungen Geflüchteten hat in Kahla keine sichtbaren Spuren hinterlassen. Wenn Müller und Al-Kuwaiti den Demokratie-Laden nach Hause verlassen, brennt weiterhin das Licht im Dart-Club. Dass in naher Zukunft wieder Geflüchtete in Kahla unterkommen, ist nicht abzu-sehen. Die organisierten Neonazis haben eine lange Tradition, den Ort in ihrem Sinne gestalten und formen zu können. Sie würden weiterhin in direkter Nachbarschaft wohnen oder eben in indirekter, was bei einem 7.000 Einwohner*innen-Ort an der Lebensrealität von Geflüchteten kaum etwas ändern dürfte, trägt die Stadtbevölkerung zum großen Teil doch die rassistischen Ressentiments mit. Dass der Mann in der Apotheke meinte, „die tun doch nichts“, wirkt nun noch absurder. Gemeint hat er eigentlich, dass sie ihm nichts tun. Für alle, die nicht Teil einer schweigenden Masse sind oder vom Kollektiv nicht akzeptiert werden – aus welchen diskriminierenden Motiven auch immer –, sind sie lebensgefährlich.

Hoffnung macht in Kahla vor allem die Arbeit des Demokratie-Ladens mit den Schüler*innen, kleinen Vereinen und anderen engagierten Bürger*innen. „Vieles kommt mit der Zeit“, sagt Müller. Auch wenn Erfolge oft noch kaum sichtbar sind, es gibt sie: „Die Jugendlichen kommen schon und sagen, wir kennen euren Laden und die Nazis sind doof.“ Daraus resultierte auch, dass es in Kahla zum Internationalen Tag gegen Homo-, Trans*- und Bifeindlichkeit eine Aktion der Schüler*innen und des Demokratie-Ladens gab. Bestärkt und gleichzeitig beängstigt fühlt sich der Demokratie-Laden durch die Attacken der Neonazis. „Das klingt zwar komisch, aber wir wissen, dass wir hier richtig sind. Sie empfinden uns als störend“, sagt Müller.



Von links nach rechts:
Stefan Heerdegen, Franz Zobel,
Lisa Müller, Leila Al-Kuwaiti.



LISTE MIT LÜCKEN

Das Bundeskriminalamt soll einen Überblick über rassistische Übergriffe auf Geflüchtete liefern. Doch die Liste der Ermittlungsbehörden ist immer wieder fehlerhaft. Statt für Klarheit zu sorgen, gibt die offizielle Statistik Anlass zu Fragen.

von Marius Münstermann

Beim Bundeskriminalamt (BKA) laufen die Fäden aller Ermittlungseinheiten zusammen. Trotzdem verfügt die oberste Polizeibehörde Deutschlands über kein umfassendes Lagebild zu rassistischen Übergriffen auf Asylsuchende. Diesen Eindruck erwecken jedenfalls die spärlichen Auskünfte, die das BKA preisgibt.

Dass die Ermittlungsbehörden überhaupt Angaben zu Angriffen auf Geflüchtete öffentlich zugänglich machen, ist den beharrlichen Anfragen von Abgeordneten in Landtagen und Bundestag zu verdanken. Im Bundestag etwa stellen Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE Quartal für Quartal eine kleine Anfrage, mit der sie das Bundeskriminalamt um eine Aufstellung aller polizeilich bekannten Übergriffe auf Asylsuchende bitten. Grundlage für die Angaben des BKA ist der Kriminalpolizeiliche Meldedienst (KPMD), ein Erfassungssystem, in das alle Ermittlungsbehörden bundesweit die von ihnen aufgenommen Ermittlungsverfahren eintragen und festgelegten Kategorien zuordnen – etwa dem Unterthema „gegen Asylsuchende/Flüchtlinge“.

Das größte Manko an der behördlichen Statistik ist: Die Angaben des BKA sind äußerst dünn. So fehlen etwa präzise Angaben zum Tatort und vor allem zum Tathergang. Gezielte Nachfragen sind mit den spärlichen Informationen in der Regel kaum möglich.

Dabei stellen sich bei Durchsicht der offiziellen Angaben viele Fragen. Das zeigt ein Abgleich mit der „Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle“ der Amadeu Antonio Stiftung:

Case No.	Date	Location	Land	Offense	Polit. rechts
108	07.10.2019	Hoford	NW	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen § 86a StGB	X
109	09.10.2019	Zürich	SH	Gefährliche Körperverletzung § 224 StGB	X
110	15.10.2019	Chemnitz	SN	Körperverletzung § 223 StGB	X
111	18.10.2019	Münster	NW	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen § 86a StGB	X
112	18.10.2019	Chemnitz	SN	Beleidigung § 185 StGB	X
113	18.10.2019	Münster	NW	Sachbeschädigung § 303 StGB	X
114	01.11.2019	Chemnitz	SN	Beleidigung § 185 StGB	X
115	01.11.2019	Ulm	BN	Sachbeschädigung § 303 StGB	X
116	05.11.2019	Plattin	BY	Sachbeschädigung § 303 StGB	X
117	10.11.2019	Wien	NW	Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen § 86a StGB	X
118	18.11.2019	Lametal	NW	Sachbeschädigung § 303 StGB	X
119	18.11.2019	Qaz	SH	Schwere Brandstiftung § 306a StGB	X
120	20.11.2019	Qaz	SH	Schwere Brandstiftung § 306a StGB	X

Dünne Datenlage: ein Auszug aus einer typischen Auflistung des BKA

– In den Auflistungen des BKA fehlen teils schwerwiegende Fälle, die in der „Chronik flüchtlingsfeindlicher Fälle“ dokumentiert sind. Oft ist nicht nachvollziehbar, wieso diese Fälle – trotz polizeilicher Ermittlungen – in der BKA-Statistik nicht auftauchen.

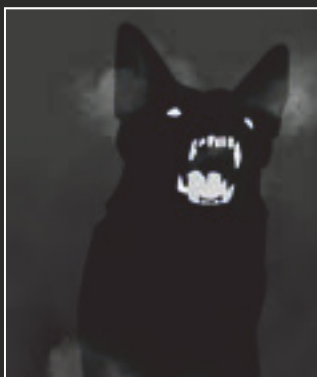
– Andererseits tauchen in der BKA-Liste immer wieder Fälle auf, die nach Überprüfung durch die Amadeu Antonio Stiftung gar nicht in das Themenfeld rassistischer Angriffe auf Asylsuchende gehören.

– Immer wieder stufen die Ermittlungsbehörden einzelne Fälle nicht als „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ (PMK-r) ein, obwohl teils eindeutige Indizien für eine rassistische Tat vorliegen.

– Die Angaben zum jeweiligen Delikt sind in vielen Fällen irreführend. Das liegt auch daran, dass es sich bei der vom BKA veröffentlichten Auflistung um eine sogenannte polizeiliche Eingangsstatistik handelt. Werden die Fälle von Staatsanwaltschaften oder Gerichten später anders bewertet, findet sich dies in der Statistik nicht wieder.

Aus diesem Grund wurden selbst die NSU-Morde noch Jahre nach Aufliegen der Terrorgruppe in der offiziellen Statistik nicht als politisch motivierte Delikte gezählt – sondern fälschlicherweise im Bereich der organisierten Kriminalität aufgeführt, da die Polizei die Morde zunächst jahrelang als Mafia-Serie bewertete und sogar die Angehörigen der Toten verdächtigte.

Wie schwerwiegend die Diskrepanz zwischen der „Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle“ der Amadeu Antonio Stiftung und den Angaben des BKA ist, verdeutlicht die Auswahl besonders drastischer Fälle auf dieser Doppelseite



9.1.2018 Dresden

Eine Asylsuchende wurde an einer Straßenbahnhaltstelle im Stadtteil Gorbitz zunächst aus einer Gruppe heraus beschimpft. Zu der Gruppe gehörte laut Polizei auch eine Hundehalterin, die ihr Tier schließlich abgeleint und auf die Frau gehetzt habe. Als die 19-Jährige fliehen wollte, habe der Hund sie von hinten angefallen und zu Boden gerissen. Beim Versuch, das Tier abzuwehren, sei sie gebissen worden. Erst ein Passant habe die Hundehalterin dazu gebracht, das Tier zurückzurufen.

In der BKA-Statistik findet sich zu diesem Datum für Dresden kein Eintrag für „gefährliche Körperverletzung“ oder ähnliches.



27.9.2018 Werdau, Sachsen

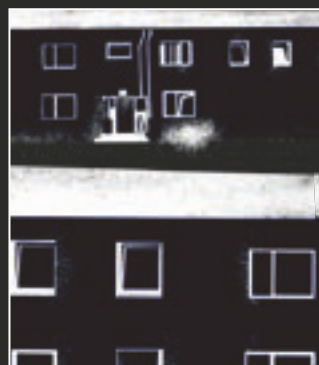
Ein polizeibekannter 25-Jähriger wirft einen Brandsatz – eine Plastikflasche gefüllt mit Reinigungsmittel – auf das Gelände einer Asylunterkunft. Eine halbe Stunde vor der Tat hatte der Mann Bewohnern und Sicherheitspersonal der Unterkunft gedroht. Der Täter wurde unter anderem wegen Bedrohung und Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten auf Bewährung verurteilt. In der BKA-Statistik wird der Vorfall weiterhin als „Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten“ aufgeführt. Dass es sich um einen versuchten/missglückten Brandanschlag handelte, geht aus den Angaben an keiner Stelle hervor.



19.1.2018 Mainburg, Bayern

Unbekannte besprühen in der Nacht die Fassade einer gerade erst eröffneten Unterkunft für Asylsuchende und Obdachlose mit einem ungefähr 1 x 1 Meter großen Hakenkreuz.

In der BKA-Statistik fehlt dieser Fall.



28.7.2019 Traunstein, Bayern

Die BKA-Statistik führt hier ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung auf. Auf Nachfrage der Amadeu Antonio Stiftung bei der zuständigen Staatsanwaltschaft stellt sich heraus, dass es sich bei dem Tatverdächtigen um einen Syrer handelt. Weiter teilt die Staatsanwaltschaft mit, es handle sich demnach um „ein Ermittlungsverfahren, das keine rechte politische motivierte Gewalt zum Gegenstand hat.“

In der BKA-Statistik taucht der Fall dennoch weiterhin im Unterthema „gegen Asylsuchende/Flüchtlinge“ im Bereich Politisch motivierte Kriminalität auf.



26.1.2018 Walsdorf, Bayern

Am späten Abend versammelten sich mehrere Männer vor einer Asylunterkunft. Mit Steinen bewarfen sie Bewohner*innen und riefen rassistische Parolen. Anschließend flüchtete die Gruppe. Durch die Steinwürfe wurden zwei 39- bzw. 63-jährige Geflüchtete leicht verletzt. Die Polizei konnte im Laufe des Abends drei Tatverdächtige festnehmen.

In der BKA-Statistik fehlt dieser Fall.



10.8.2019 Speyer, Rheinland-Pfalz

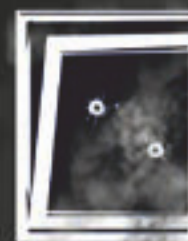
Laut BKA-Statistik handelt es sich um eines der wenigen Ermittlungsverfahren wegen versuchten Totschlags. Auf Nachfrage der Amadeu Antonio Stiftung stellt sich heraus: Der Täter stach dem Geschädigten in einer Asylunterkunft mit einem Messer in den Rücken. Allerdings war der Täter selbst Bewohner der Unterkunft.

Dieser Fall findet sich fälschlicherweise in der offiziellen Statistik zu Straftaten „gegen Asylsuchende/Flüchtlinge“ im Bereich Politisch motivierte Kriminalität.



2.3.2018 Alpen, Nordrhein-Westfalen

Unbekannte sprengen den Briefkasten einer Asylunterkunft. Bewohner sehen noch drei Tatverdächtige, die auf Fahrrädern vom Tatort flüchten. In der BKA-Statistik fehlt dieser Fall.



20.9.2019 Dresden, Sachsen

In zwei Fenstern seiner Wohnung hat ein junger Geflüchteter aus Eritrea laut Polizei drei Einschusslöcher festgestellt. Die äußere Verglasung der Fenster der Einzimmerwohnung in der fünften Etage, in der der 30-Jährige allein lebt, sei demnach beschädigt, aber nicht durchschlagen worden, der Mann blieb unverletzt.

In der BKA-Statistik fehlt dieser Fall.



11.10.2018 Speyer, Rheinland-Pfalz

Unbekannte Täter sprühten mittels einer Schablone an zwei Stellen auf die Straße vor einer Asylunterkunft arabische Schriftzüge – laut amtlich bestelltem Übersetzer lautete die Parole: „Geht zurück in euer Land“.

Laut BKA-Statistik handelt es sich bei diesem Vorfall um „Sachbeschädigung“ – diese sei demnach jedoch nicht dem Bereich der „Politisch motivierten Kriminalität-rechts“ zuzuordnen.

Die chronische Untererfassung von rassistischen Straftaten

Welchen Einfluss haben staatliche Institutionen wie die Polizei auf Statistiken und Berichterstattung über Gewalt gegen Geflüchtete? Nicht nur Opferberatungen kritisieren eine massive Untererfassung bei der politisch motivierten Kriminalität aus dem rechten Spektrum, auch der Kriminologe Tobias Singelstein von der Ruhr-Universität Bochum. Der Angriff auf minderjährige Geflüchtete in Kahla, Thüringen, zeigt, wie die Pressearbeit der Polizei den öffentlichen Diskurs beeinflusst.

Erinnern wir uns: Gegenüber einer sozialpädagogischen Wohngruppe für minderjährige unbegleitete Geflüchtete liegt ein Dart-Club. Neonazis nutzen ihn, um sich dort zu treffen. Ja, sie spielen dort auch Dart. Mehr noch ist es aber ein Veranstaltungsort für Neonazis und Burschenschafter aus der „Burg 19“, dem Haus, wo viele von ihnen in Kahla leben und das ihnen auch gehört. Sie feiern dort Partys.

Auch am Abend des 14. April 2018 trafen sie sich dort, erzählt Franz Zobel, der bei der Beratung für Opfer von rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt, ezra, arbeitet. Einem Projekt in Trägerschaft der evangelischen Kirche in Mitteldeutschland. „Die minderjährigen Geflüchteten standen unten vorm Haus. Von den Nazis kamen dann Sprüche wie: ‚Habt ihr ein Problem mit uns? Was wollt ihr hier überhaupt?‘“, berichtet Zobel.

Die Neonazis überqueren die Straße, kommen direkt auf die unbegleiteten Minderjährigen zu, packen einen von ihnen am Kragen. Daraufhin flüchten die Jugendlichen in ihre Wohnung. Statt von ihnen abzulassen, verfolgen die Neonazis sie „bis in die Wohnung hinein“, so Zobel. Dann beginnen sie auf einen der Minderjährigen einzuschlagen, bis der Mitarbeiter des Trägers schließlich eingreift und damit droht, die Polizei zu rufen. Die Neonazis bedrohen ihn: „Wenn du die Polizei rufst, kommen wir bald wieder und hauen alles kurz und klein“, sollen sie gesagt haben.

(K)eine gestohlene Jacke

Die Jugendlichen sind teilweise verletzt, kommen ins Krankenhaus. Schließlich rückt auch die Polizei an, fährt zum Dart-Club. Doch die Polizei macht den Fall, trotz der besonderen Ereignisse, nicht öffentlich. „Wir haben davon nur durch Projekt-Partner*innen vor Ort erfahren“, sagt Zobel. Sie vereinbaren ein Beratungsgespräch und informieren dann selbst die Öffentlichkeit. Erst dann reagiert die Polizei, nimmt Stellung zum Sachverhalt.

Derweil läuft die Propaganda-Maschine der Rechten auf Hochtouren. In der Facebook Gruppe „Wir lieben Kahla“ versuchen sie sich als Opfer zu inszenieren. Erfolgreich, wie sich im Oktober 2018 zeigt: Die Neonazis und Burschenschafter des Dart-Clubs, die zuvor noch selbst die Polizei beleidigten und jede Aussage verweigerten, sind plötzlich auskunftsbereit. Angeblich hätten die Jugendlichen bereits am Nachmittag die Neonazis angegriffen, heißt es von Seiten der Rechtsextremen.

Auch sollen sich die Geflüchteten antisemitisch geäußert haben. Zudem hätte eine Jacke im Dart-Club gefehlt, und die sei sicherlich von den minderjährigen Flüchtlingen gestohlen worden, so die Erzählung der Neonazis: „Dies veranlasste eine größere Anzahl an Dartclub-Besuchern, sich in die Unterkunft zu begeben, wo es zu einer heftigen verbalen Auseinandersetzung mit den Ausländern (sic!) und deren Betreuer kam“, erklärte die Staatsanwaltschaft. Die Jacke taucht wieder auf, bei den Geflüchteten war sie nicht.

Die Täter-Opfer-Umkehr

Derweil sprechen die Staatsanwaltschaft und die lokale Presse von einem „angegriffenen Deutschen“, der allerdings beim Eintreffen der Polizei gar nicht zugegen war und erst im Nachhinein auftaucht. Die Ostthüringer Zeitung folgt der Schilderung der Neonazis, nur ein einziger Nebensatz verweist auf das eigentliche Geschehen: „Damals schien es, dass die Flüchtlinge von einem Dartclub-Besucher angegriffen und von weiteren Personen bis in ihre Unterkunft verfolgt wurden“, schreibt sie. Das Bild, dass sich die Staatsanwaltschaft nun von der Situation macht, basiert jedoch vor allem auf den Aussagen der Burschenschafter. Angezeigt sind nun nicht mehr nur Burschenschafter, sondern auch die Jugendlichen selbst, die von der Polizei Hilfe benötigt hätten und die sofort über den Vorfall Auskunft gaben. „Das ist eine Täter-Opfer-Umkehr“, sagt Zobel dazu.

Damit beeinflusst die Staatsanwaltschaft auch die lokale Berichterstattung. Ebenso wie es die Polizei zuvor schon getan hatte, indem sie auf Berichterstattung vollständig verzichtete: „Die Frage ist“, so Zobel: „Warum hat die Polizei das nicht veröffentlicht?“ Dass dies aus ermittlungstaktischen Gründen passiert sei, wie die Polizei erklärte, kann Zobel nicht glauben: „Viele vergleichbare Taten ohne einen politisch rechten Hintergrund werden sofort von der Polizei öffentlich gemacht. Für mich zeigt das, dass man rechte Gewalt verschweigt und dass das ein Problem von Polizeibehörden ist.“

Die Polizei ist ein politischer Akteur von großer Bedeutung, „vor allem weil sie eine sehr hohe Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung genießt“, sagt Zobel. Die Ermittlungsergebnisse der Polizei in Pressemitteilungen werden gemeinhin als Wahrheit empfunden, ganz anders als beispielsweise die Darstellungen der Betroffenen, in dem Fall der minderjährigen Geflüchteten.

Was, wenn Beamte rassistisch sind?

Dass die Polizei einen starken Einfluss auf die Wahrnehmung von Kriminalitätsgeschehen in der Gesellschaft hat, bestätigt der Kriminologe Tobias Singelnstein von der Ruhr-Universität Bochum: „Die Polizei agiert in Bereichen, die hochpolitisch sind. Als Behörde und staatliche Institution ist sie dazu verpflichtet, dabei möglichst objektiv und neutral zu agieren. Aber ob die Beamten das in der Praxis immer so konkret umsetzen, ist eine andere Frage.“ Der Wissenschaftler weist daraufhin, dass die Polizei in der Pressearbeit geschult ist, dieses Feld also seit Jahrzehnten professionell betreibt. „Dabei ist sie an Grundsätze gebunden, das heißt, es gibt das Neutralitätsgebot und die Verpflichtung, möglichst objektiv und zurückhaltend zu agieren.“ Er wünscht sich, dass sich die Polizei wieder mehr darauf fokussiert.

Eine weitere Dimension, in der Polizei zum politischen Akteur wird, ist die Statistikerfassung der Politisch motivierten Kriminalität-rechts (PMK-rechts). Hier entscheidet der lokale Polizist, der mit einem Fall befasst ist, ob dieser in die Statistik eingeht: „Das ist aufgrund der politischen Dimension rechter Gewalt hochproblematisch“, sagt Zobel. Singelnstein sieht das ähnlich: „Bei der Frage einer rechtsextremen Tatmotivation oder eines rassistischen Hintergrunds stellt sich die Frage und damit das Problem, ob das bei der Ermittlungsarbeit und der Aufnahme der Straftaten entsprechend erkannt, richtig eingeordnet und auch aktenkundig gemacht wird.“

Zobel fügt hinzu, dass gerade in einer Kleinstadt wie Kahla nicht auszuschließen sei, „dass auch persönliche Beziehungen zu Täter*innen bestehen oder zu den Eltern und dem Umfeld“. Sollten die Beamten selbst rassistische oder rechte Einstellungen teilen, sei eine objektive Ermittlung im Sinne des Neutralitätsgebots gar nicht möglich.

Es gibt eine „deutliche Untererfassung“

Erst seit 2016 wird überhaupt eine Unterkategorie Flüchtlinge/Asylbewerber in der polizeilichen Kriminalstatistik geführt, obwohl es bereits in den 90er Jahren zu teils tödlichen rassistischen Gewalttaten gegen Geflüchtete kam. Singelnstein sagt: „Die statistische Kriminalitätserfassung bei der Polizei ist ein relativ komplexes Geschehen. Veränderungen finden da nur langsam statt. Es gab eine große Reform um die Jahrtausendwende mit der Erfassung von politisch motivierter Kriminalität, insbesondere im Bereich rechtsextremer Tatmotivationen.“ Erst nachdem seit 2014 die Anzahl der rassistischen Straftaten so hoch war wie nie zuvor, wurde die Unterkategorie Flüchtlinge/Asylbewerber hinzugefügt.

„Es ist nicht transparent, wie im Einzelnen die Fälle in die PMK eingeordnet werden“, sagt Zobel. ezra und andere Opferberatungen fordern deshalb ein grundlegendes Umdenken: „Wir wollen, dass bei jedem Menschen mit beispielsweise Flucht- oder Migrationsgeschichte, schwarzen Deutschen oder Jüdinnen und Juden eine Ermittlung durch eine besondere Einheit in Richtung PMK-rechts erfolgt – jedes Mal. Um auszuschließen, dass es PMK-rechts ist, und nicht andersherum.“

Der Kriminologe sieht zudem wie auch die Opferberatungsstellen „eine deutliche Untererfassung“ im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität-rechts: „Wir haben einen erheblichen Bestand an Delikten, die einen entsprechenden Hintergrund haben, aber nicht so eingestuft sind.“ In der PMK werde nach zwei Gruppen unterschieden: nach Staatsschutzdelikten und allgemeinen Straftaten, bei denen die Motivation im Einzelfall festgestellt werden muss.

Betroffene werden oft nicht ernst genommen

„Genau das tun in einem ersten Schritt die Polizeibeamten, die die Delikte aufnehmen, hier beginnt die polizeiliche Bearbeitung.“ Ein kleines Kreuzchen, ob es sich um einen politisch motivierten Angriff handelt, entscheidet darüber, ob sich die Zuständigkeit ändert und der Staatsschutz ins Spiel kommt. Im Wissen um rechte Gewalt sieht Franz Zobel auch weiteren Nachholbedarf bei der Polizei, „gerade wenn es sich bei den Täter*innen nicht um organisierte Neonazis handelt.“ Ob eine rassistische Straftat als solche erfasst wird, hängt also auch von der Ausbildung der einzelnen Beamten ab. „Die Frage ist, wie sorgfältig diese Erfassung erfolgt. Die Ausbildung in diesem Bereich der statistischen Erfassung ist aber häufig nicht besonders ausgeprägt“, sagt Singelnstein.

Weil sowohl journalistische als auch zivilgesellschaftliche Untersuchungen zu einer deutlich höheren Zahl kommen, als derzeit erfasst ist, spricht der Wissenschaftler von „einer doppelten Verzerrung.“ Es sei nicht nur die Frage, ob Straftaten der Polizei überhaupt bekannt werden und damit in die Statistik kommen, sondern auch, „ob diese von ihrem politischen Hintergrund her richtig bewertet werden. Da haben wir aus kriminologischer Sicht eine deutliche Untererfassung.“

Zobel sagt, die Betroffenen-Perspektive müsse eine größere Rolle in der Aus- und Fortbildung einnehmen, wie überhaupt das Wissen um die Neonaziszenen und Rassismus einen größeren Stellenwert haben sollte. So würde auch das Vertrauen in die Polizei gestärkt, das Geflüchteten oft fehle. „Sie machen schon schlechte Erfahrungen bei der Einreise oder später, wenn sie Racial Profiling erfahren“, erläutert Zobel.

Bei Anzeigen wegen rassistischer Straftaten würden viele Betroffene nicht ernstgenommen werden. Das zeige sich auch daran, dass es „bei der Polizei manchmal gar kein Aktenzeichen gibt oder Ermittlungen gar nicht erst losgehen“, schildert Zobel. Singelnstein sieht wegen verschiedener Vorgänge bei der Polizei auch strukturellen Verbesserungsbedarf: „Jede Ermittlung ist nur so gut, wie der Beamte, der sie führt. In einer Behörde werden Fehler gemacht, das ist ein Aspekt. Ein anderer Aspekt ist, dass mancherorts eine entsprechende Tatmotivation nicht gerne gesehen ist, weil das ein schlechtes Licht auf die Stadt wirft. Dies kann dazu führen, dass eine solche Motivation außen vor gelassen wird.“

WIE WIR ÜBERGRIFFE AUF GEFLÜCHTETE DOKUMENTIEREN

DUNKELZIFFER

Viele Fälle kommen nie zur Anzeige – weil Betroffene Angst vor der Polizei haben oder kein Aufsehen erregen wollen, etwa aus Sorge um ihren Aufenthaltsstatus oder ihr laufendes Asylverfahren.



Übergriffe

POLIZEILICHE ERMITTLUNG

Die „Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle“ der Amadeu Antonio Stiftung ist eine bundesweit einzigartige Datenbank. Unabhängige Recherchen erlauben einen Abgleich mit den immer wieder fehlerhaften Statistiken der Ermittlungsbehörden.

Jeder Vorfall wird zuallererst von der örtlich zuständigen Polizeidienststelle aufgenommen. Politisch motivierte Straftaten werden in der Regel an spezielle Ermittlungseinheiten wie den Staatsschutz übergeben.

Alle politisch motivierten Vorfälle werden von den Landeskriminalämtern an das Bundeskriminalamt weitergeleitet, welches eine gebündelte Auflistung erstellt.

MIT Pressemitteilung der Polizei
OHNE Pressemitteilung der Polizei

Polizeibehörde
Staatsschutz

LKA

BKA

Statistische Erfassung der Übergriffe

Abgeordnete in Landtagen und im Bundestag stellen regelmäßig parlamentarische Anfragen an die jeweiligen Innenministerien. Die Antworten erfolgen unter Berufung auf Angaben des BKA bzw. des jeweiligen LKA. Nur auf diese Weise werden viele Vorfälle erstmals öffentlich einsehbar.

Anfrage von Abgeordneten

Antwort der Innenministerien

Beratungsstelle

Einige Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt führen eigene Monitorings für ihre Regionen durch. Leider gibt es noch immer nicht in allen Bundesländern entsprechende Angebote.



Presseberichte

Täglich durchforsten wir aktuelle Presseberichte, die als Quellen dienen.

- Anklage erhoben?
- politische Gesinnung thematisiert?
- Urteil? Strafmaß?

Rückfrage Staatsanwaltschaft

Rückfragen Polizei

- wie viele Verletzte?
- Tatverdächtige ermittelt?
- zuvor polizeibekannt?
- politisch motivierte Tat?

Einzelfall Recherche



Die von den Behörden veröffentlichten Angaben bleiben sehr dürrig: mehr als Tatort, Datum und Delikt geht aus den Auflistungen nicht hervor. Wir stellen deshalb detaillierte Nachfragen an die Ermittlungsbehörden, um mehr Informationen zu einzelnen Vorfällen öffentlich zugänglich machen zu können.

Zeitnaher Eintrag

verzögerter Eintrag

nicht aufzuklärende Fälle

Eintrag in der Chronik

Tödliches Schweigen

Die Ermittlungsbehörden hüllen sich in Schweigen: Polizei und Staatsanwaltschaften machen nur die wenigsten Angriffe auf Asylsuchende öffentlich. So bleibt der Öffentlichkeit das wahre Ausmaß rassistischer Gewalt gegen Geflüchtete verborgen.

von Marius Münstermann

Am 11.9.2018 dringen unbekannte Täter in das Zimmer eines minderjährigen Geflüchteten ein und setzen die Vorhänge in Brand. Der Anschlag ereignet sich im Berliner Bezirk Neukölln, den Rechtsradikale seit drei Jahren mit einer bisher unaufgeklärten Anschlagsserie terrorisieren. Viele der Fälle sind gut dokumentiert. Der Angriff auf das Zimmer des 15-jährigen hingegen fehlt im öffentlichen Bewusstsein. Bis heute fand der Brandanschlag in keinem einzigen Medienbericht Erwähnung.

Wie kann es sein, dass ein solch schwerwiegender Angriff zur Randnotiz im Abseits der medialen und gesellschaftlichen Wahrnehmung verkommen konnte? Die Recherche zum vergessenen Brandanschlag vom 11. September in Neukölln ist ein Paradebeispiel für die mühselige Arbeit, rechte und rassistische Übergriffe in diesem Land umfassend zu dokumentieren.

Statistisch betrachtet gab es 2019 jeden Tag drei rassistisch motivierte Vorfälle gegen Asylsuchende. Das ist die nüchterne Statistik. Die brutale Realität sind Attacken mit Kampfhunden, Elektroschockern, Messern, Schlagstöcken, Glasflaschen, Schusswaffen, mit Schlagringen oder mit bloßen Fäusten, jede Menge rassistische Beleidigungen und Bedrohungen, Hakenkreuze und Nazi-Runen an Asylunterkünften, Hetzjagden wie in Chemnitz, Anschläge mit Sprengstoff oder Molotov-Cocktails.

Angesichts tausender brutaler Übergriffe auf Leib und Leben ist es umso wichtiger, jeden Einzelfall möglichst akribisch zu dokumentieren.

Präzise Zahlen und Daten sind unerlässlich. Sie machen das Ausmaß des täglichen rechten Terrors als statistische Größe fassbar, mit konkreten Daten lässt sich der akute Handlungsbedarf aufzeigen.

Wer das Ausmaß rassistischer, antisemitischer und anderweitig rechts-motivierter Übergriffe tagtäglich vor Augen hat, erkennt in Terroranschlägen wie in Halle

oder Hanau deren logische Konsequenz: Rassismus tötet. Immer wieder.

Nach Rostock-Lichtenhagen, nach Solingen, nach dem jahrelangen Morden des NSU, nach mindestens 213 Todesopfern rechter Gewalt seit dem Fall der Mauer – nach einer quälend langen Liste rechter Terrorakte also behaupten viele Politiker noch immer ernsthaft, Taten wie das Massaker von Hanau seien „unvorstellbar“.³

Die Realität tagtäglicher rechter Angriffe wird mehrheitlich kaum wahrgenommen

Dass der Terror von Hanau oder Halle zu singulären Ereignissen verwirrter Einzeltäter verklärt werden kann, liegt auch daran, dass die Realität tagtäglicher rechter Angriffe von Politik und Gesellschaft mehrheitlich kaum wahrgenommen wird. Schuld an diesem blinden Fleck sind unter anderem die Sicherheitsbehörden, die den Ernst der Lage nicht angemessen abbilden. Wo aber seitens der zuständigen Behörden umfassende Daten fehlen, bleibt die öffentliche Wahrnehmung zwangsläufig getrübt. Dann drohen selbst schwerwiegende Angriffe unterzugehen – so wie jener Anschlag vom 11. September 2018 in Berlin.

Als die Angriffe auf Geflüchtete 2015 und 2016 massiv zunahmen, war das Thema medial sehr präsent. Fast täglich gab es Berichte zu neuen Anschlägen, die ich auf diese Weise Tag für Tag in die Chronik aufnehmen konnte. So ergab sich ein recht genaues, fortlaufend aktualisiertes Bild. Bis etwa 2018 dokumentierte ich in der Chronik mehr Fälle, als dem BKA bis dahin bekannt waren. Erst zum Jahresende, nach teils hunderten Nachmeldungen seitens der Behörden, glichen sich die beiden Zählungen an.

³ Wie in Reaktionen auf Hanau (<https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/Erste-Reaktionen-auf-Bluttat-in-Hessen-Dreyer-aeussert-tiefes-Beileid-und-Mitgefuehl,hanaureax-rlp-100.html>) und Halle (<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-10/reaktionen-halle-anschlag-an-negret-kramp-karrenbauer-antisemitismus>).

Doch dann wandelte sich meine Arbeit: Inzwischen vergehen nicht selten Wochen, bis ich den nächsten Vorfall in die Chronik aufnehmen kann. Das liegt leider nicht daran, dass es plötzlich keine Angriffe mehr gäbe.

Die Ermittlungsbehörden machen immer weniger Angriffe auf Asylsuchende öffentlich

Der zentrale Grund für die allgemeine Stille ist dieser: die allermeisten Angriffe auf Asylsuchende werden inzwischen schlicht nicht mehr öffentlich – und wenn, dann erst mit monatelanger Verspätung. Nämlich erst, wenn sich das Innenministerium durch eine parlamentarische Anfrage einzelner Abgeordneter im Bundestag dazu gezwungen sieht, die Liste polizeibekannter Fälle zu veröffentlichen.

Und auch das mediale Echo ist inzwischen überschaubar. In der Regel folgt bloß eine Reihe von Meldungen mit wenigen Absätzen, die meist nicht mehr als die Gesamtzahl der Fälle und die Entwicklung der Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum wiedergeben.

Dabei wäre es die Aufgabe von Redaktionen, die Angaben der Ermittlungsbehörden kritisch zu hinterfragen. Doch leider bleibt dies oft aus. Meine jahrelange Auseinandersetzung mit den Tabellen des Bundeskriminalamts zeigt, dass sich ein genauer Blick stets lohnt.

Seit Polizeimeldungen immer häufiger ausbleiben und das mediale Echo nachgelassen hat, ist eine zeitnahe Dokumentation durch zivilgesellschaftliche Stellen kaum noch möglich. Entsprechend hinkt auch die Amadeu Antonio Stiftung seit 2019 mit ihrer Chronik hinterher. Heute kann ich erst mit mehrmonatiger Verspätung Fälle aus den im Bundestag angefragten Auflistungen des BKA entnehmen.

Dennoch zählte die Chronik der Amadeu Antonio Stiftung am Ende eines Jahres in der Regel mehr Fälle als die Behörden, in deren Statistiken bis zuletzt einige Fälle aus oft unerklärlichen Gründen fehlten.

Eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Vielzahl dieser Taten sollte eigentlich unerlässlich sein, weshalb ein zeitnahe Abgleich wichtig bleibt. Nicht zuletzt, weil die Auflistungen des BKAs voller Ungereimtheiten stecken. Manche Fälle, die wir aus unabhängigen Quellen in der Chronik dokumentiert haben, fehlen in der BKA-Statistik nach wie vor komplett (siehe Grafik „Liste

mit Lücken“, Seite 66). So findet sich in der Antwort des Innenministeriums unter Berufung auf Angaben des BKA der Fall aus Neukölln auf Seite 11, Fall Nummer 124, Delikt: „schwere Brandstiftung“, zugeordnet dem Bereich der „politisch motivierten Kriminalität-rechts“. Mehr Details, etwa Angaben zum Tathergang oder zur Zahl der Verletzten, gibt die Liste nicht her. Nicht einmal, in welchem Bezirk der Angriff erfolgte. In der offiziellen Liste steht als Tatort schlicht: Berlin.

„Es handelt sich um ein meldewürdiges Ereignis“

Erst auf Anfrage bekomme ich eine knappe Antwort der Pressestelle der Berliner Polizei: Bei dem nächtlichen Brandanschlag blieben der Jugendliche, in dessen Zimmer der Vorhang angezündet wurde, sowie alle weiteren Bewohner*innen der Einrichtung körperlich unverletzt. Und: Unbekannte sollen den Jugendlichen bereits am Tag zuvor rassistisch beleidigt und attackiert haben. Informationen, die aus der Auflistung des BKA nicht ansatzweise hervorgingen.

Pikant ist vor allem dieser Teil der schriftlichen Antwort aus der Pressestelle der Berliner Polizei: „In dem hier bekannten Fall der versuchten schweren Brandstiftung kann nicht mehr nachvollzogen werden, warum keine Polizeimeldung geschrieben wurde. Es handelt sich um ein meldewürdiges Ereignis.“

Bemerkenswert ist, dass die Berliner Polizei überhaupt Kriterien für die öffentliche Bekanntmachung bestimmter Vorfälle hat. Das Berliner Landeskriminalamt, das für die Ermittlungen in derartigen Fällen zuständig ist, gibt sogar an, bei politisch motivierten Delikten „grundsätzlich“⁴ eine Pressemitteilung herauszugeben. Diese Weisung scheint beim Brandanschlag von Neukölln offenbar nicht berücksichtigt worden zu sein.

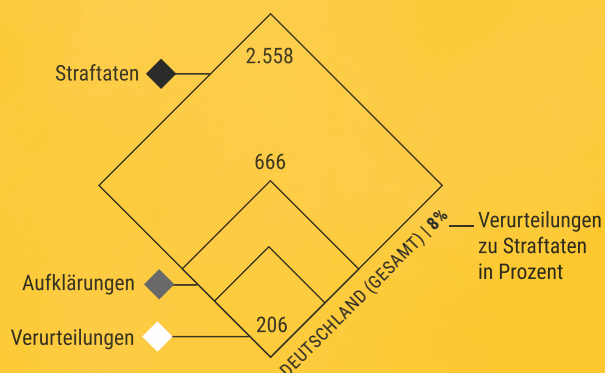
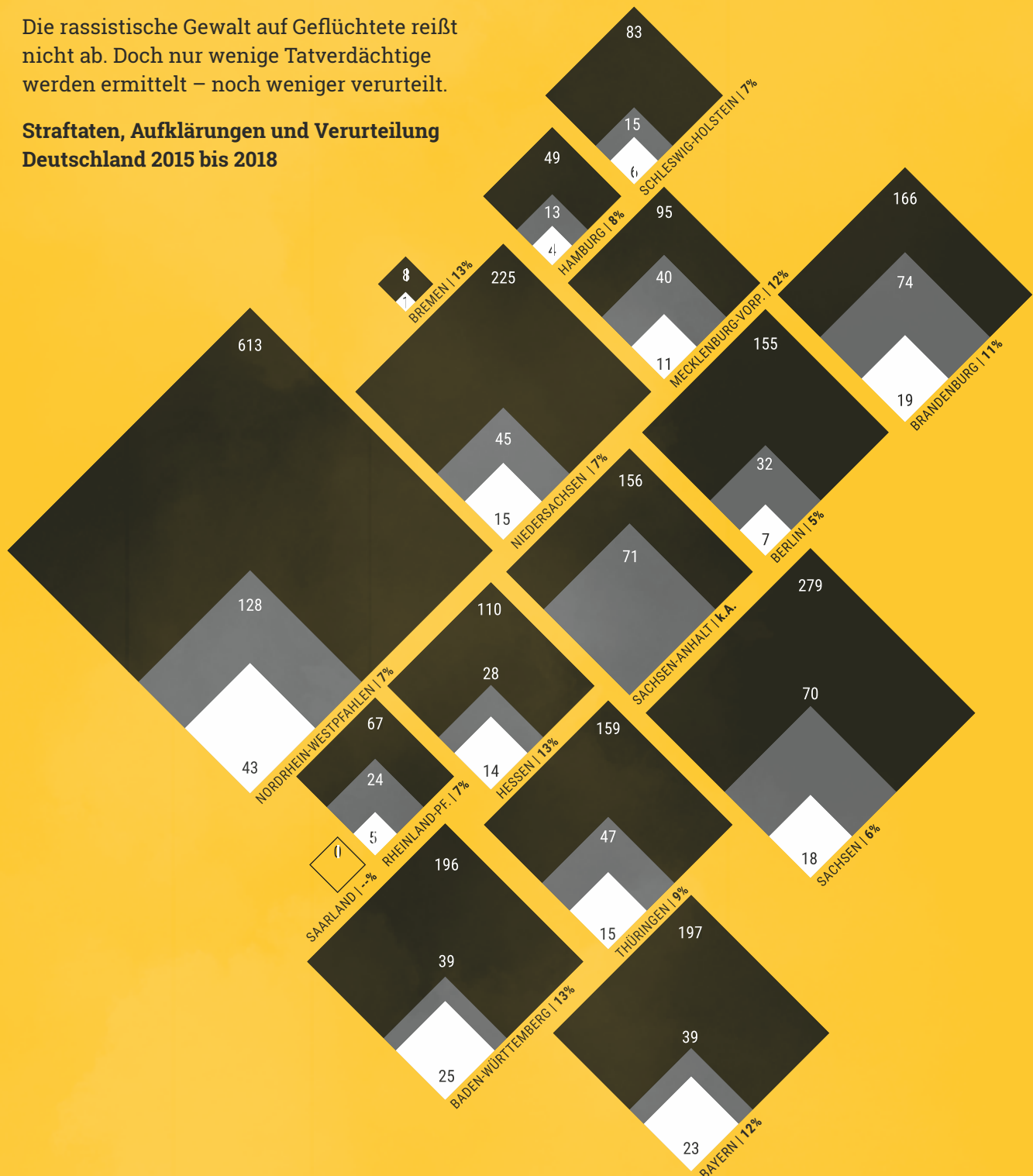
In anderen Bundesländern gibt es derartige Regelungen erst gar nicht. Ob und wie über einen Vorfall berichtet wird, obliegt in der Regel der rein subjektiven Entscheidung der jeweiligen Polizeipressestelle.

⁴ So geäußert vom Referatsleiter des LKA beim Podium „Ermittlungsarbeit der Polizei: Von der Anzeige zur Statistik – Hassgewalt als Sachbeschädigung?“ beim Tageskongress „Hassgewalt begegnen – Betroffene stärken“ des Opferfonds CURA im Roten Rathaus Berlin am 13. Februar 2020.

DIE GANZE MILDE DES GESETZES

Die rassistische Gewalt auf Geflüchtete reißt nicht ab. Doch nur wenige Tatverdächtige werden ermittelt – noch weniger verurteilt.

**Straftaten, Aufklärungen und Verurteilung
Deutschland 2015 bis 2018**



Zwischen 2015 und 2018 zählten die Innenministerien der Bundesländer insgesamt 2.558 politisch motivierte Übergriffe aus Asylunterkünften. Die Journalistinnen Anna Tillack und Anna Klühspies haben für ihren Dokumentarfilm „Der schwache Staat“ (SWR & BR 2020) recherchiert, wie viele dieser Fälle die Ermittlungsbehörden aufklären konnten. In all diesen Fällen gab es nur 206 Verurteilungen – die Aufklärungsquote liegt somit unter zehn Prozent. Während im Saarland in allen sechs Fällen Urteile ergingen, konnte das Innenministerium in Sachsen-Anhalt als einziges Bundesland überhaupt keine Daten liefern.

„Wir brauchen mehr politische Übersetzerinnen.“

Die Soziologin Nicole Doerr, Universität Kopenhagen, im Interview mit Tahera Ameer

Nicole Doerr ist Professorin für Soziologie an der Universität Kopenhagen, zuvor lehrte und forschte sie in den USA am Mount Holyoke College und an der Harvard Universität. Doerr untersucht, wie und unter welchen Bedingungen sprachliche und kulturelle Diversität demokratische Innovationen hervorbringt. Sie erforscht soziale Bewegungen, lokale Demokratie und Zivilgesellschaft im Kontext von Solidarität mit Migrant*innen und Geflüchteten in den USA und in Europa. In mehreren vergleichenden Studien untersuchte sie in den vergangenen dreizehn Jahren kulturelle Barrieren und Möglichkeiten mehrsprachiger Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit in den USA, Deutschland, Dänemark, Italien, Südafrika und Großbritannien.

Doerrs Buch „Political Translation: How Social Movement Democracies Survive“ zeigt, wie Demokratie in kulturell und sprachlich immer vielfältiger werdenden Gesellschaften gelingen kann. In ihrem EU-geförderten Projekt „Diversität übersetzen: Stimmen geflüchteter Frauen und LSBTT*-Geflüchteter. Protest und intersektionale Koalitionen zu Gender und Migration in Deutschland und Dänemark“ untersuchte Doerr, wie freiwillige Helfer*innen und Nichtregierungsorganisationen in Deutschland und Dänemark intersektionale Koalitionen mit Geflüchteten aufbauen und dabei Missverständnisse und geschlechtliche oder kulturelle Zuschreibungen vermeiden können. Ihr aktuelles Forschungsprojekt trägt den Titel „Identität und Rechtsextremismus – Eine linguistische und visuelle Analyse europäischer rechtsextremer Online-Communities“.

Tahera Ameer: *In Ihrem Buch „Politische Übersetzung: Wie Demokratie in sozialen Bewegungen überleben kann“ heben Sie das Potential mehrsprachiger, kultureller Diversität in sozialen Bewegungen hervor und stellen die Idee von politischer Übersetzung der von neutraler Moderation gegenüber. Sie argumentieren, Moderator*innen sollten mit politischen Übersetzer*innen zusammenarbeiten, die kulturelle Barrieren und unausgesprochene Ungleichheiten bei Begegnungstreffen übersetzen. Wie verstehen Sie den Begriff der politischen Übersetzung?*

Nicole Doerr: Politische Übersetzung ist nicht das gleiche wie Sprachübersetzung. Politische Übersetzer*innen sind Menschen, die in Solidaritätsbewegungen und öffentlichen Ämtern dafür kämpfen, dass die Stimmen Geflüchteter gehört werden. Sie unterscheiden sich in der Regel von Fürsprecher*innen und Moderator*innen. Anders als Fürsprecher*innen ist das Ziel von politischen Übersetzer*innen nicht, im Namen von Interessensgruppen zu sprechen, stattdessen hören sie zuerst einmal zu. Sie intervenieren in so genannten „positionellen“ Missverständnissen, bei denen eine Gruppe einer anderen, benachteiligten Gruppierung oder Person nicht zuhört. Anders als sprachlich-kulturell bedingte Missverständnisse beruhen positionelle Missverständnisse auf Ungleichheit und unterschiedlichen Interessen, die sich oft auf ungleiche materielle Verhältnisse zurückführen lassen.

Können Sie ein Beispiel für ein positionelles Missverständnis geben?

Ein typisches Beispiel ist, wenn geflüchtete Frauen in einem Freiwilligen- oder Begegnungstreffen Forderungen stellen, die die Moderator*innen aus Sachgründen, prozeduralen oder organisatorischen Gründen ablehnen. Geflüchtete Frauen stellen dennoch beharrlich immer wieder die gleichen Fragen, und immer wieder werden diese Fragen abgelehnt, weil sie – so wird es oft formuliert—„keinen Sinn machen“. Oder schlicht und einfach, weil „das so hier nicht geht“. „Das ist nicht machbar in Deutschland.“

Derartige Erfahrungen von positionellen Missverständnissen führen bei der benachteiligten Gruppe zu Frustrationserlebnissen, die konkret bewirken, dass etwa geflüchtete Frauen nicht mehr an gemeinsamen Treffen teilnehmen, in denen ihre Interessen nicht verstanden und gehört werden. Ein weiterer typischer Aspekt positioneller Missverständnisse ist, dass diejenigen, von denen sich die benachteiligte Gruppe nicht gehört fühlt, von sich aus ihr großes Interesse daran betonen, dass beispielsweise Geflüchtete an den Treffen teilnehmen. Dennoch gibt es diese beharrlichen Missverständnisse,

die sich für beide Seiten frustrierend anfühlen. Oft sagen die Organisator*innen: „Wir verstehen einfach nicht, warum es so schwierig ist.“ „Wir wissen eigentlich nicht, worum es geht, was das Problem ist.“ Erst durch politische Übersetzung lassen sich derartige positionelle Missverständnisse auflösen.

Wie kann eine solche politische Übersetzung aussehen?

Ein Beispiel, bei dem ich anwesend war: Bei einem Treffen von Migrant*innen und Bürger*innen wurde für Simultanübersetzung gesorgt, was für die Migrant*innen jedoch nicht funktionierte, weil sie dadurch nur passiv teilnehmen und sich über Unklares nicht unmittelbar austauschen konnten, um dann auch mitzusprechen. Eigene, freiwillige Übersetzer*innen halfen deshalb dabei, die Diskussionsinhalte besser zu verstehen. Während des Treffens klagte eine der Migrantinnen, Maria, den Moderator direkt an. Sie beklagte, dass ihnen nicht richtig zugehört wird und die offiziellen Vertreter keine Ahnung hätten, wie schwer es für die Migrantinnen ist, an solchen Treffen teilzunehmen.

Die Rede von Maria fand viel Applaus von anderen Migrantinnen, der Moderator, ein lokaler Bürgermeister, wiegelte sie jedoch ab. Am Ende der Veranstaltung waren viele Migrant*innen frustriert. Allerdings waren sie nicht allein. Die Gruppe junger zweisprachiger freiwilliger Übersetzer*innen, viele von ihnen selbst Kinder von Migrant*innen, unterstützte sie. Sie hatten gehört, dass die Stimmen der Frauen bei der Entscheidungsfindung einfach unter den Tisch gefallen waren – in einem Treffen mit dem eigentlichen Ziel, diese Stimmen besser in lokale Politik „einzuschließen“. Eine der Übersetzerinnen sagte: „Es war nicht okay, was heute passiert ist. Die Stimmen von Maria und den anderen Migrant*innen zählen hier nicht. Deswegen haben wir unser eigenes Diskussionsforum organisiert. In unserem Diskussionsforum läuft es anders ab. Dort sind die Migrant*innen selbst die Moderator*innen, und wir übersetzen alle Statements in ihre Sprache.“

Wie haben Sie diese Situation wahrgenommen? Welche Rolle haben die Übersetzer*innen bei der weiteren Diskussion gespielt?

Als Beobachterin fällt mir auf, dass es dank der politischen Übersetzer*innen gelingt, auf dem neuen Diskussionsforum eine lebendige Diskussion und gemeinsame Entscheidungen von Migrant*innen und Bürger*innen zustande zu bringen. Politische Übersetzer*innen ermöglichen den Dialog, indem sie erstens kulturelle und sprachliche Missverständnisse klären. Zweitens intervenieren politische Übersetzer*innen kritisch, wenn die Stimmen von Migrant*innen durch Moderator*innen implizit oder explizit abgewürgt werden. Politische Übersetzung funktioniert, wenn sie das Prinzip von kritischer Intervention verknüpft mit der Suche nach einem gemeinsamen demokratischen Dialog, den alle Seiten wünschen. Politische Übersetzung scheitert, wenn die politischen Übersetzer*innen zu Fürsprecher*innen der Migrant*innen werden, ohne aber den Migrant*innen selbst zuzuhören.

Viele geflüchtete Frauen im ländlichen Raum erleben genau diese Situation sehr häufig; im besten Fall haben sie Fürsprecher*innen, im schlechtesten nicht mal das. Wenn also eigene Interessensvertretungen scheitern, sie vielmehr kontinuierlich zu wenig Zuhören, mangelndes Verständnis und vielerorts automatischen, unsichtbaren Ausschluss erfahren: Wer kann diese „dritte Partei“ sein? Was ist wichtig, um einen Prozess der Intervention, Teilhabe und Gestaltung für Frauen of Color überhaupt in Gang zu bringen?

Was wir brauchen, sind zweisprachige und/oder interkulturell begabte Menschen, Schüler*innen, Studierende und oft Kinder von Menschen mit Flucht- oder Migrationserfahrung, die als politische Übersetzer*innen eintreten. Ich denke einmal natürlich an Freiwillige, oftmals junge Menschen der zweiten Generation, die in unzähligen Städten ehrenamtliche kulturelle und sprachliche Übersetzungsarbeit leisten. Einige von ihnen erwerben über diese Freiwilligenarbeit selbst das Verständnis und die Empathie, die sie zu politischen

Übersetzer*innen machen. Wie beispielweise eine ältere Dame, die im Zuge des Siegs über das nationalsozialistische Deutschland eigene Fluchterfahrungen machte. Sie hat großes Verständnis für die jungen geflüchteten Männer, die nun in ihrem eher konservativen Dorf leben. Aufgrund ihrer eigenen Erfahrung mit mehrsprachigen und interkulturellen Situationen und Ungleichheiten hilft sie den jungen Männern mit großer Offenheit, bei anderen Nachbarn Gehör zu finden.

Sind solche persönlichen Erfahrungen zwingend notwendig, um sich als politische*r Übersetzer*in zu betätigen?

Politische Übersetzer*innen sind im weiteren Sinne Multiplikator*innen, und wir alle können die Fähigkeit der politischen Übersetzung erlernen. Einmal über Freiwilligenarbeit, die zuerst zuhört, und weiter über entsprechende Schulungen zu Themen wie Intersektionalität, „implicit bias“ (unbewusste Voreingenommenheit) und Vermeidung positioneller Missverständnisse.

Können Sie an einem Beispiel verdeutlichen, wie „implicit bias“ zu Missverständnissen führt?

Ein Beispiel für „implicit bias“, der zu positionellen Missverständnissen führt, ist die Interaktion zwischen Maria und dem Bürgermeister. Was hier passiert, ist, dass der Bürgermeister und die Sitzungsveranstalter, die eigentlich Menschen wie Maria helfen wollen, Marias Argument mithilfe prozeduraler Verfahrensfragen abwiegeln. Der Bürgermeister und alle anderen Veranstalter*innen sind privilegiert, sie sind Männer und Frauen aus der Mittelschicht, leben in Häusern und nicht in überfüllten Unterkünften für Migrant*innen, und sie sprechen die Mehrheitssprache und benötigen keine Übersetzung. Wir nennen derartige Vorgehen, die echte Gestaltungsprozesse hegemonial unterbinden, „Marginalisierung“. Wie die Forschung zeigt, sind es oft Frauen, zudem Frauen mit geringem Einkommen und geringerem Zugang zu Bildung, die in öffentlichen Treffen und Begegnungen marginalisiert werden. Das Problem ist, dass uns in Deutschland vielerorts und gerade auf dem Land die Erfahrung mit interkulturellen, mehrsprachigen Situationen fehlt und eben auch die Erfahrung dazu, wie sich Marginalisierung so vermeiden lässt, dass gerade Frauen und Migrant*innen in gemeinsame Begegnungstreffen als Veranstalter*innen eingeschlossen sind.

Die Geschichte mit Maria geht mit der Intervention von Engagierten weiter. Wenn es diese aber nicht gibt, wenn Zivilgesellschaft schwach oder kaum vorhanden ist – was ist zu tun?

Sie hinein zu holen. Wenn eine Gruppe homogen ist, kann sie überlegen, wer in die Koalition mit Migrant*innen hinzu gezogen werden kann, damit Begegnung möglich ist. Wem vertrauen Migrant*innen? Wer kann beide Seiten verstehen und gleichzeitig zugunsten der schwächeren Seite übersetzen?

Bushaltestelle

Naya Fahd

Drei, vier schwere Taschen sind einer Person zu viel,
die ihre eigenen Gedanken kaum tragen kann.

Eine Bushaltestelle, mit wenig Licht,
viel Wind und noch mehr Einsamkeit.

Ein Mann kommt, so groß wie zwei Männer,
oder zumindest erscheint er so mit seiner Bierflasche, die er in der Hand trägt.

Anderthalb Männer vielleicht nur, aber genug,
um eine andere Person aus ihrem Alleinsein zu befreien.

Mit betrunkenen Stimme sagt die Hälfte des Mannes mit seiner komplett leeren Flasche:
„Geh dahin, wo du herkommst!“

„Tut mir leid, aber der Geburtskanal ist eine Einbahnstraße“, sagt die Person.

Mit einem halben Schritt nach vorn: „Geh zurück in dein eigenes Land“, sagt der Mann.

„Ich glaube nicht, dass ich ein eigenes Land habe.
Bin ich denn eine Königin?“, fragt die Person skeptisch.

Mit drei Schritten zurück sagt der Mann: „Stell dich nicht dumm!
Du nimmst unser Geld und unsere Arbeit weg!“

„Danke! Aber ich muss jetzt weiter zu einem Vorstellungsgespräch
für deinen Job“, antwortet die Person lachend
und geht weiter, als ob nie so schwere Taschen und Bushaltestellen
auf dieser Welt existierten.

„Migration ist ein Kraftakt.“

Protokoll eines Gesprächs mit der Psychologin und Erziehungswissenschaftlerin Jana Michael

von Tahera Ameer

Jana Michael ist interkulturelle Supervisorin und Dozentin und lebt und arbeitet zur Zeit in Deutschland. Mit 20 Jahren ging sie in die Politik, um für die Rechte von Migrant*innen und Frauen zu kämpfen. Im Jahr 2004 gründete sie die erste Organisation für Menschen mit Behinderung in Tschechien. Der „Nationale Rat für Menschen mit Behinderung“ tritt bis heute für die Rechte der Menschen in Tschechien ein. 2006 gründete sie die erste und bis heute einzige Migrant*innenorganisation in Stralsund, 2010 war sie Mitbegründerin der Dachorganisation für Migrantenorganisationen in Mecklenburg-Vorpommern: Migranet MV. 2017 folgten unter ihrer aktiven Mitgestaltung die Gründung der Dachorganisation für Migrantenorganisationen in Ostdeutschland: DaMOst und 2018 das Institut CEW 21 in Prag, das für die Gleichberechtigung von Frauen kämpft.

Als Mitglied vieler Gremien von der kommunalen bis hin zur europäischen Ebene hat Michael u.a. am Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zur Gleichberechtigung von Frauen mitgewirkt ebenso wie bei der Entwicklung des Integrationskonzepts der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern. Schwerpunkt ihrer Arbeit auf nationaler und internationaler Ebene ist die Umsetzung von Frauenrechten.

Der von ihr gegründete Verein Tutmonde e.V. publizierte 2019 die Broschüre „Nur mit uns – Die Migrantische Perspektive auf die SDGs (Sustainable Development Goals)“ sowie eine Wanderausstellung, die die entwicklungspolitische Perspektive der Agenda 2030 mit dem Grundgesetz verbindet. Darüber hinaus ist sie Autorin mehrerer Bildungsmodule zu Migration und Trauma, Kultursensibler Pädagogik und Gender im Migrationskonzept. Zum Zeitpunkt des Gesprächs arbeitet sie u.a. an einem Schattenbericht zur Umsetzung der Istanbulkonvention in Mecklenburg-Vorpommern und kämpft für den Aufbau von Fachstellen für Interkulturelle Psychotherapie.

Die Erfahrung der Immigration ist ein beängstigendes Gefühl. Es ist eine unmittelbare Erfahrung davon, sich selbst nicht mehr zu verstehen: Ich stelle fest, dass ich in der anderen Sprache, in der neuen Umgebung, ganz anders handle. Und ich frage mich: Wieso? Was passiert hier? Wieso kann ich zwei ganz unterschiedliche Persönlichkeiten an mir wahrnehmen: einmal der Mensch zu sein, der in einer Muttersprache und seinem eigenen Umfeld agiert, und dann dieser neue Mensch, der im Prozess des Ankommens in der neuen Umgebung entsteht. Im Prozess der Migration entwickelt jeder Mensch eine neue Identität. Man entwickelt im Grunde eine sogenannte „positive Schizophrenie“ und bildet mehrere Identitäten aus.

Migration bedeutet immer eine Identitätsprobe

In seinen verschiedenen Identitäten kann man sich sehr unterschiedlich äußern und verhalten, denn die neue Identität erlaubt ganz andere Dinge. Am besten können wir das an der Sprache festmachen: Die neue Sprache hat nicht unbedingt einen sehr guten Zugang zu Emotionen. Es wird vermutet, dass die neue Sprache nicht mehr im Sprachzentrum gespeichert wird.

Fakt ist in jedem Fall, dass man in der neuen Sprache viel mehr aushält. Man denkt alles zu verstehen, muss dies aber erstmal in das eigene Begriffswelt einbinden, um wirklich zu begreifen, was die Menschen mit dem, was sie sagen, genau meinen. Dadurch entwickelt man ganz neue Fähigkeiten, sich in andere Menschen hineinzusetzen. Und weil man permanent dabei ist, sich anzupassen und den Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft entgegenzukommen, ist man oft versucht, diese sogar quasi vorwegzunehmen. Da kann es häufig passieren, dass Personen meinen zu verstehen, was ihr Gegenüber ihnen gerade mitteilen will, dabei ist das überhaupt nicht der Fall. Das ist ein absolut faszinierender Prozess, den alle Immigrant*innen durchlaufen, die als Erwachsene in ein neues Land kommen. Sie müssen sich immer wieder mit diesen Prozessen beschäftigen. Dafür ist es auch völlig irrelevant, ob man freiwillig kommt oder unfreiwillig immigriert ist, ob die bisherigen kulturellen Prägungen den neuen nah oder fern sind. Wir nennen es „rätselhafte Botschaften“. Jede*r Immigrant*in ist auf diese Identitätsprobe gestellt. Ich komme aus einem europäischen Grenzland zu Deutschland, und trotzdem sind die Unterschiede in der Bewältigung des Alltags und aller Herausforderungen sehr unterschiedlich.

Das „Pendeln“ als Bewältigungsstrategie

Dieser Zustand führt zum sogenannten „Pendeln“ zwischen diesen Identitäten. Es ist ein durchgängiger Anpassungsprozess an die Alltagskultur der neuen Umgebung, während man immer auch noch die Person ist, die man vor der Migration war.

Oft ist der Umgebung, die keinerlei Erfahrung mit Migration hat, vollkommen unklar, wie schwierig dieses Pendeln ist. Denn es bedeutet, dass man ständig aufmerksam dafür ist, nicht negativ aufzufallen, versucht sich anzupassen und der kulturellen Umgebung das zu geben, was sie erwartet. Zudem haben alle Menschen verschiedene Denkmuster und Überzeugungen davon, wie man sich zu verhalten hat. So kommt es zu Konflikten, in denen die hegemoniale Kultur immer gewinnt.

Ein Beispiel: Für Danuta ist es selbstverständlich, zu arbeiten und ihr eigenes Geld zu verdienen. Ihr Abschluss wird in Deutschland aber nicht anerkannt. So entscheidet sie sich, sich über das Jobcenter eine Arbeit vermitteln zu lassen.

Zu dem Begriff „Bäcker“ hat sie konkrete Vorstellungen: Kekse, Kuchen, Gebäck und Brot zu backen und zu verkaufen. Sie nimmt den Vorschlag sofort an. An ihrem ersten Tag beim Bäcker wird sie dann aber mit einer

ganz anderen Realität konfrontiert. Dort muss sie Brötchen mit Wurst belegen, diese auf einen Teller legen, dann servieren, wieder abräumen, und sie kommt somit ständig mit Fleisch in Berührung. Das stellt für sie eine unüberwindbare Hürde dar. Niemand ist in dem Gespräch beim Jobcenter auf die Idee gekommen, die jeweiligen Vorstellungen von der Tätigkeit in einer Bäckerei abzugleichen. Zunächst widersetzt sich Danuta ihrem Ekel und ihrem Wunsch, diese Arbeit auf keinen Fall auszuführen, und sucht Lösungen. So beginnt sie Handschuhe zu tragen. Doch das ständige Sich-überwinden-Müssen ist so anstrengend, dass sie krank wird und den Job nicht mehr ausüben kann. Es gibt viele Personen, die eine Kette dieser Erfahrungen machen, von Job zu Job gehen.

Gewissheiten loslassen – Hilflosigkeit anerkennen

Die Herausforderung für die Supervision liegt dann in der kulturellen Übersetzungsarbeit. Denn für die hegemoniale Kultur um sie herum ist das Ganze ein völlig unverständlicher Vorgang, eine Lappalie. Die Einheimischen verstehen das Problem nicht, denn sie finden all diese Tätigkeiten selbstverständlich und kannten die konkrete Ausgestaltung des Jobs schon vorher. Sie sehen nicht, dass die Bilder von Danuta ganz andere waren und immer wieder andere sind, so dass sie jedes Mal mit nicht voraussehbaren Hindernissen und Hürden konfrontiert ist.

Das führt dazu, dass in der Besprechung mit Arbeitgeber*innen, Teammitgliedern und dem Jobcenter diese solche Probleme mit Zuschreibungen wie „die hat bestimmt ein Trauma, und das kommt jetzt hoch“, „die ist nicht belastbar“, „die überschätzt sich“, „die ist faul“ oder „die ist aber doch sehr empfindlich, wenn sie wirklich wollte, würde sie sich zusammenreißen“ schildern.

Jedes Mal hat jede an diesem Prozess beteiligte Person ihre ganz eigenen Gewissheiten, was die Tätigkeit bedeutet. Jede Seite tut ihr Möglichstes, und dennoch scheitert alles, weil vorher nicht geklärt wurde, was für etwaige Missverständnisse es geben könnte.

Die Arbeit und die verschiedenen kulturellen Erwartungen stellen uns neu angekommene Personen dann immer wieder vor eine enorme Überwindungsarbeit, die manche irgendwann nicht mehr leisten können. Zurück bleibt das Gefühl: „Um Gottes Willen, ich scheitere überall. Ich kann diese Jobs alle überhaupt nicht machen, ich bin absolut unfähig.“

Die eingewanderte Person steht an dieser Stelle exakt zwischen zwei Realitäten und arbeitet in allen Handlungen gegen sich. Es kann aber nicht sein, dass diese Menschen die Folgen der „Missverständnisse“ allein austragen und im schlimmsten Fall sogar daran erkranken.

Es gibt in allen Bereichen solche existenziellen Herausforderungen, die ohne eine Übersetzungsleistung nicht zu bearbeiten sind. Doch muss es in solchen Prozessen zuerst nicht darum gehen, das Problem zu lösen, sondern sich der Hilflosigkeit zu widmen. Anstatt das Ohnmachtsgefühl zu bekämpfen,

muss man es annehmen und anerkennen, dass alle Beteiligten hilflos sind. Die Hilflosigkeit anzuerkennen kann allen Beteiligten helfen, die andere Seite zu akzeptieren und ins Gespräch zu kommen.

Hier passieren Menschenrechtsverletzungen

Die Arbeit in Wohngemeinschaften von unbegleiteten Jugendlichen macht das Problem deutlich. Viele der Jungen, die dort leben, sind vergewaltigt und manchmal auch selbst zu Tätern geworden. Offizielle Schätzungen gehen davon aus, dass zwei Drittel der Jungen in den Wohngruppen traumatisiert sind. Sie pendeln zwischen den Kulturen, ohne Halt. Man kann sich vielleicht vorstellen, mit was für einer Art von Hilflosigkeit hier alle konfrontiert sind. Das Ergebnis ist oft eskalierende psychische Gewalt durch die Betreuer*innen, die sich an sekundären Problemen wie dem Aufräumen, Essgewohnheiten und dem Durchsetzen irgendwelcher Regeln zeigt. In den Supervisionen kann sich das Team stundenlang darüber auslassen, was die Jugendlichen alles falsch gemacht haben: Da ist der Toast, der abends zu spät gegessen wurde, oder die Schuhe, die nicht an der Tür ausgezogen wurden. Dies sind nur Stellvertreterkonflikte, um sich nicht mit der Realität der Jugendlichen und der eigenen Tätigkeit auseinanderzusetzen.

In diesen herausfordernden Arbeitszusammenhängen mangelt es oft an Fortbildung und Reflexion, zeitweilige Perspektivübernahmen oder -wechsel finden so gut wie nie statt. Für eine Selbstreflexion fehlt das nötige Werkzeug. Doch ohne solche Werkzeuge bekommen die Teammitglieder eine unglaublich große innere Angst und wissen nicht damit umzugehen. Im ländlichen Raum, in dem ich vor allem tätig bin, wird die Hilflosigkeit noch dadurch verstärkt, dass es einen erheblichen Fachkräftemangel gibt, der vor allem im Arbeitsbereich rund um das Thema Migration sichtbar wird. In manchen Teams sitzt nur eine einzige Person mit einschlägiger Ausbildung. Diese Teams haben überhaupt keine Erfahrungen, überhaupt keine Kenntnisse und versuchen das Beste daraus zu machen. Aber wie soll das gehen?

Ich kann nur vor dieser großen und gefährlichen Leerstelle warnen: Hier passieren Menschenrechtsverletzungen. Ohne die Auseinandersetzung mit den inneren Ängsten und Ressentiments der Teammitglieder kann es zu einer Kettenreaktion und gegenseitigen Verstärkung kommen, die die jungen Menschen am Ende das Leben kosten kann. Das erlebe ich leider regelmäßig.

Wir brauchen mehr Mut zur Auseinandersetzung

Daher fordere ich mit vielen meiner Fachkolleg*innen von der Mehrheitsgesellschaft Mut zur Auseinandersetzung mit den eigenen Affekten, Rassismen und Ressentiments und einen Perspektivwechsel, manchmal auch eine zeitweilige Perspektivübernahme. Menschen, die im Kontext von Migration arbeiten, müssen anerkennen, dass das Zulassen anstelle des Verbotens und Regelns von Dingen dabei hilft, ein Ankommen zu erleichtern, ja, es überhaupt erst ermöglicht.

Hilflosigkeit kommt aber auch nicht zuletzt dadurch zustande, dass viele der Personen, die in diesem Bereich arbeiten, wirklich keine Ahnung davon haben, womit sie es zu tun haben. In Europa wachsen die Menschen in demokratischen Republiken auf, selbst wenn man die demokratische Ausgestaltung in manchen dieser Länder argwöhnisch betrachten muss. In Europa wissen wir seit dem 2. Weltkrieg nicht, was systematische Vergewaltigung als Kriegswaffe bedeutet. Wer bisher in seiner Arbeit damit keine Berührungspunkte hatte, wird sich damit auseinandersetzen müssen, will er*sie denn als Fachkraft gute Arbeit leisten. Die hegemoniale Kultur muss hier Verantwortung übernehmen und sich öffnen, sie muss ihre Informationspolitik ändern und um Perspektiven, die nicht die eigenen sind, erweitern. Dafür zu sorgen ist eine Aufgabe der interkulturellen Supervision.

Wenn es keine Perspektivenvielfalt in den Möglichkeiten des Umgangs mit Gewalterfahrungen gibt, dann kann es passieren, dass man die Situation von Migrant*innen deutlich verschlechtert. Das hat auch etwas mit der Überheblichkeit der westlichen Konzepte zu tun, in denen Rassismus und eingelernte Abwertungspraktiken eine große Rolle spielen.

Menschen, die schon ähnliche Erfahrungen wie die Neuankömmlinge gemacht haben, können einen wichtigen Beitrag zur Perspektivübernahme leisten. Wenn ich weiß, wie die Erfahrungen, von denen berichtet wird und die ich begleiten soll, sich ungefähr anfühlen, oder sagen wir: wenn ich die Dimension der Hilf- und Haltlosigkeit durchaus kenne, dann brauche ich erst gar nicht in den Mechanismus des Verschließens zu gehen. Ich muss mich nicht mit der Verstärkung sekundärer Konflikte beschäftigen, um die Dimension der Abwertungs-, Ausgrenzungs- und auch der extremen Gewalterfahrungen, die mir vorgetragen werden, von mir wegzudrängen, denn sie überrascht mich nicht: Ich kenne sie – oder habe ein Grundrauschen in mir.

Brief aus dem Lager

Mofida Ankir

Mein Name ist Amal. Amal bedeutet auf Arabisch Hoffnung. Aber es ist klar, dass ich mit meinem Namen nur wenig gemeinsam habe. Wie kann Hoffnung gut für mich sein? Ich lebe in einem Zelt an der Grenze zu meiner Heimat, nach deren Umarmung ich mich schon so lange sehne.

Ich kann mich nicht an mein Leben in diesem neuen Haus gewöhnen, einem Haus aus Stoff, alles in Eile gemacht. Welche Sicherheit soll dieses kleine Tuchhaus schon bieten? Können Sie es sich vorstellen? Im Sommer ist der Wind unser Gast, im Winter der Regen.

Ich wache jeden Morgen auf, um meine Sachen neu zu ordnen. Nichts Wichtiges. Zwei Matratzen, zwei Decken und ein paar Kissen für eine ganze Familie. Ich habe genug Zeit für alles, denke darüber nach, meine Nägel rot zu lackieren. Doch dann ist es, als würden sie mich anschreien: Rot ist die Farbe des Blutes, das Menschen jeden Tag vergießen. Ich denke darüber nach, meine Haare zu färben. Doch dann sehe ich in ihnen nur noch die Flammen, die aus den Mündern der Waffen und Panzer blitzen, in allen schrecklichen Farben.

Ich reorganisiere meine Gedanken: Doch eigentlich ist das nicht nötig, Hochzeiten und Events gibt es nicht mehr, Frauen treffen sich hier nicht, wie gewöhnlich, jeden Morgen oder Abend. Es gibt keine neuen Nachrichten, nur Tod und Krieg und Abschied.

Ich lebe hier nicht im Zelt wie andere in ihren Sommerreisen – für zwei Tage oder vielleicht eine Woche. Unser Aufenthalt hier ist so lange wie der Krieg. Die Landschaft hier ist weit und leer. Es gibt keine Straßen oder Autos, wegen derer ich mich um meine Kinder sorgen müsste, nicht einmal Bälle.

Es gibt nur Muscheln, Muscheln, die ihre Ziele nicht verfehlen, wirklich getroffen, im Herzen und im Kopf.

Was sollte eine Frau wie ich schon tun? Meine Mutter besuchen, die ich in einem Dorf zurückgelassen habe, einem Dorf, das vom Tod besucht wurde? Oder meine Freunde besuchen, einen Einkaufsbummel von einem anderen Lager aus unternehmen. Der größte Traum für Frauen, die im Lager leben, ist es, Kleidung in weißen, gelben oder blauen Farben zu kaufen – der Farbe von Staub, Wind und Regen.

Mein Sohn fragt mich jeden Tag, wann er in die Schule zurückkehren kann. Ich habe wirklich keine Antwort, ich will nicht lügen. Ich antworte ihm: Du kannst zurück in die Schule, wenn sie dich vermisst. Ah, ich habe vergessen, es dir zu sagen, Schulen bestehen ebenfalls aus Leinwand. Manchmal auch aus Bäumen. Die Augen der Lehrerinnen haben die Farbe der Erde und ihre Tränen die Farbe des Regens.

Meine Erinnerungen hier töten mich jeden Tag. Ich weine und lache mit ihnen, sie machen mich optimistisch und frustriert zugleich. Manchmal weine ich vom Anblick eines Bildes, manchmal lächle ich, wenn ich das Gesicht eines Kindes sehe. Manchmal gibt mir der Anblick einer Lehrerin Hoffnung, die ihre Schüler unter einem Baum unterrichtet. Der Anblick einer alten Frau, die all ihre Kinder verloren hat, nimmt sie mir wieder.

Mein jüngstes Kind denkt, dass diese Art zu leben normal sei – Stoffhäuser, Kinder in alten Kleidern und elende Gesichter. Es hat nie etwas anderes kennen gelernt – Menschen, die in Häusern leben, zur Arbeit gehen und glücklich sind.

Dies sind einige meiner Neuigkeiten, wenn Sie sich für mich interessieren: Briefe aus dem Lager.

Hassgewalt begegnen – Betroffene stärken!

10 Forderungen der Amadeu Antonio Stiftung

Jede Erfahrung von Hasskriminalität beschränkt die Adressierten in ihrem Alltag. Das Sicherheitsempfinden der Opfer verändert sich nach einem solchen Angriff fundamental. Viel zu selten wird Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit als Tatmotiv von den Ermittlungsbehörden ernstgenommen. Rassismusexpert*innen dringen mit ihrem Wissen nur in Ausnahmefällen bis in die Polizeischulen durch. Ob die Staatsanwaltschaften und Gerichte Lehren aus der Selbstenttarnung des NSU gezogen haben, ist ungewiss. Vertrauen in die Ermittlungsbehörden und den Rechtsstaat vonseiten der Betroffenen gibt es kaum. Es muss zurückgewonnen werden.

Was müssen Polizei, Verwaltungsbehörden und Justiz tun? Bei der Tagung „Hassgewalt begegnen – Betroffene stärken“ des Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung im Februar 2020 wurden in Inputvorträgen und Paneldiskussionen zehn zentrale Forderungen entwickelt.

1. Hassverbrechen ausermitteln

Ermittlungen zu Hassverbrechen dürfen aufgrund des hohen öffentlichen und gesamtgesellschaftlichen Interesses nicht eingestellt werden. Dies muss klar in die Öffentlichkeit kommuniziert werden, um Signalwirkung in den betroffenen Communities zu entfalten und (potentielle) Täter*innen abzuschrecken.

2. Hassmotive aktiv ausschließen

Wenn Betroffene einer Straftat oder deren Angehörige Rassismus bzw. andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als Motiv vermuten oder ein anders begründeter Anfangsverdacht vorliegt, muss diesem in den weiteren Ermittlungen zwingend nachgegangen werden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit muss als Motiv aktiv ausgeschlossen werden, wie es etwa in Großbritannien Praxis ist.

3. Veränderte Bedrohungslage anerkennen und Schutz potentieller Opfer erhöhen

Für von Rassismus Betroffene, aber auch für viele Politiker*innen, Journalist*innen und zivilgesellschaftlich Engagierte gehört eine durchgängig erhöhte Bedrohungslage zum Alltag. Wenn Sicherheitsbehörden Erkenntnisse zu konkreten Gefahren vorliegen (z.B. Feindeslisten), müssen potentielle Opfer umgehend, aktiv und umfassend informiert werden. Mit dieser Information müssen fundierte Einschätzungen der konkreten Bedrohungslage sowie umfassende Informations- und Beratungsangebote zu Sicherheitsfragen und möglichen juristischen Schritten bis hin zu psychologischer Begleitung einhergehen. Gegebenenfalls sind Betroffene unter Polizeischutz zu stellen.

Zudem ist der Zugang zu Melderegistersperren deutlich zu vereinfachen, etwa durch einen standardisierten Prozess mit geringerer Beweislast und nicht wie bisher mit dem Nachweis von explizit formulierten, personenbezogenen Gewaltandrohungen. Letzteres schließt implizite Bedrohungen und Bedrohungen von Gruppen und Organisationen in einer Weise aus, die der aktuellen Bedrohungslage nicht angemessen ist.

4. Betroffene über Ermittlungsverfahren informieren

Wer eine Anzeige zu Hasskriminalität gestellt hat, muss regelmäßig zum Stand seines Verfahrens informiert werden, anstatt nach Monaten einen unbegründeten Einstellungsbescheid zugestellt zu bekommen. Unzureichende Informationen über den Verlauf von Ermittlungsverfahren und die Gründe ihrer Einstellung führen zu einer hohen Verunsicherung und schwächen das Vertrauen in die Ermittlungsbehörden.

5. System von Ansprechpersonen und Beauftragten in den Ermittlungsbehörden reformieren

Das System der Ansprechpersonen und Beauftragten in Polizei und Staatsanwaltschaften braucht eine klarere Systematik und eine transparente und ausdifferenziertere Aufgabenformulierung. Stellen, die dezidiert zu Fällen von Hasskriminalität arbeiten, müssen direkt der Leitungsebene unterstehen, einheitlich mit Ressourcen und Befugnissen ausgestattet sein und über weitreichende Kompetenzen verfügen. Dazu gehört etwa die Möglichkeit, aktiv Fälle an sich zu ziehen oder weitere Ermittlungen anzuordnen. Analog zu den Antisemitismusbeauftragten bei Polizei und Staatsanwaltschaft braucht es auch Beauftragte für Rassismus.

6. Schwerpunktgerichtskammern und Schwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten

Auch in der Justiz braucht es Stellen, die schwerpunktmäßig zu Hassgewalt arbeiten und aktiv Fälle an sich ziehen können. Sie stellen sicher, dass Expertise zum Themenfeld entwickelt und gebündelt wird. Ergibt sich im Laufe eines Verfahrens ein Verdacht auf politische oder menschenfeindliche Motive, muss der Fall den Schwerpunktstellen zur Prüfung vorgelegt werden.

7. Rassismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vor Gericht klar benennen

Eine zentrale Motivation für Betroffene von Hasskriminalität, sich den Belastungen eines Gerichtsprozesses auszusetzen, ist das Bedürfnis nach gesellschaftlicher Anerkennung ihrer gewaltvollen Exklusionserfahrungen. Gelingt sie, kann damit die Verarbeitung der traumatischen Erlebnisse unterstützt werden.

Es ist deshalb wichtig, Richter*innen aller Instanzen für eine klare Benennung von menschenfeindlichen Tatmotiven zu sensibilisieren, auch wenn diese „nur“ tatbegleitend oder -eskalierend waren. Beispiele hierfür sind eine konsequentere Anwendung des § 46 Abs. 2 zur Strafzumessung sowie eine explizite Berücksichtigung von Hassmotiven in der Formulierung von Gerichtsurteilen.

Weiterhin müssen Richter*innen aller Instanzen dafür sensibilisiert werden, dass sie die Möglichkeit haben, Nachermittlungen anzuordnen, wenn sich vor Gericht Hinweise auf ein vorurteilsbasiertes Tatmotiv ergeben und diese im bisherigen Ermittlungsverfahren nicht beachtet wurden.

8. Interne Ermittlungen in den Sicherheitsbehörden intensivieren

Rechtsextreme Netzwerke und Einzelpersonen in Polizei und Sicherheitsbehörden sind nicht nur eine große Gefahr für die Sicherheit aller Bürger*innen in Deutschland. Sie erschüttern auch grundlegend das Vertrauen von Betroffenen in die Fähigkeit der Behörden, sie zu schützen und in der Wahrnehmung ihrer Rechte als Opfer von Straftaten zu unterstützen. Interne Ermittlungen müssen deshalb intensiviert werden, und dienstliche und strafrechtliche Konsequenzen müssen der Schwere der Vorfälle angemessen und öffentlich nachvollziehbar sein.

9. Polizist*innen und Jurist*innen systematisch aus- und fortbilden

Struktureller Rassismus und andere Formen von alltagswirksamen Abwertungsideologien sind der Hauptgrund dafür, dass sich Opfer von Hassgewalt nicht vertrauensvoll an die Behörden wenden und vor Anzeigen häufig zurückschrecken. Gerade Beamt*innen der mittleren Dienstebene, die im Alltag Anzeigen aufnehmen und Vernehmungen durchführen, müssen noch während der Ausbildung verbindlich zu Hassgewalt und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geschult und sensibilisiert werden. Zudem muss besonders der Eintritt in den Polizeidienst mit Fortbildungen, Supervision oder Sozialarbeit begleitet werden. Nur so kann verhindert werden, dass interne Polizeikultur (Cop Culture) und Korpsgeist die Ausbildungsinhalte in den Hintergrund treten lassen.

Ebenso müssen Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit als fester Bestandteil in die juristische Ausbildung integriert und systematische Weiterbildungsformate für Richter*innen angeboten werden, die über vereinzelte, unregelmäßig stattfindende Veranstaltungen hinausgehen.

10. Verlässliche Datenbasis schaffen

Bisher fehlen Dunkelfeldstudien zu den Fallzahlen von Hasskriminalität. In diesen müssen die Fälle von Gewalt gegen die unterschiedlichen betroffenen Communities einzeln aufgeschlüsselt werden.

Außerdem braucht es repräsentative und präzise Einstellungsforschung in Polizei und Justiz. Die Bewertung der Ergebnisse muss der gewichtigen gesellschaftlichen Rolle und außerordentlichen Machtposition der Befragten Rechnung tragen: Zustimmungswerte zu antidemokratischen Einstellungsmustern, die jenen in der Gesamtgesellschaft ähneln, sind innerhalb von Sicherheitsbehörden und Justiz nicht akzeptabel.

Adressen und weiterführende Informationen

Beratungsstellen

Belltower.News-Übersicht zu Anlaufstellen für Opfer und Zeugen rechtsextremer, rassistischer und homofeindlicher Gewalt in Deutschland, Österreich und online:

<https://www.belltower.news/beratungsstellen-fuer-opfer-rechtsextremer-rassistischer-und-homophober-gewalt-40100>

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG)

Beratung und Unterstützung für Betroffene von gruppenbezogener und menschenfeindlicher Gewalt
Übersicht zu Unterstützungsangeboten, finanziellen Hilfen und Anlaufstellen bundesweit:
<https://verband-brg.de/beratung>

Bundesverband Mobile Beratung e.V.

Beratung zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und anderen Ungleichwertigkeitsvorstellungen vor Ort
Übersicht zu Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und Regionalteams in ganz Deutschland:
<https://www.bundesverband-mobile-beratung.de/angebote/vor-ort>

Opferfonds

Opferfonds CURA für Betroffene rechter Gewalt

<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projekte/opferfonds-cura>

Opferhilfefonds des VBRG für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
<https://www.verband-brg.de/beratung/#opferhilfefond>

Miteinander e.V.

<https://www.miteinander-ev.de/opferfonds>

Contra Rechtsextremismus:

Eine Stiftung des Deutschen Anwaltvereins

www.anwaltverein.de/de/stiftung-contra-rechtsextremismus

Registerstellen und Chroniken zu rechter Gewalt

Stellen und Organisationen, die rechtsextreme, antisemitische und rassistische Vorfälle dokumentieren und veröffentlichen. Teilweise ist es möglich, solche Vorfälle dort direkt zu melden.

Belltower.News-Chroniken

<https://www.belltower.news/chronik>

Chronik flüchtlingsfeindlicher Gewalt

<https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen – Dokumentation seit 1993

<https://www.ari-dok.org>

mapping racism – Archiv rassistischer Gewalt in Deutschland

<https://mappingracism.kosmos.systemausfall.org>

Regionale Chroniken

Leuchtlinie Baden-Württemberg

<http://www.leuchtlinie.de/chronik>

München-Chronik Auflistung rechter und diskriminierender Vorfälle und Aktivitäten
<https://muenchen-chronik.de>

Berliner Register

<https://www.berliner-register.de>

Opferperspektive Brandenburg

<https://www.opferperspektive.de/category/rechte-angriffe/chronologie-rechter-angriffe>

keine-randnotiz.de Rechte Gewalt im Land Bremen
<https://www.keine-randnotiz.de>

Empower – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt
<https://hamburg.arbeitundleben.de/empower>

Hessen-Schaut-Hin

<https://hessenschauthin.de>

RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V.

<https://www.raa-mv.de/de/content/chronik>

Betroffenenberatung Niedersachsen

<https://betroffenenberatung.de>

Opferberatung Rheinland

<https://www.opferberatung-rheinland.de/chronik-der-gewalt>

m*power – Mobile Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz
<https://www.mpower-rlp.de/chronik-der-gewalt/chronik-der-uebergriffe.html>

Bounce Back – Opferberatung Saarland
www.bounceback.de

RAA Sachsen e.V.

<https://www.raa-sachsen.de/support/chronik>

chronik.LE Leipzig

<https://www.chronikle.org>

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt Sachsen-Anhalt

<https://www.mobile-opferberatung.de/monitoring/chronik-2019>

zebra – Zentrum für Betroffene rechter Angriffe e.V. Schleswig-Holstein
<https://www.zebraev.de>

ezra Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen
<https://ezra.de/chronik>

MOBIT e.V. Thüringen

<https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen>

Antifaschistisches Bündnis Saalfeld

<http://ajubs.blogspot.de/chronik-rechter-gewalt>

Webdokumentationen zu rechter Gewalt und Alltagsrassismus

Studien und Webdokumentationen mit Interviews und Hintergründen

„Die haben uns nicht ernst genommen“. Studie zu Erfahrungen Betroffener rechter Gewalt mit der Polizei
<https://www.verband-brg.de/studie-erfahrungen-von-betroffenen-rechter-gewalt-mit-polizei>

Betroffene im Gespräch über rechte Gewalt nach 1990
<https://www.gegenuns.de>

Kein schöner Land – Todesopfer rechter Gewalt in Brandenburg

<https://todesopfer-rechter-gewalt-in-brandenburg.de>

hoyerswerda-1991 – Webdokumentation zu den tagelangen Angriffe auf Migrantinnen und Migranten 1991
<https://www.hoyerswerda-1991.de>

doing memory – Webdokumentation zu rechter Gewalt und Rassismus in Deutschland seit 1990
<http://doing-memory.de>

Eigensinn im Bruderland - Webdokumentation über Migrant*innen, die in die DDR kamen und ihre eigenen Vorstellungen behaupteten
<https://bruderland.de>

Unterstützen Sie Projekte gegen rechte Gewalt, für eine inklusive Gesellschaft!

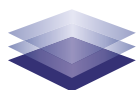
Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür fördert sie bundesweit Initiativen, die sich in Jugendarbeit und Schule, Kunst und Kultur, im Opferschutz oder in kommunalen Netzwerken engagieren. Zu den über 1.700 bisher geförderten Projekten gehören zum Beispiel:

- lokale Unterstützungsinitiativen für Geflüchtete und Aktionen gegen Alltagsrassismus wie die Arbeit des AufAndHalt e.V. in Gera und Greiz
- die Verbandsarbeit des VBRG e.V. für Betroffene r rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt
- das Musikprojekt „Come as you are“ der Banda Internationale, bei der geflüchtete und nicht-geflüchtete Musiker*innen musizieren, mit Schulworkshops, Online-Tutorials und Konzerten in ländlichen Jugendclubs in Sachsen

Wo die Amadeu Antonio Stiftung neue Themen oder Handlungslücken sieht, wird sie selbst aktiv und erprobt neue Ansätze zur Unterstützung von Fachkräften und regionalen Netzwerken. Besonderes Augenmerk legt sie dabei auf den Transfer zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen in Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er Schwarz war. Er war eines der ersten von heute mehr als 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen, anerkannter Träger der politischen Bildung und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

www.amadeu-antonio-stiftung.de
twitter.com/AmadeuAntonio
[facebook/AmadeuAntonioStiftung](https://facebook.com/AmadeuAntonioStiftung)
linkedin.com/company/amadeu-antonio-stiftung
instagram/amadeuantoniofoundation

In dieser Broschüre kommen Menschen zu Wort, die nach Deutschland flohen. Geflüchtete leben nicht nur in asylpolitischer Hinsicht unter gewaltvollen, oft menschenverachtenden Bedingungen. Sie sind auch jeden Tag direkter körperlicher und psychischer Gewalt im Alltag ausgesetzt. Gewalt, die unmittelbar, überraschend und manchmal tödlich sein kann.

Hier kommen Menschen zu Wort, die von diesem Alltag berichten. Ihre Geschichten erzählen von dem, was sich hinter den Opferzahlen, den Gewaltstatistiken verbirgt. Zahlen, wie sie die Amadeu Antonio Stiftung in der Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle erhebt.

Die Broschüre zeigt den Mut und Überlebenswillen der Betroffenen, ihren Blick auf das Leben nach der Ankunft in Deutschland. Und sie verweist auf die Werkzeuge, mit denen wir der erschütternden Dimension der Gewalt entgegentreten können: mit politischer Übersetzung, investigativem Journalismus und beharrlichem zivilgesellschaftlichem Engagement.

